

Sezession

Hegung und Enthemmung

Götz Kubitschek
Köln, Cottbus, Kandel

Ellen Kositzka
Fette Welt

Jan Moldenhauer
Flüchtlingsindustrie

Lothar Fritze
Faszination Marx

Benedikt Kaiser
Antikapitalismus



82

Februar 2018
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Andreas Lichert und
Dr. Erik Lehnert (Vorsitzende)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang
Dvorak-Stocker, Ellen Kositzka,
Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.) und
Erik Lehnert

16. Jahrgang, Heft 82,
Februar 2018

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlängert es
sich um ein weiteres Jahr.
Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten.
Manuskripte sind stets willkommen
und sollten als Kurzbeitrag 9000 und
als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen
(inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 99
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

- 1 **Köln, Cottbus, Kandel**
Götz Kubitschek

Bild und Text

- 2 **Fette Welt**
Ellen Kositzka

Thema

- 4 **Das falsche Primat**
Erik Lehnert
- 8 **Konstruktive Theorieschwäche**
Götz Kubitschek
- 12 **Rechte Kapitalismuskritik
in Deutschland**
Benedikt Kaiser
- 20 **Libertäre und Alt-Right –
strategische Gedanken**
Hans Hermann Hoppe
- 26 **Der Fetischcharakter der Worte**
Siegfried Gerlich
- 32 **Ist der Wettbewerb ein Naturgesetz?
Biologische Alternativen zum
Darwinismus**
Michael Beleites

Bildteil

Rechtfertigung überflüssig
Erik Lehnert

- 36 **Ökonomischer Nationalismus**
Fritz Menhardten
- 40 **Flüchtlingsindustrie**
Jan Moldenhauer
- 44 **Die Macht der virtuellen Großkonzerne**
Michael Wiesberg
- 50 **Die Faszination des Marxschen Denkens**
Lothar Fritze

Bücher

- 56 **Marx und die Folgen –
kleine Bücherschau**
Benedikt Kaiser
- 58 **Rezensionen**

Köln, Cottbus, Kandel

von Götz Kubitschek

Der Kunsttheoretiker Bazon Brock formulierte 1987 das Gesetz vom »ausgeschlossenen Ernstfall«. Das Attribut ist dabei zugleich auffordernd und beschreibend gemeint: Zum einen sollte alle Entwicklung von dem übergeordneten Wunsch getragen sein, den Ernstfall auszuschließen und friedfertig zu entscheiden und zu handeln. Zum anderen könnte es einen zivilisatorischen Zustand geben, in dem die Frontlinie »Wir oder Nicht-Wir« aufgehoben sei, also nicht mehr vorkomme. Vorbildlich auf diesem Weg erschienen Brock die Schweizer, die schon gegen den möglichen Einmarsch der Wehrmacht zwei erstens defensive und zweitens an Nationalgerichte angelehnte Strategien entwickelt hätten, die beide den Schwerpunkt auf das Ausweichen und Verhindern legten: Dem Schweizer Käse glichen die Löcher und Tunnelsysteme in den Alpen, das sogenannte Reduit, in das Armee und Volk im Fall des Falles verschwinden würden, während unten in den Tälern die Panzersperren aus pyramidenförmigen Betonklötzen gleich zerlegten Toblerone-Stangen auf den schmalen Durchfahrten zwischen den Felswänden lägen – den deutschen Angriff be- oder sogar verhindernd, zumindest in der Theorie. Bazon Brock schlug überhaupt vor, die Geschichte nicht mehr nach ihren glanzvollen Taten zu durchforsten, sondern im Verhindern das verdienstvolle Tun zu erkennen und zu würdigen.

In seinem Aufsatz »Von der Domestikation des Menschen zur Zivilisierung der Kulturen«, wiederabgedruckt im Sammelband *Was geschah im 20. Jahrhundert?* (2016), stellt Peter Sloterdijk die Frage, in welchen Größeneinheiten gesellschaftlicher Verbände Bazon Brocks Theoreme vom »ausgeschlossenen Ernstfall« und dem »Verhindern als Tugend« bereits verwirklicht seien. Er sieht die Nationen, zumal die westlichen, im Innern ebenso befriedet wie in ihren supranationalen Zusammenschlüssen EU und NATO. Dies müsse als Ergebnis einer mehrstufigen Entwicklung hin zur Selbstzähmung des Menschen begriffen werden, deren letzter Schritt zu einer den Ernstfall weltweit ausschließenden Weltinnenpolitik noch nicht gemeistert sei.

Sloterdijk nennt fünf Bändigungsstufen: Erziehung und politische Führung seien seit der

griechischen Antike als Notwendigkeit zur Hegung des Einzelnen beschrieben, in einem zweiten Schritt ergänzt durch die Aufgabe des Menschen, sich weg von der Wildheit hin zur Zivilisiertheit »selbstzuverharmlosen«. Beide Vorhaben seien drittens Mitte des 20. Jahrhunderts durch die Erkenntnis vor allem Arnold Gehlens präzisiert worden, daß die Kultur die Natur des Menschen sei, und wir uns vor unserer Natürlichkeit hüten sollten.

Durch mannigfache symbolische Ordnungssysteme würde der Mensch zugleich entlastet und eingeraht, was den Ernstfall nach innen wirkmächtig ausschließe und ihn zugleich nach außen wende: Das geschlossene »Wir« könne auch als Maximal Stress Cooperation Unit (MSC-Einheit) beschrieben werden, in der im Kampf auf Leben und Tod eine geradezu unnatürliche Selbstlosigkeit wirksam werde – aufgeladen durch Feigheitsverbot, heroische Erzählung, Feindbild und korporativen Drill.

Der Wir-Verband gegen die Anderen – vierte Stufe der Selbstzähmung, und wir ahnen, wo das enden soll: Können wir als Volk die traditionellen kulturprägenden Formen der Maximalstreß-Kooperation, die uns den Kampf der Kulturen führen lassen wollen, überwinden? Können wir die Gegnerschaft aufkündigen und den Weltinnenraum vergrößern?

Die Antwort lautet: Ja, wir schon, wir machen seit Jahrzehnten und für jeden augenfällig seit 2015 nichts anderes, und zwar um den Preis der Dekonstruktion aller verteidigungswürdigen Bestände und gleichzeitiger Auflösung des solidarischen »Wir« im Innern. Zugleich gehen wir den fünften, den selbstmörderischen Schritt und zähmen unsere »Risikogruppe junge Männer« mittels Reproduktionsverweigerung. Wo keine jungen Männer mehr nachwachsen, wird die Domestikation zum Kinderspiel.

Zu dumm nur, daß Deutschland kein geschlossenes System ist: Es strömen ohne Zweifel völlig fremde MSC-Einheiten im aggressiven Alter herein, Zähmungslevel dreikommafünf auf der Sloterdijk-Skala. Deren Restchen an Dankbarkeit ist im selben Moment vergessen, in dem sich herumspricht, daß man hier Beute machen kann. Köln, Kandel, Cottbus – das war noch nicht einmal der Aperitif. ■



Fette Welt

von Ellen Kositzka

Dieses Bild zeigt nur einen Ausschnitt. Ausschnitt wovon? Sollen wir es »Überflugesellschaft« nennen? »Wohlstandverwahrlosung«? Oder – wo bleibt denn das Positive? – »Beutezug, erfolgreich« und »den Besten die Reste«?

Wir sehen beispielsweise neun Mandarinen, ein Stück Speck, »mild geräucherter Rohschinken, mindestens 22 Wochen gereift«, viermal Kräuterquark von der teureren Sorte (Milram), zwölf Eier (zu kühlen ab 23. Januar 2018), Kuchen, flüssige Margarine mit leichtem Kokosaroma, acht Packungen Klöße, Eierspätzle, Dickmilch, Fertigteig, Schlagsahne und Joghurt in ungezählten Geschmacksrichtungen.

Was nicht auf das Bild paßte, ist folgendes: sechs Pfund Kaffee (die Packungen waren nicht mehr vollendet vakuumiert), zweimal Vollwasch- und einmal Wollwaschmittel in großen Flaschen (da hatten die Deckel einen Schlag), drei Packungen Wattestäbchen, zwei De-Luxe-Seifen, viermal Antifaltencreme und zwei »Megapacks« mit Spülmaschinentabs (Fehler: der Barcode war jeweils angeritzt und dadurch vermutlich unlesbar), zehn Packungen Mehl mit Riß in der empfindlichen Papierverpackung. Des weiteren: nochmals acht Packungen Klostteig.

Wer sich im »Geschäft«, um das es hier geht, schon länger auskennt, weiß: Ab Mitte Januar bis in den späten Februar gibt es jedes Jahr massenweise Klostteig. (Nichts geht über echt selbstgemachte Klöße, aber dieses Zeug hier kommt immerhin ohne Zusatzstoffe aus und mundet vortrefflich. Man kann diese Klöße klassisch zum Braten reichen, man kann auch kreativ werden: unkonventionelle Klöße mit Kräuterquark, Bratklöße; man kann eine Packung dem Brotteig untermischen undsoweiter.)

Als Highlight: Ein Fünf-Kilo-Stück Jamon Serrano, inklusive »Geschenkbbox« mit scharfem Messer und Schneidbrett, Originalpreis (»Aktionsware! Bestpreis!«) 59,90 Euro. Mindesthaltbarkeitsdatum war der 23. Januar 2018. Von fleißigen Händen aufgegriffen wurde das edle tote Tier exakt an jenem Tag.

Was heißt hier »aufgegriffen«? Nun: Das Bild zeigt einen Teil eines donnerstäglichen Containerfeldzugs. Donnerstags stellt tegut seinen Ausschuß vor die Tür, freitags Norma und jeden Samstag der Bioladen. Es gibt eine kleine Gemeinde, die abendlich parat steht. Wofür



parat? Um »in den Müll zu tauchen«, wie das amerikanische Wort für »Dumpster diving« ins Deutsche übersetzt wurde. Der Terminus »Containern« hat sich durchgesetzt. Es geht um das Abgreifen von Lebensmitteln und anderen Dingen des täglichen Bedarfs, die von Supermarktketten und anderen Läden in die Mülltonne ausgesondert wurden.

Warum wurden diese Sachen entsorgt? Erstens, weil das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten wurde, das nicht mit dem Verbrauchsdatum (das etwa Fisch und rohes Fleisch betrifft) verwechselt werden sollte. Oder zweitens, weil die Verpackung in irgendeiner Weise beschädigt ist. Oder drittens, weil es sich um »Aktionsware« handelt, die nur für einen begrenzten Zeitraum angeboten wurde und nun Platz machen muß für die nächste ... »Aktion«. Im Kleinen zählen dazu Oblaten, die üblicherweise für die Weihnachtsbäckerei gekauft werden. Sie sind lange haltbar, aber ein Störfaktor im Lager: Weg mit den 2400 Oblaten! Im Großen sind es Wo-

chenschnäppchen wie Bügeleisen, Pflanzschau-
feln oder elektrische Kaffeemühlen. Wer sich
zum Containern hergibt, wird reich beschenkt!

Es ist eine heterogene Schar, die sich zum
Mülltauchen einfindet. Sie läßt sich grob in drei
Gruppen teilen: Arme, Verrückte und Über-
zeugte. Die Verrückten sind anstrengend für die
anderen. Unsere Gewährsfrau berichtet ein Bei-
spiel: In jüngster Zeit gibt es im Container oft
eine Art Buttermilch, die sich werbetechnisch
an werdende Mütter richtet. Das Gesöff bein-
hält Vitamine, Mineralien, Spurenelemente
und so weiter, die einer properen Mama in spe
in der Ersten Welt dienlich sind. Die »verrück-
ten« Containergenossen stürzen sich auf den

ten, knapp sieben Millionen Tonnen Essensre-
ste wanderten Jahr für Jahr allein aus Privat-
haushalten in den Müll. Man sagt, 18 Millio-
nen Tonnen genießbarer Nahrung würden in
Deutschland jährlich ausgesondert. Laut Va-
lentin Thurn, der sich in seinem Dokumentar-
film *Taste the Waste* (2011) der Lebensmittel-
verschwendung angenommen hat, gelangt in
Deutschland die Hälfte aller produzierten Le-
bensmittel in den Container. Und wenn es ein
Bruchteil davon wäre! Die *Non-foods* ganz au-
ßer acht gelassen!

Ob das Containern hygienisch bedenk-
lich ist? Oder gar – illegal? Zu letzterem gibt
es eine eindeutige Uneindeutigkeit. In Deutsch-



Kram, packen die Flaschen im Dutzend und
entleeren sie an Ort und Stelle. Denn es gibt
Pfand dafür, pro Verpackungseinheit 25 Cent.
Die Verrückten klaben auch zehn Nachtsicht-
lampen auf, aber nicht zum Verhökern. Sie wol-
len sie besitzen.

Die Armen greifen auch bei Hackfleisch
zu oder bei gammeligen Trauben, über die sich
der Saft einer verdorbenen Tomate ergossen hat.
Die Überzeugten kommen aus Überzeugung.
Meist sind es Studenten, die ein Problem mit der
Wegwerfgesellschaft haben. Sie tragen gelegent-
lich schlafende Säuglinge bei sich, die auf wun-
derliche Namen wie »Nofretete« oder »Aeneas«
hören.

»Wir haben es satt« ist eine Parole, die das
Phänomen ganz gut trifft. Die Zahlen über den
bedenkenlos eßbaren Müll schwanken naturge-
mäß. Wer fragt die Leute, *wer* antwortet *wie*,
wenn es darum geht, wieviel Reste vom Mit-
tagessen dem individualistischen »Mir langt's«
zum Opfer fallen? Diverse Erhebungen behaupt-

land wird »Abfall« dem Eigentum des Wegwer-
fers respektive des Grundstückeigentümers zu-
gerechnet. Viele Supermärkte sorgen dafür, daß
ihre Müllkübel hinter Schloß und Riegel zu ste-
hen kommen. Wer sie knackt, begeht minde-
stens Hausfriedensbruch, Diebstahl zudem. In
Österreich ist die Sache unproblematisch, dort
gilt »Müll« als herrenloses Gut. Und was ge-
sundheitliche Bedenken angeht: Ja, es gibt ge-
legentlich faule Tomaten oder eine aufgeplatzte
Milchtüte. Aber es gibt auch einen Wasserhahn.

Da wahre Mülltaucher meist keine Hinter-
weltler, sondern modern-mobile Leute sind, ver-
fügen sie oft über eine deutschland- (wenn nicht
europa-)weite Topologie der tollsten Contain-
ner: Bilbao ist gigantisch, Lyon mau, in Nürn-
berg gibt es folgende Schatzkästchen, in Kiel
oder Bad Nauheim jene. Die Beute auf dem
Bild stammt aus dem Burgenlandkreis und ist
auf unserem Küchentisch ausgebreitet, ein Mit-
bringsel der Töchter: Wir haben nichts dagegen.
Es gibt sowieso von allem viel zu viel. ■

Das falsche Primat

von Erik Lehnert

Die Wirtschaft – bestens scheint sie zu funktionieren, glänzend steht Deutschland da, trotz Flüchtlingsansturm, Bildungskatastrophe, Pflege-notstand. Geringe Arbeitslosigkeit, stabile Wachstumsraten, ausgeglichener Haushalt – auf dem Papier wenigstens. Nicht alle Wirtschaftszweige »boomen« und nicht jeder Bürger profitiert in gleicher Weise von dem, was man Konjunktur nennt, und das ist nicht weiter verwunderlich, denn Wirtschaft und Ökonomie sind kein Monolith, sondern ein vielschichtiges Gebilde, das sich wegen seiner Komplexität so schwer beschreiben und steuern läßt. Nicht umsonst ist das, was früher als Nationalökonomie bezeichnet wurde und heute als Volkswirtschaftslehre firmiert, ein Friedhof der Theorien, deren Güte sich nicht an Beschreibung der Phänomene mißt, sondern an ihrer politischen Brauchbarkeit. Es sei nur an den alten Streit erinnert, ob man Keynes (Nachfrage staatlicherseits durch billiges Geld ankurbeln) oder Hayek (Selbstregulierung des Marktes) folgen solle, wenn es darum geht, eine Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen.

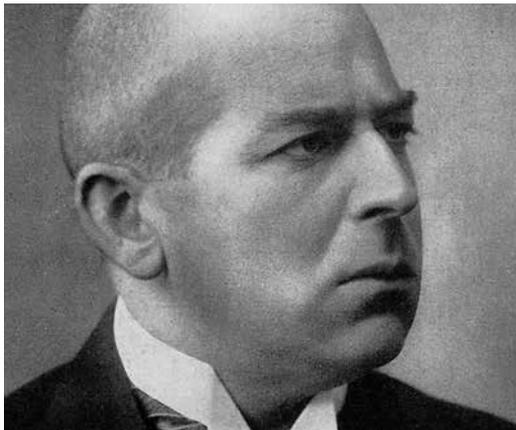
Zur Wirtschaft gehören nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Haushalte, nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer; alle, die in irgendeiner Weise mit Herstellung, Vertrieb, Konsum und Entsorgung (das ist ein eher neuer Teil der Wirtschaft) von Gütern zu tun haben. Die Unterscheidung zwischen denen, die im Besitz der Firmen sind, und denen, die darin arbeiten, ist der Ansatzpunkt aller Debatten, die sich um die Frage der sozialen Gerechtigkeit drehen. Wer der Meinung war, daß, angesichts unseres ausufernden Sozialstaats, diese Frage eher im 19. Jahrhundert oder der Dritten Welt anzusiedeln sei, wurde in den letzten Jahren eines besseren belehrt, als insbesondere die Bücher eines Thomas Piketty für Furore sorgten. Dessen Lesart der Geschichte besagt, daß die Schere zwischen den beiden Gruppen immer größer werde, was Besitz und Einkommen betrifft. Wenn wir uns die absonderlichen Reichtümer vorstellen, die etwa die Gründer von Amazon, Google und anderen nur in den letzten Jahren angehäuft haben, klingt das zunächst plausibel. Abgesehen von den auch gegen Piketty oft erhobenen Vorwurf, daß er sich seine Statistiken passend zu seiner Theorie bastelte, ist die auseinandergehende Schere ein zu plumpes Bild für die Wirklichkeit: Die Masse der Menschen lebt zumindest hierzulande auf einem materiellen Niveau, auf das vor noch nicht allzu langer Zeit noch nicht einmal Könige zu hoffen gewagt hätten. Ermöglicht wird das nicht zuletzt durch innovative Köpfe, die nicht als Monopolisten begannen, sondern erst zu solchen wurden, und die auf dem Weg dorthin einiges richtig gemacht haben müssen – vor allem das, daß ihnen alle gefolgt sind.

Man folgt diesen Pionieren auch deshalb, weil der Konsum in Verbindung mit der virtuellen Realität das Versprechen beinhaltet, die Unterschiede auf einem hohen Niveau einzuebnen. Geschichtlich läßt sich dieses Phänomen an mehreren Stellen beobachten, wenngleich unter gänz-

Thomas Piketty: *Die Ökonomie der Ungleichheit*, München 2016.

lich anderen Vorzeichen. Das gilt mindestens für die Zeiten, als man unter Gleichheit noch nicht die kommunistische Ansicht verstand, jeder solle nach seinen Möglichkeiten arbeiten und nach seinen Bedürfnissen konsumieren (was nichts anderes bedeutet, als daß man im Zweifel für nichts alles verlangen kann). Die angestrebte Gleichheit war die rechtliche Gleichstellung. Geld war ein Mittel, diese Gleichstellung zu erzwingen. Der wirtschaftliche Erfolg der Bürger stellte die Vorrechte des Adels in Frage und wirkte auf diese Weise als der große Gleichmacher. Das läßt sich nun nicht eins zu eins auf die globalisierte Wirtschaft übertragen, der wesentliche Unterschied liegt im Bezugsrahmen der Wirtschaft. Ist es der Staat, dann kann es Rückbindung und Einordnung geben, ist es die Welt, kann es nur Monopol und Versklavung oder aber die totale Umverteilung geben.

Diese drei Möglichkeiten hat Oswald Spengler schon 1919 in seiner Schrift *Preußentum und Sozialismus* beschrieben und dabei eine Lanze für den Sozialismus gebrochen, worunter er nicht Gleichheit und Umverteilung, sondern Ein- und Unterordnung aller unter die Bedürfnisse des Staates verstand. Wer derartiges heute vorschlägt, steht vor dem Dilemma, daß dieser Staat nicht mehr in der Lage ist, diejenige Ordnung zu gewährleisten und durchzusetzen, die er verspricht. Denn er hat sich mit Haut und Haaren der Wirtschaft verschrieben. Das macht die Forderung eines preußischen Sozialismus zu einer intellektuellen Phrase. Allerdings läßt sich aus der von Spengler entwickelten Dichotomie, in der er Engländer und Preußen gegenüberstellt, zumindest eines lernen: Die Engländer haben gewonnen, denn ihr Ziel ist die »Ausbeutung des Publikums durch Reklame, durch Preispolitik, durch Bedürfniserregung«, nicht »die planmäßige Hebung des Volkswohlstandes«.



Harry G. Frankfurt: *Ungleichheit. Warum wir nicht alle gleichviel haben müssen*, Berlin 2016.

Alexander Demandt: *Endzeit? Die Zukunft der Geschichte*, Berlin 1993.

Oswald Spengler: »Preußentum und Sozialismus« (1919), in: ders.: *Politische Schriften*, München 1932.

Hinzu kommt, daß auch die Bürger die Oberhoheit der Wirtschaft über jede Frage ihres Daseins akzeptiert haben. Wer wäre bereit, für das Überleben unseres Volkes und zur Verhinderung der Einwanderung von Millionen »Flüchtlingen« zehn Jahre länger zu arbeiten oder auf den gewohnten Wohlstand zu verzichten? Das mögen einige wenige sein. In der Regel aber freut sich jeder auf den gut abgefederten Ruhestand und möchte ihn möglichst früh erreichen.

An dieser Stelle setzt nun die Propaganda an, die, egal wofür, immer nur ein Argument gelten läßt, und zwar das wirtschaftliche: Ökologie erhält nicht unseren Lebensraum, sondern schafft Arbeitsplätze; die Bundeswehr ist keine Armee, in der man dienend fallen kann, sondern ein toller Arbeitgeber; Einwanderung zerstört nicht den Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern wird dringend benötigt, um unsere demographischen Probleme zu lösen. Das alles ist natürlich Unsinn, zeigt aber, welche Strategie man anwenden muß, um den Bürgern die eine oder andere Kröte zu servieren. Das war schon bei der Begründung für die Anwerbeabkommen in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts so und hätte sich auch 2015 fast bewährt, wenn die Diskrepanz zwischen den Einwanderern und den wirtschaftlichen Erfordernissen hierzulande nicht so unüberbrückbar groß gewesen wäre.

Es gibt noch genügend andere Beispiele dafür, wie sich das Wirtschaftliche zur letztgültigen Instanz unseres Lebens aufgeschwungen hat. Eines ist das Wirtschaftswachstum, dem Identität, Charakter und jene

Ferdinand Knauss: *Wachstum über Alles? Wie der Journalismus zum Sprachrohr der Ökonomen wurde*, München 2016.

Kinder geopfert werden, die nicht in das Selbstoptimierungsprogramm ihrer möglichen Eltern passen, viel zu teuer sind und deshalb gar nicht erst zur Welt kommen dürfen.

Die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum ist aber kein Naturgesetz. Vor dem Ersten Weltkrieg war nirgends die Rede davon, heute ist es die Zauberformel, die alle zu wirtschaftlichen Gewinnern macht und Verteilungskämpfe abschwächt. Seit dem Versailler Vertrag, als man Deutschlands Leistungsfähigkeit für die Reparationszahlungen bestimmen mußte (und deren Höhe so festlegte, daß sie nicht erfüllbar waren), hat sich das Wirtschaftswachstum als Gradmesser für den Erfolg von Politik etabliert. Wer es schafft, das Wirtschaftswachstum zu steigern, gilt als erfolgreicher Politiker und darf auf Wiederwahl hoffen. Alle anderen Bedingungszusammenhänge von Wirtschaft und Gesellschaft, etwa die kulturellen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Handelns, geraten dadurch ins Hintertreffen.

Wenn man die Welt durch die Brille der Wirtschaft betrachtet (und das tun wir alle im Grunde völlig unwillkürlich), erscheint die Welt als durch die Wirtschaft determiniert. Die entscheidende Frage ist, ob sich dieser Blick ändern lassen wird, ob es also gelingen wird, etwas zu etablieren, das eine über die Wirtschaft hinausgehende Geltung beanspruchen kann. Daß ein entfesselter Kapitalismus die Dinge nach seinen Bedürfnissen gestaltet und darstellt, das hat es schon öfter gegeben. Nach der oft glorifizierten Revolution von 1848 war dies der Fall, als dem Kapital freie Bahn gelassen wurde und es des staatspolitischen Genies eines Bismarcks und dem landesväterlichen Anspruch der preußischen Könige bedurfte, um diese Dinge dadurch wieder geradezurücken, daß man die krassesten Auswüchse beschnitt. Die damals durchgeführten Reformen standen noch in der Tradition des Prinzips, an das Spengler nach dem Ersten Weltkrieg und an das Hans-Joachim Schoeps nach dem Zweiten Weltkrieg erinnerte: in der Tradition eines konservativen Sozialismus.

Auch der konservative Nationalökonom Wilhelm Röpke hat in seinem 1942 erstmals erschienenen Werk *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart* bedenkenswerte Einsichten über die Grenzen und die notwendige Begrenzung der kapitalistischen Entwicklung geäußert. »Markt, Arbeitsteilung, Kommerzialisierung, Konkurrenz, ökonomische Rationalität – sie haben das mit allen anderen Dingen gemein, daß es für ihre Anwendung ein Optimum gibt, von dem ab der Schaden den Nutzen zunehmend zu übersteigen beginnt. Übermaß und unterschiedslose Anwendung führen zu einer Überschaubarkeit aller Verhältnisse, die die nun einmal gegebene Natur des Menschen auf die Dauer nicht aushält. Es gibt also von vornherein Grenzen des Kapitalismus, die man beachten muß, wenn man nicht seelische Anforderungen an die Menschen stellen will, denen sie auf die Dauer einfach nicht gewachsen sind. Wir kommen heute zu der früheren Generationen verschlossenen Einsicht, daß die Menschen nicht ohne tiefsten Schaden für sich selbst und für den Bestand der Gesellschaft dauernd die geistige, nervliche und moralische Anspannung ertragen können, zu der sie ein von Angebot und Nachfrage, Markt und Technik beherrschtes Wirtschaftssystem zwingt, und ebensowenig die Unsicherheit und Unstabilität aller Lebensverhältnisse, die ein solches System mit sich bringt. Und so wie die Demokratie staatsfreie Sphären aufweisen muß, wenn sie nicht zur schlimmsten Despotie entarten soll, so muß es in der Marktwirtschaft marktfreie Sphären geben, ohne die sie unerträglich wird.«

Die Scheidewand zwischen Hegung und Entfesselung der Wirtschaft ist der Begriff der Gleichheit. Das gilt gleichermaßen für den Sozialismus und den Kapitalismus, wenn wir diese beiden Begriffe trotz ihres Holzschnittcharakters weiterhin gebrauchen wollen. Der Kapitalismus entartet, indem er jeden lediglich nur noch als Konsumenten betrachtet, die Gewinnmaximierung über alles stellt und die Welt in die Falle der Vereinheitlichung lockt. Der Sozialismus entartet schon als Gedanke, wenn er annimmt, daß jedem das gleiche Lebensniveau zustehe: »Beide teilen den ökonomistischen Glauben. So wie für den Kapitalisten alles käuflich ist [...], so ist für den Egalitaristen alles ökonomisch kompensierbar.« (Wolfgang Kersting)

Dagegen hat der Historiker Heinrich von Treitschke einmal die Forderungen der vernünftigen Gleichheit zusammengefaßt: daß jeder Mensch als Rechtssubjekt anerkannt werde, daß ihm als einem Eben-

Hans Joachim Schoeps:
»Konservativer Sozialismus«, in: ders.: *Konservative Erneuerung. Ideen zur deutschen Politik*, Stuttgart 1958.

Wilhelm Röpke: *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, Stuttgart 1979.

Wolfgang Kersting: *Kritik der Gleichheit. Über die Grenzen der Gerechtigkeit und der Moral*, Weilerswist 2002.

Heinrich von Treitschke:
»Der Sozialismus und seine Gönner« (1874), in: Erich Thier (Hrsg.): *Wegbereiter des deutschen Sozialismus. Eine Auswahl aus ihren Schriften*, Stuttgart 1940.

bilde Gottes zustehe, frei zu denken und zu glauben, daß er die Gaben der Seele und des Leibes frei gebrauchen dürfe, um innerhalb der gegebenen Gesellschaftsordnung so hoch zu steigen, als ihm Kraft und Glück erlauben. Daraus folgen für die Gesellschaft die Pflichten, jedem den Erwerb jenes Maßes an Bildung zu ermöglichen, das nötig ist, um die persönliche Begabung zu entfalten und dort zu helfen, und nur dort, wo aus eigener Kraft ein Leben nicht möglich ist. Alle darüber hinausgehenden Gleichheitsforderungen führen unweigerlich in Vernutzung der ethischen Substanz und irgendwann in die Barbarei, weil jegliche Sitte, jeglicher Abstand, jeglicher Unterschied verlorengehen. Sie zerstören die Gesellschaft, so Treitschke, zerreißen das Band zwischen ihrer Vergangenheit und Zukunft. Das Glück korrigieren zu wollen (und auf nichts anderes läuft die Gleichheitspolitik hinaus) führt zur Unfreiheit. Rolf Peter Sieferle hat in seinem vor kurzem neu erschienenen Meisterwerk *Epochenwechsel* diesen Prozeß der Gleichmacherei in all seinen Etappen beschrieben.

Rolf Peter Sieferle:
Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Berlin 2017.

Nun steht aber unsere Epoche ohne Zweifel ganz unter dem ihr eigenen Zeichen einer Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse. Der Kapitalismus als einzig denkbare Form des Wirtschaftens hat sich weltweit durchgesetzt, mit allen Konsequenzen. Doch Kapitalismus ist mehr als nur eine Produktionsweise. Es gibt einen kapitalistischen Geist, der inzwischen das Denken und Handeln der Politik, aber auch der Gesellschaft bestimmt. Diesem »Händlergeist« galt das besondere Interesse des deutschen Soziologen und Nationalökonom Werner Sombart. „Was kannst du mir bieten?“ sei die Frage, mit dem dieser Geist an das Leben herantrete, der folgerichtig die Bestimmung des Menschen darin sehe, teuer zu verkaufen und wohlfeil einzukaufen, und dies über den alltäglichen Konsum hinaus in allen Lebensbereichen. Der Zweck des Staates habe sich ganz darauf zu beschränken, seinen Bürgern diese Geschäfte zu erleichtern.

Werner Sombart: *Händler und Helden*, München 1915.

Interessant sind Sombarts Gedanken über den Zusammenhang von Wanderung (neudeutsch Migration) und kapitalistischem Geist. Er sieht im einen die Quelle des anderen. (Aus-)Wanderung ist für Sombart ein Ausleseprozeß der kapitalistischen Variante, und zwar der wagemutigen, berechnenden, unsentimentalen Vertreter einer Population. Alle alten Lebensgewohnheiten und Beziehungen hinter sich abbrechend findet sich der Fremde in einer neuen Welt wieder, die für ihn keine Seele hat. »Das Land wird von ihnen nicht betrachtet als die Mutter der Menschen, der Herd der Götter, das Grab der Väter, sondern nur als Werkzeug der Bereicherung.« In der neuen Heimat kann der Erwerbtrieb sich nun ohne die bisher übliche Rücksichten auf seinesgleichen austoben, denn der Ankömmling hat es in der Fremde mit Fremden zu tun.

Werner Sombart: *Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen*, München 1923.

Der Staat im konservativen, nicht vom kapitalistischen Geist durchdrungenen Sinn ist hingegen nicht nur ein Staat für die Cleveren und Schlaun, sondern auch einer für die Mehrzahl derer, die vom real existierenden Kapitalismus überfordert sind. Wie viele dies sind, läßt die Zahl überschuldeter Privathaushalte erahnen. Daß der Mensch kein beliebig konditionierbares Wesen sei, gehört zum Menschenbild des Konservativen. Konservativ sein setzt tiefere Einsichten voraus als die in die Spielregeln des Marktes. Es ist keine Menschenfreundlichkeit, Umstände aufzurichten, die den Menschen überfordern müssen.

Der Kapitalismus, eigentlich eine Produktions- und Organisationsform der Wirtschaft, wirkt längst über dieses Feld hinaus und beeinflusst als Maxime der Lebensführung die gesellschaftlich gültigen Werte und unser aller Denken, so daß wir inzwischen zwar von allem den Preis, aber leider auch von nichts mehr den Wert kennen. Unsere Wirtschaftsform kann aber niemals der Zweck unseres Daseins sein, sondern immer nur Mittel zu einem höheren Zweck.

Worum es uns also gehen muß, ist, die geistige Vorherrschaft des Wirtschaftlichen zu brechen. Wir leben (noch) in einer Situation, in der wir uns das ohne große Opfer leisten können. Das müssen wir nutzen. Nicht, indem wir der »sozialen Frage« auf den Leim gehen, sondern indem wir ein Selbstbild errichten, in dem die Wirtschaft den Rang der Basis, nicht den der Spitze beanspruchen darf. Hinter vier Stunden weniger Arbeit oder fünf Euro mehr Lohn hat sich noch nie ein großer Gedanke verborgen. Die Frage, ob man unter den Franzosen nicht auch gut leben könnte, war für die Preußen 1807 völlig gleichgültig. Wichtig war ihnen die Freiheit und die Behauptung des Eigenen – und dort sollten wir uns einfinden! ■

Konstruktive Theorieschwäche

von Götz Kubitschek

Die weltanschaulich immanente Theorieschwäche der Rechten ist eine Tatsache. Man kann die Rechtfertigung dieses Umstands auf die Feststellung beschränken, daß sie nur vom Standpunkt jener als »Schwäche« beschrieben wird, die eine Schwäche für Theorien haben. Muß man neben der Aufgabe, ein selbständiges Leben zu führen und Verantwortung für Beruf, Familie, Nachbarschaft, Kirchengemeinde, Partei und Verein zu tragen, die graue Dame Theorie pflegen? Wer wirklich etwas aufbaut, in Stand hält oder verbessert, wer vom Schicksal (ein rechter Schlüsselbegriff!) an die Werkbank seines Lebens gestellt wird und dieses Werkstück tatsächlich in Angriff nimmt, ohne gleich nach Ungerechtigkeiten zu graben, wird je länger, je mehr demütig unter der Last und der Dauer des Anspruchs, wird dankbar für die Erfahrung, daß überhaupt etwas gelingen und ertragreich umgesetzt werden könne. Vor allem aber wird er mißtrauisch gegenüber jenen Theorien, die – in sich schlüssig gebaut – behaupten, es gäbe einen Weg heraus aus der *Conditio humana*, mithin eine Chance, den Menschen *an sich* zu erneuern oder von Grund auf ins Bessere zu drehen, und weil es diese Chance gäbe, dürfe man es versuchen, und zwar mit aller Gewalt.

Das den Menschen als Menschen grundsätzlich Gegebene darf aber ebensowenig hinter- oder übergangen werden wie das je Eigene, das dem Einzelnen aufgeladen wurde. Es kann nur »gehoben« werden, dieses von der Backenzange der historischen und persönlichen Lage gepackte Leben, und diese Hebung, dieses sich Herauswählen auch aus schwierigen Bedingungen (oder das bereits Weitermachendürfen auf gehobenem Niveau), das Glückhaben oder Zurückgestoßenwerden – das ist das Leben in seiner Vielgestaltigkeit. Manches daran ist nicht schön, nicht gerecht, nicht recht auszuhalten – aber es *ist*, und dieser simple Umstand ist die Grundlage der Achtung der Rechten vor dem Leben und ihrer Toleranz für mannigfache Lebensvollzüge, Unterschiede, Ausformungen, Schrullen. Denn wir können nicht hinter den Vorhang schauen, sondern haben mit dem auf die Bühne geschobenen Stoff unser *Theatrum* aufzuführen. Dies zu akzeptieren ist allemal eine schonendere und achtsamere Haltung als die Leugnung der Bedingtheiten und abgeschattierten Lebensmöglichkeiten oder der Versuch ihrer gewaltsamen Angleichung: Beides nämlich führt zu Experimenten am lebenden Objekt, mit grauenhaften Folgen.

Es ist einem Rechten dabei herzlich egal, ob dieses Experiment »zum Besten« einer von der Geschichte (Klasse), der Natur (Rasse) oder der Realtranszendenz (Individuum) privilegierten Masse durchgeführt wird: Immer wird die Umsetzung ein Abmessen der Wirklichkeit an der Theorie sein, ein Abmessen des Leibs am Prokrustesbett. Beim Blick auf dieses Schreckensgestell, an das der Körper ohne Gnade stets anpaßt wird, indem man ihn auf das ihm unangemessene Maß streckt oder kürzt, sagt dann der Rechte seinen banalen Spruch auf, mit dem er die Verantwortungslosigkeit

»Die Konservativen sollen nicht so viel untereinander streiten« – das bekommt man immer wieder zu hören. Dem kann man zustimmen, soweit persönliche Unverträglichkeiten und Gereiztheiten gemeint sind. Die sollte man im Interesse der gemeinsamen Sache zurückstellen. Etwas anderes ist es hingegen, wenn das ›Seid nett zueinander‹ verwedeln soll, daß es diese gemeinsame Sache gar nicht gibt.«

Armin Mohler: *Die Nominalistische Wende – ein Credo*, zuletzt Schnellroda 2001.

seiner Widersacher zur Kenntlichkeit entstellen möchte: Wenn die Wirklichkeit nicht zur Theorie paßt – um so schlimmer für die Wirklichkeit.

Er hat recht, der Rechten, mit diesem sarkastischen Spruch, aber nur dann, wenn er ihn als Ausdruck seines Mißtrauens gegen Utopien verwendet und nicht als Ausrede für seine Denk- und Leses Faulheit mißbraucht. Denn gemünzt auf Letzteres wiegt das Urteil schwer, das der Renegat Günter Maschke im Gespräch über seine neuen rechten Gefährten fällt: Die Rechten läsen nicht, und wenn sie läsen, dann nicht systematisch und vor allem keine Theorie.

Einer, der aus der Hinwendung zum Konkreten sogar das Merkmal einer rechten Tendenzwende destillierte, war Armin Mohler, der den Ansatz verfolgte, die Welt ohne Zuhilfenahme einer (wie er sich ausdrückte) »All-Gemeinheit« zu verstehen, dabei akzeptierend, daß die Welt nur in Erklärungsmodellen »aufgehe«, theoretisch vergewaltigt sozusagen, nie aber in der Wirklichkeit. Die Beurteilung dieser Haltung durch den gelernten Marxisten Maschke ist gerecht: Der nominalistische *faible* für das Besondere sei zugleich Mohlers Stärke und Schwäche gewesen. In der Tat. Wer Mohler noch kennenlernen durfte, mag seinen Stil so charakterisieren: sich verzettelnd Grandioses aufspießend. Maschke selbst nun versucht beides zusammenzubinden, in einer nicht zufälligen Reihenfolge von Links nach Rechts wandernd, und er sagt über sich selbst: »Mich interessiert die Situation, die konkrete Lage, der konfliktive Moment. Meinetwegen: Pointillismus. In der Malerei ergab das immerhin ein vollständiges Bild.«



Es mehren sich in der jungen, man könnte auch sagen »neuesten« Rechten Stimmen, die den Pointillismus Maschkes oder den Nominalismus Mohlers für eine Form der Mutlosigkeit halten, für Scheu vor der Notwendigkeit, die großen Fragen anzugehen – jüngst namentlich den Kapitalismus, dem ein rechter Antikapitalismus entgegenzustellen sei, aufgeladen mit bei den Linken gekaperten Theoriebausteinen und Vordenkern samt deren Jargon. Da ist vom Neoliberalismus die Rede, vom Finanzkapitalismus, von absoluter und relativer Armut, von antikommunistischer Bourgeoise und den Produktionsmitteln, die ihrer Enteignung und Verstaatlichung harreten, damit die Ausbeutung derer, die nur ihre Arbeitskraft und -zeit anzubieten hätten, beendet würde.

Es kam, soviel aus dem Nähkästchen, über diese Fragen bereits zu heftigen internen Debatten, zu Auseinandersetzungen darüber, ob es der Kapitalismus *an sich* sei, gegen den man einen Entwurf zu stellen habe, weil er als Denk- und Verhaltensmuster immer entarten, freidrehen und das Schlechteste nach außen kehren müsse. In diesem Zusammenhang fielen und fallen Begriffe wie »Klassenkompromiß«, »Ordoliberalismus« und »Soziale Marktwirtschaft« – aus rechter Sicht Beispiele für austarierende, die Auswüchse des »Freidrehens« einhegende konservative Konzepte, die wiederum von der neuesten Rechten als Symptombekämpfungen und Bemäntelungen einer grundlegenden Fehlstellung abgetan und belächelt werden.

Dieses Belächeltwerden ist nun etwas, das die Rechten gerade in Staats- und Wirtschaftsfragen von Seiten einer anderen utopistischen und in ihre Theorie vernarrten ideologischen Gruppe zur Genüge kennt: Die Libertären, in Deutschland wohl restlos versammelt um André Lichtschlags Magazin *eigentümlich frei*, reagieren wie von der Tarantel gestochen, wo immer jemand soziale und andere Fragen vom Staat her denkt. Es gibt in Sachen Staat für echte Libertäre keine Kompromisse: Seine Abschaffung ist das Endziel aller libertären Anstrengungen, und alles, was aus rechter Sicht an hegenger, erzieherischer, ausrichtender Kraft vom Staate her gedacht wird (und in der Wirklichkeit erprobt ist), können aus libertärer Sicht der anarchokapitalistische Markt und die Vertragsfreiheit und -fähigkeit des Ichs weit effektiver und besser. Daß dieses Konzept aus guten Gründen bisher nur in ein paar Gated Communities unter sehr reichen oder sehr gleichen Leuten funktionierte, daß es am Reißbrett, auf Bohrinselgröße oder im Niemandsland der US-amerikanischen Ortlosigkeit als Generationenprojekt durchgehen mag, niemals aber in organisch und dicht besiedelten Flächenstaaten – das interessiert keinen eigentümlich freien Geist. Vielleicht sollte man ihm dieselbe Frage stellen, die man den

»Die politische Linie zur Befreiung des Staates verläuft entlang der Begriffe Verstaatlichung und Konkurrenzlosigkeit. Das bedeutet, daß der deutsche Staat die Grundversorgung in den Bereichen Verkehr, Bankwesen, Kommunikation, Bildung, Gesundheit, Energie, Wohnraum, Kultur und Sicherheit als Staat sicherzustellen hat, nicht nur als Ordnungsrahmen rund um private Anbieter, denen es vor allem um die Filetstückchen geht. Die Aufgabe lautet: Verstaatlichung bei gleichzeitiger Verschlinkung der Bürokratie. Es geht darum, staatliche Kernaufgaben dem Rentabilitätsdenken zu entwinden und Räume zu erhalten, in denen er, weil er für sich ein Monopol beansprucht, nicht konkurrieren muß.«

Goetz Kubitschek: »Selbstverständlichkeiten als Minimalprogramm«, in: *Session* 78, April 2017.

»Nun, wie Kubitschek Aufgaben verstaatlichen und gleichzeitig die Bürokratie verschlinken möchte, wird ewig das Geheimnis des Weltökonomens aus der Einmann-Kaserne bleiben.«

André F. Lichtschlag: »Warum der Markt die bessere Alternative ist und Neue Rechte das nicht verstehen«

Nachfolgern Lenins, Luxemburgs und Marxens dieser Welt seit jeher stellt: Woher kommt eigentlich immer wieder der eindimensionale Wunsch, ein Ende der Geschichte herzustellen, obwohl uns ebendiese Geschichte lehrt, daß sie nur der totesgeschlagene Mensch nicht mehr fortschreiben wird?

Kurz: Libertäre Häme bis zur Unterstellung erntet, wer den Wettbewerb aus Bereichen fernhalten will, in denen er nichts verloren hat, und antikapitalistische Häme erntet, wer am Leistungsprinzip und an der Ungerechtigkeit der Güterverteilung als einem die Lebenskräfte erst in Schwung bringenden Antriebsgefälle festhält. Häme von beiden Seiten – »der Rechte in der Richte: ein Außenseiter.« (Botho Strauß)



»Denn in diesem Lande ist ein Begriff der Freiheit unvollziehbar, der sich wie ein feststehendes und in sich selbst inhaltloses Maß auf jede beliebige Größe anwenden läßt, die man ihm unterwirft. Es hat hier vielmehr von jeher dies gegolten: daß das Maß an Freiheit, über das eine Kraft verfügt, genau dem Maße an Bindung entspricht, das ihr zugeteilt ist, und daß sich im Umfange des befreiten Willens der Umfang der Verantwortung offenbart, die diesem Willen seine Berechtigung und Gültigkeit erteilt.«

Ernst Jünger: *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt*, 1932.

Es gab einmal einen rechten Entwurf, der an einen der utopistischen posthistorischen Entwürfe erinnert, wenn man ihn durch die theoretische Brille studiert. Aber ist Ernst Jüngers *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt* wirklich eine Theorie? Man hat dieses Werk nicht ohne Grund als Theorie-Poesie bezeichnet, eine im besten Sinne ambivalente Wort-Neuschöpfung und deshalb in sich bereits wieder ebenso rechts wie »Konservative Revolution« oder »organische Konstruktion«. Denn rechtes Sprechen und Nachdenken ist stets ambivalent und folgt sprachlich jener Unschärfe-Relation, die lehrt, daß man immer nur entweder den Moment fixieren oder den Schwung der Bewegung nachzeichnen kann, und daß beide Aspekte für sich genommen nie die ganze Gestalt umreißen.

Umriß, Gestalt, mehr ein Erahnen, als ein erschöpfendes Beschreiben, Beschriften, Fixieren – »Das Genaue ist das Falsche. Es läßt den Hof, den Nimbus nicht zu. Unsere Lebenssphäre ist das Vage, das Ungefähre«, schreibt Botho Strauß. Eure Sphäre ist das Geraune, sagen die Gegner, oder: Eure Sphäre ist in der Tat die Poesie, und als solche der Schwächeanfall vor der konsequenten Begriffsarbeit und ihren politischen Ableitungen.

Man könnte nun einmal die von Jünger umrissenen Stufen zu jener »Arbeits- und Staatsdemokratie« beschreiben, auf die hinarbeitend der neue Typ, den er vorstellt, alle Kräfte und Mittel mobil zu machen hätte. Es ist da von »vollendeter Planlandschaft« und »Arbeitsplänen« die Rede, von den bereits erwähnten »Organischen Konstruktionen«, in welchen »der Mensch in hoher Einheit mit seinen Mitteln erscheint« und »die Spannung zwischen Natur und Zivilisation, zwischen organischer und mechanischer Welt« aufgelöst sei. Auch inwiefern das, was Jünger beschreibt, in Gänze oder zum Teil eingetreten ist, mag einmal verhandelt werden. Für diesmal aber ist nur die Haltung des Einzelnen zum Anspruch der Arbeit als einem Teil seiner Persönlichkeit von Bedeutung, und dies wird deutlich an den Antworten auf die Frage nach dem Begriff der »Ausbeutung«.

Nästkästchen: Neulich erst, im Rahmen der Winterakademie des Instituts für Staatspolitik, ging es im Verlauf eines intensiven Gesprächs um die Ziele, die ein zeitgemäßer rechter Antikapitalismus in Deutschland sich setzen könne. In Anschlag gebracht wurden Formen »ausbeutender« Arbeitsverhältnisse, und auf die Einlassung, daß von »Ausbeutung« keine Rede sein könne, wenn der Lohn selbst für Luxusgüter hinreiche, folgte eine präzisierende Definition: Ausbeutung sei dann eine, wenn von dem Mehrwert, den der Angestellte erwirtschaftete, ein erklecklicher Anteil an jene Investoren gehe, die über Erbschaft oder auf anderem Wege die Produktionsmittel des Betriebs in die Hand bekommen hätten und daraus einen Anspruch auf eine Rendite ohne Arbeitsgegenleistung ableiteten. Kurzum: Der Werktätige finanziere im Grunde nicht nur den um ein Zigfaches besser bezahlten Konzernmanager, sondern darüber hinaus jene, die nicht einmal mehr etwas managten, sondern nur noch »ihr Kapital für sich wirtschaften ließen«.

Das mag nun nicht besonders gerecht sein, aber »Gerechtigkeit« ist – mit dem Ton des Jüngerschen Arbeiters unterlegt – kein Kriterium. Denn weder der Manager, noch der raffende Renditeprivatier können Größen von Bedeutung sein für denjenigen, der in der »Arbeit« einen respektablen Teil seiner Weltformungsfähigkeit erkennt. »Du sollst der Rendite keine Macht einräumen über deine Gedanken«, möchte man – Hans Castorp im *Zauberberg* abwandelnd – ausrufen, oder auch: »der Freizeit« oder »dem Anspruch auf eine 35-Stunden-Woche«. Denn alles Resentiment führt nicht dazu, die berühmte Entfremdung des Arbeiters von sei-

nem Werkstück auszuhebeln. Es verstärkt sie vielmehr, denn die Arbeit kommt dadurch geradezu dominant als etwas Aufgezwängtes und Bedrängendes zur Geltung, das immer stärker eingekürzt, zurückgedrückt und aus dem Leben verbannt werden sollte.

Mag sein, dies ist der Verblendungszusammenhang des Selbständigen: Aber wer möchte schon tauschen mit Leuten, die mit vierzig bereits das Leben von Rentnern führen und unter der Sonne Teneriffas oder anderer spannungsloser Orte die Geräusche der Selbstkompostierung wahrzunehmen beginnen. Wie anders ein Tag, der eine Aufgabe stellt und bereits aus diesem Grund vom Leben keine weitere Rechtfertigung verlangt. Arbeiten, etwas in Ordnung bringen, eine Sache gründlich erledigen, so gut wie möglich, wissend, daß darin immer etwas von dem zurückbleibt, was man hineingelegt hat, und das alles als »Ausgebeuteter« oder als »Selbstaubeuter«, der Begriff dafür hemmt die Arbeitslust nicht – konstruktive Theorieschwäche möchte man sagen. Günther Anders hat sie in ein Bild gefaßt: »Keinem pflügenden Bauern ist es jemals eingefallen, daß er durch das Pflügen Zeit verliere, weil er etwas Monotones tut, etwas, was er schon gestern ebenso getan hat und morgen ebenso tun wird; oder gar deshalb, weil er, wenn er Feierabend macht, keinen neuen Gedanken oder Erlebnisstrag heimbringt; oder schließlich gar deshalb, weil er sich in den Stunden seiner Arbeit überhaupt nicht selbstverwirklicht hat. Da lachen die Hühner. Nichts dergleichen alteriert ihn. Und mit Recht nicht.« Demgegenüber die Opfermienen, in die sich das Ausbeutungsnarrativ als Grundaussdruck des Lebens eingegraben hat!

»Das Wort Sozialismus ist nicht die tiefste, aber die lauteste Frage der Zeit.«

Oswald Spengler: *Preußentum und Sozialismus*, München 1922.



Zuletzt etwas aus einer Mail, denn der Dialog über diese Themen spinnt sich in der Leserschaft fort:

Unabhängig von meiner oben nur ganz kurz angedeuteten Wirtschaftsgesinnung bin ich auf dem politischen Felde der Meinung, daß die Rechte nur weiter kommt, und damit meine ich nicht in der Theoriearbeit, wenn sie sich breitere Schichten erschließt, wenn sie sich auf der Wirtschaftsseite vermeintlich linker Positionen annimmt, wenn zumindest in Mitteldeutschland bis auf die pubertären Antifanten und Altkommunisten fast die gesamte Wählerschaft der Linken eingesammelt wird.

Problematisch an Wohlfahrt, Gewerkschaft und »Umverteilung« sind doch letztlich nur das Ausmaß und die Leute an den Schaltstellen und (jetzt kommt der große Unterschied zur Linken) der Kreis der Bezugsberechtigten, also die Definition der Solidargemeinschaft. Wenn diese aus der Geschichte und der Natur erwächst, ist sie doch unstrittig eine wunderbare Sache. Problematisch wird es doch nur, wenn eine solche künstlich geschaffen werden soll.

Persönlich empfinde ich das Korporatistische, das Genossenschaftliche auch als die mir gemäße, die deutsche Ausprägung des Wirtschaftens. Wir dürfen nicht vergessen, was der angelsächsische Ansatz immer zerschlagen wollte und was von unserer Seite aus vermutlich noch immer die einzig real existierende Alternative zum allesverschlingenden Jetzt ist.

Zu guter Letzt möchte ich noch anmerken, daß die Fixierung auf die Wirtschaft vielleicht die Ursache allen Übels überhaupt ist. Die Wirtschaft soll dienen. Sie ist kein Selbstzweck. Sie ist für mich kein deutsches »Dinge um ihrer selbst willen tun«.

Dem ist nicht viel hinzuzufügen, allenfalls etwas von dem, was einer in der bereits erwähnten Akademie-Runde zum Thema noch beitrug. Es schlägt in dieselbe Kerbe: Man solle den Fehler nicht wiederholen, der die Linke schon am Leben vorbeitheoretisieren ließ: Zwischen Ausbeuterei und Klassenkampf, Lohn und Rendite, Großentwurf und Lähmung liege ein weites Feld, ein Brachfeld (Kultur, Geist, Lektüre, Erziehung, Familie, Freundschaft), das zu bestellen keinem genommen sei, zumal nicht in einer materiell so überfließenden Epoche wie der unseren. Aber es bewahrheitete sich wohl, was wiederum Günther Anders einmal äußerte: »Überfluß ist die Mutter der Phantasielosigkeit«. ■

Rechte Kapitalismuskritik in Deutschland

von Benedikt Kaiser

Die politische Linke ist in Aufruhr: Rechte Akteure hätten im Zuge der perpetuierten Krise der kapitalistischen Gesellschaften (Massenmigration, Währungskrise, Jugendarbeitslosigkeit, Explosion der Ungleichheit, um nur einige zu nennen) die Kapitalismuskritik für sich entdeckt, heißt es. Sogar die traditionsreiche marxistische Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften *Das Argument* gewährt einer Abhandlung über Querfrontbestrebungen und rechten Antikapitalismus immerhin fünfzehn Textseiten, die ansonsten für verzweigte Marx- und Gramsci-Forschungen reserviert sind.

Aber auch auf der politischen Rechten herrscht Unruhe; neben Zustimmung zu einer sozialorientierten Neujustierung politischer Theorie und Praxis (insbesondere unter jüngeren Neurechten) herrscht diffuses Unbehagen (insbesondere im demographischen Mittelbau). Die Skeptiker argumentieren ganz unterschiedlich. Die gefährlichsten unter ihnen sind jene, die höhnen, »Neoliberalismus« als Bezeichnung für den Zustand der kapitalistischen Welt sei eine linke Kampfformel ohne Realitätsbindung – ein Beweis für Philip Mirowskis These, wonach der Neoliberalismus als »ideologiefreie Ideologie« so stark im Alltagsbewußtsein verankert sei, daß man *alles* durch eine neoliberale Brille betrachte. Hinter diesem Schleier wird es unmöglich zu verstehen, daß der Neoliberalismus gerade *nicht* den klassisch liberalen Nachtwächterstaat als Leitbild hegt, gerade *nicht* die Abschaffung des Staates fordert wie radikale Libertäre, sondern daß der Neoliberalismus den Staat zum ausführenden Organ des Marktes degradiert und entsprechend rück- und umbaut, um eine Welt nach den Ideen eines Milton Friedman oder aber, am Ende des neoliberalen Ideenspektrums angelangt, eines Friedrich von Hayek zu konstruieren.

Wiederum andere lehnen Kapitalismuskritik schon deshalb ab, weil sie »klassisch links« sei, unterliegen also Denkblockaden, die eine fundierte Debatte verhindern und an antifaschistische Verhaltensmuster erinnern. »Kapitalismuskritik von rechts« ist aber kein Phänomen der Gegenwart. Die rechte Kritik am Kapitalismus und seiner bürgerlichen Gesellschaft setzte bereits ein, als die Verhältnisse zur Proletarisierung der Gesellschaft, also zum Wachstum des Anteils der Lohnarbeiter in der Bevölkerung drängten. Die Kritik kam von verantwortungsbewußten, vornehmlich preußischen Konservativen, die das Verdampfen alles Ständischen und den Einbruch des »englischen«, auf Profit und rasantes Wachstum ausgerichteten Wirtschaftens konstatieren mußten. Karl Rodbertus (1805–1875) ist exemplarisch anzuführen: Der Rittergutsbesitzer und spätere Nationalversammlungsabgeordnete von 1848 kritisierte in diesem Sinne die liberale Konkurrenzideologie, forderte gerechte Löhne, Machtbeteiligung der Arbeiterschaft und argumentierte – bei grundsätzlicher Treue zur Krone – preußisch-sozial.

»Allgemein ist bekannt, dass es bei dem Neoliberalismus auch und zuvor-derst um etwas ganz anderes geht, nämlich um tiefe, praktische Eingriffe in die Psyche des Menschen. Damit die Märkte ihren »spontanen«, »natürlichen« Zustand erreichen konnten, mussten die Individuen diszipliniert und neu modelliert werden. Das neoliberale Leben ist ein Spielbrett, auf dem jeder für sich einen Platz unter der Bedingung finden kann, er optimiere sein Profil je nach fluktuierenden Erfordernissen, mache sich beugsam (die eigentliche Bedeutung von »flexibel«) und risikobereit. Verlierer verdienen keine Gnade, ihr Versagen haben sie selbst verschuldet.«

Guillaume Paoli: *Die lange Nacht der Metamorphose*, S. 31.

Im konservativen Milieu hervorzuheben ist zudem, mit gleicher Stoßrichtung wie Rodbertus, der Verein für Socialpolitik, der 1873 gegründet wurde, mithin zwei Jahre nach der temporären Lösung der nationalen Frage, die bis dato aufgrund der feudalen Kleinstaaterei der deutschen Länder die soziale überschattete. Der antreibende Akteur des Vereins war neben dem monarchistischen Sozialkonservativen Gustav Schmoller (1838–1917) vor allem Adolph Wagner (1835–1917). Die weltanschauliche Ausrichtung des Universitätsprofessors der Finanzwissenschaft und Politischen Ökonomie basierte auf einem skeptischen Menschenbild, das der virulenten britisch-liberalen Auffassung des Menschen als einem eigentumsfixierten, egoistischen Wesen widersprach und zugleich der Linken entgegenhielt, daß der Mensch nicht beliebig formbar sei. Wagner sah den Menschen als gesellige, seiner anthropologischen Verfaßtheit nach unveränderliche Konstante der Geschichte. Sein zentrales Motiv war die Feststellung, daß das demographische wie ökonomische Wachstum der Gesellschaft dazu führe, daß es eine zunehmende Anzahl an Gemeinschaftsaufgaben gebe, die durch die kapitalistische Privatwirtschaft nur unzureichend gelöst werden könne. Wagner plädierte für eine staatliche Planung und Lenkung in den Bereichen Bergbau, Forst, Post, Geldsystem, Banken- und Versicherungswesen, Sozialfürsorge und Rechtsschutz, schließlich im Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungswesen. Die Zeitschrift *Der Staats-Socialist* (ab 1879) war seine Ideenplattform, zwischen 1882 und 1889 war er Mitglied im preußischen Abgeordnetenhaus. Der konservative »Staatssozialismus« Wagners fand auf der Rechten einige Jahrzehnte später Resonanz unter anderem bei Wichard von Moellendorf (1881–1937) und Werner Sombart (1863–1941). Sombart kam aus dem sozialistischen Lager, wanderte schrittweise nach rechts und erarbeitete auf Basis eines an Wagner erinnernden Menschenbildes die Konturen seines »Deutschen Sozialismus«, den er 1934 vorlegte.

Aber noch einmal Wagner: Seine Wirkungszeit waren die 1880er Jahre, das Jahrzehnt, in das Bismarcks Sozialgesetzgebung fällt, die bis heute, mit einigem Recht, als vorbildhaft angesehen wird. Sie ist indes im Kontext der erstarkenden Arbeiterbewegung zu sehen, die auch durch das Sozialistengesetz 1878 nicht zerschlagen werden konnte. Henning Eichberg sprach bezüglich Bismarcks ausgleichender Sozialpolitik von einer »pragmatischen, autoritären und die bestehenden Verhältnisse zementierenden Mischung aus Schutzzoll, Interessengemeinschaft von Schwerindustrie und Großgrundbesitz, Zuckerbrot und Peitsche für die Arbeiterklasse«, während Bismarcks zeitweiliger Mitarbeiter Hermann Wagener (1815–1889) mit seinen Ideen vom zukunftssträchtigen Bündnis zwischen Krone und Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie ähnliche Ansätze wie Charles Maurras in Frankreich verfocht, aber bei eben jenem Bismarck auf taube Ohren stieß. Ein Jahr vor Wagners Tod schien aber kurzzeitig praktische Bewegung in diese theoretische Synthese zu geraten: Der junge Wilhelm II., interessiert an moderner Technik wie an der sozialen Frage, wurde Kaiser. Die Hoffnungen einiger damaliger »National-Sozialer« – von Friedrich Naumann (1860–1919) bis Theobald Ziegler (1846–1918) – auf den über den Klassen stehenden monarchischen Sozialstaat wuchsen, wurden aber rasch enttäuscht.

Die rechten Kapitalismuseegner im Kaiserreich scheiterten letztendlich am wilhelminischen Klassenstaat wie am Fehlen eigener Resonanzräume: Die Arbeiterbewegung fremdelte mit jenen Köpfen, die im Regelfall aus bürgerlichen Verhältnissen stammten, und viele Status-quo-Konservative versagten aus inhaltlichen wie strategischen Motiven ihre Unterstützung. Nicht wenige befürchteten, daß über rechte preußische »Staatssozialisten«, die ein skeptisches, rechtes Menschenbild formulierten, und gerade deshalb etatistisch-soziale Konzepte favorisierten, der Einfall linker Ideenwelten drohe.

Erst durch die Erfahrungen in den Schützengraben des Ersten Weltkriegs und den Untergang des Kaiserreichs wurde eine fundamental neue Situation geschaffen: Standesdünkel wurden durch die Realität des gemeinsamen Kampfes zur albernen Haltung; Nationalismus und (militärische) Solidarität waren gerade bei der Frontkämpfergeneration positiv konnotiert, Liberalismus und Kapitalismus wurden hingegen als westlich und feindlich deklariert – man war durch die westliche Welt besiegt und mittels Versailles gedemütigt worden. Die nationale Frage erfuhr als Re-

»Rodbertus hat weniger auf die Genossenschaften sondern gleich Marx auf die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung Wert gelegt, die zwangsläufig der Sozialisierung entgegenreibe infolge der zunehmenden Kapitalkonzentration und der Bildung von Mammutaktiengesellschaften. Nur verordnete er als Konservativer anders als Marx den künftigen Sozialismus von oben her durch Gesetzgebungsakte der Krone, also das soziale oder sagen wir jetzt besser das sozialistische Königstum.«

Hans-Joachim Schoeps:
Üb' immer Treu und Redlichkeit, S. 92.

»Mit dem I. Weltkrieg brach die Fiktion, daß das nationale Gemeinschaftsinteresse mit dem Interesse der führenden Feudal- und Großbürgerschicht identisch sei, in sich zusammen. Damit ergab sich die Möglichkeit, daß auch bei der »Rechten« der soziale Gedanke von reformistischer in revolutionäre Qualität umschlug.«

Hartwig Singer (d.i. Henning Eichberg): *Sozialismus von »rechts«*, S. 12.

vanchebemühung eine Radikalisierung. Die Verelendung breiter Schichten im Zuge der Inflation sorgte dafür, daß sich die soziale Frage existentiell stellte. Beide Fragen wurden in der Folge – vor allem im national- und sozialrevolutionären Flügel der »Konservativen Revolution« nach Armin Mohler – immer wieder explosiv zusammengemischt. Das Ziel war die »totale Mobilmachung« des Volkes gegen den im Weltkrieg siegreichen »Westen«. Dessen einigendes Band war der Kapitalismus als Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, den die Konservativ-Revolutionären folgerichtig zum Feind erklärten, wenngleich dieser Feinderklärung, und das war ideenpolitisch zugleich ihr mittelfristiges Todesurteil, keine methodisch erarbeitete Gesellschaftsanalyse zugrunde lag, auf deren Basis man Schritt für Schritt ein kohärentes rechtes, nichtkapitalistisches und soziales Ideengebäude ohne Ausmordung »Anderer« (Juden, »Bürger« usw.) hätte errichten können.

»Der Widerstand gegen die kapitalistisch-universalistische Zertrümmerung der Alten Welt kommt hier nicht aus der Perspektive eines überbietenden Prozesses, sondern aus der Position eines »ewigen« oder elementaren Bestands, einer unzerstörbaren normativen Substanz. [...] Der Hauptgegner der konservativ-revolutionären Position sind die Mächte der bürgerlichen Welt, also Liberalismus, Individualismus und Kapitalismus.«

Rolf Peter Sieferle: *Epochenwechsel*, S. 62.

Ernst Jünger etwa nutzte antikapitalistische Metaphern und entsprechendes Vokabular, doch blieb seine Kapitalismuskritik antibürgerlich-habituell. Immerhin schied er seinen Nationalismus vom Patriotismus der bürgerlichen Reaktion und optierte offen für die Querfront der Antikapitalisten: Alle tatsächlichen revolutionären Kräfte innerhalb eines Landes verkörperten ungeachtet der ideologischen Antagonismen, so Jünger in einem Gastbeitrag für ein linkes Organ, unsichtbare Verbündete, da der gemeinsame Feind durch die bestehenden bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse definiert sei.

Während bei der Gruppe um Jünger das Nationalrevolutionäre vor allem aus der Fronterfahrung rührte und das Sozialrevolutionär-Antikapitalistische meist mehrdeutig-nebulös formuliert wurde, agierten Autoren und Wissenschaftler um die (jung)konservativ-(national)revolutionäre Zeitschrift *Die Tat* fundierter. Auch ein Linksintellektueller wie Fritz Sternberg beschäftigte sich daher später ausführlich mit ökonomischen Standpunkten der *Tat*-Akteure. Sternberg honorierte die kapitalgegnerischen Abhandlungen, vor allem Ferdinand Frieds Schrift *Das Ende des Kapitalismus* (1931), und lobte dessen »ausgezeichnete Analyse«. Weiterhin attestierte er ihm hervorragendes »konkretes Anschauungsmaterial über die Verfallserscheinungen im Niedergang des Kapitalismus«. Beanstandet wurde aber, angesichts des Publikationsorts *Weltbühne* erwartbar, die rechte, also nationale Grundierung des Antikapitalismus um Fried, Carl Rothe, Giselher Wirsing, Ernst Wilhelm Eschmann und Hans Zehrer. Diese Personen bildeten zwischen 1929 und 1933 den Kern des »Tatkreises«. Die ideellen Inspiratoren hießen Werner Sombart und Carl Schmitt, das Ziel war eine soziale und nationale Neugliederung Deutschlands, und den Weg versuchte man mit General v. Schleicher und originären »linken« Nationalsozialisten um Otto und, jedenfalls temporär, Gregor Strasser zu gehen. *Die Tat* war dabei kein randständiges Sektiererblättchen, sondern eines der bedeutendsten politischen Organe der Weimarer Republik. Die Redaktion arbeitete systematisch an einem nichtmaterialistischen Antikapitalismus sowie am Ausbau eines generationsspezifischen rechtsintellektuellen Bewußtseins, aus dem heraus die konservativ-revolutionäre Transformation der bestehenden Verfassung gedacht wurde. Rückgrat der angestrebten konservativen und sozialen Revolution sollten abstiegsbedrohte Mittelschichten, aufstrebende Arbeiter und die Bauernschaft bilden; die Wirtschaft wäre korporativ-genossenschaftlich neu zu gliedern, wobei – ähnlich wie bei Adolph Wagner 60 Jahre früher – mindestens die Produktionsmittel, der Grund und Boden sowie die Banken in Staatshand überführt werden sollten, um die Grundversorgung gemeinschaftlich und ohne Profitmaximierung privater Akteure zu sichern.

»Erst einem Denken, das die Synthese zwischen beiden (rechts und links) bejaht und in sich vollzogen hat, sind jene Probleme zugänglich, die uns die Zukunft stellen wird und an denen die Gegenwart verzweifelt.«

Hans Zehrer: »Rechts oder Links?«, in: *Die Tat* (Oktober 1931), S. 505–559, hier 505.

Im Herbst 1932 erreichte man mit dieser die Rechts-links-Dichotomie aufhebenden Programmatik die Auflagenhöchstzahl von 30000. Die Entkopplung der heterogenen Gewerkschaftsbewegung von SPD, KPD und Co. war das realpolitische Primärziel der *Tat* als dem »Sammelplatz der jüngeren nationalen Bewegung« (Ernst Robert Curtius). In diesem Sinne zielten zahlreiche publizierte Überlegungen der Tatkreis-Protagonisten darauf ab, aktuelle Widersprüche in der vielfältigen Arbeiterbewegung zu analysieren und durch korporative Ideen Brücken nach links zu bauen. Der Historiker Axel Schildt wies darauf hin, daß die Avancen, die in Richtung der Gewerkschaften und anderer sozial orientierter Kreise

formuliert wurden, »durchaus ehrlich gemeint« gewesen seien, also keineswegs bloß Taktik und Demagogie folgten.

Authentisch antikapitalistisch und rechts zugleich war auch Ernst Niekisch. 1918 noch für die Revolution in München aktiv, eckte er zunehmend bei den linken Mitstreitern an, überwarf sich mit ihnen, später auch mit der nationalgesinnten »Alten Sozialdemokratischen Partei« (ASP) in Sachsen, um 1926 schließlich bis zu ihrem Verbot 1934 die monatlich erscheinende Zeitschrift *Widerstand* herauszugeben. Niekischs Synthese aus Sozialismus und Nationalismus läßt sich am äußeren linken Rand der rechten KR verorten, und die Weltanschauung der »Widerstandsbewegung« Niekischs ist treffend als ein »preußischer« (asketischer, etatistischer), nichtmarxistischer Sozialismus zusammengefaßt. Niekisch berief sich bei der Ausarbeitung seiner antikapitalistischen Idee von rechts ideenpolitisch zugleich auf Arthur Moeller van den Bruck und Ernst Jünger wie auf Karl Marx und den Komintern-Kader Karl Radek. Davon, daß seine Ideen eines Tages ein fulminantes Comeback erleben würden, zeigte sich nicht zuletzt Sebastian Haffner überzeugt.

Von Niekisch gibt es, entgegen anderslautender Diffamierungen, keinen einfachen weltanschaulichen Übergang zum Nationalsozialismus Hitlerscher Prägung. Im Gegenteil: Als Kopf seiner Widerstandsbewegung und bekannter Ideologe der Annäherung an die Sowjetunion wurde der streitbare »linke Rechte« in ein Konzentrationslager gesperrt und erst 1945 befreit.

»Das antikapitalistische Gefühl unserer deutschen Jugend ist gesund [...]. Auf der Seite des Kapitalismus steht in Deutschland heute nur noch, was karrieresüchtig, was unterwertig, was moralisch angefault oder – bestenfalls – verkalkt ist. Wo ein Prophet des Kapitalismus auftaucht, tut man gut, auf der Hut zu sein; man kommt in verderbte Gesellschaft.«

Ernst Niekisch: »Die Leiche im Haus«, in: ders. *Widerstand*, S. 66–74, hier S. 73.



Gewiß: Der Nationalsozialismus der Hitlers, Görings und Rosenbergs kokettierte mit sozialem und antibürgerlichem Vokabular, er vertrat klassenkompromißlerische Standpunkte im Zeichen einer auch im Wirtschaftlichen strikt hierarchisch gegliederten Volksgemeinschaft, er propagierte die Hebung des materiellen Niveaus aller Schichten im Zeichen der Deutschen Arbeitsfront und er steigerte »staatskapitalistische« Unternehmungen; dezidiert antikapitalistisch war er nicht. Der adlige Großgrundbesitz beispielsweise oder auch die starke politische Gestaltungsmacht der finanzindustriellen Familiendynastien – allesamt im Visier der sozialorientierten Konservativen Revolutionäre – standen nie zur Disposition. Der Kapitalismus sollte vor allem rassistisch »gesäubert« und national gezügelt werden. Die hitleristisch-völkische Bewertung des Kapitalismus vernebelt sein komplex-flexibles Wesen, sie verschiebt die »Ursache der kapitalistischen Antagonismen auf einen (pseudo-)konkreten, von außen eindringenden (rassistisch) Anderen und erweckt so die Phantasievorstellung, man müsse diesen Anderen nur loswerden«, wie Slavoj Žižek zusammenfaßte.

»Erfolge, bei seinen (Strassers) Versuchen, wieder politisch Fuß zu fassen, waren ihm allerdings nicht mehr vergönnt. Der Exilant hatte womöglich verkannt, dass sich die politische Mentalität durch die Niederlage von 1945 grundlegend geändert hatte. Die Politik richtete sich nämlich zunehmend nach den Interessen des internationalen Kapitals aus. Zudem setzte sich im geistigen Überbau Deutschlands eine linksgerichtete Dominanz fest, die bis in heutige Tage nicht ernsthaft angefochten wurde und offenbar hervorragend mit den internationalen Kapitalinteressen harmoniert.«

Claus-Martin Wolfschlag:
Nachwort, in: *Otto Strasser: Aufbau des deutschen Sozialismus*, Hanau 2013, S. 145–160, hier 150.

Innerhalb des nationalsozialistischen Sammelbeckens war es indes eine – vor 1933 aus der Partei ausgetretene und ab 1933 brutal verfolgte – Minderheit, die die »national-sozialistische« Terminologie ernst nahm und von rechts her die »antikapitalistische Sehnsucht des deutschen Volkes« (Gregor Strasser) bedienen wollte. Ihr Wortführer war bald Otto Strasser, dessen »Schwarze Front« zeitweise ebenso mit KR-Gruppen um Niekisch und Jünger kooperierte wie mit national aufgeschlossenen Linken. Die Programmklärung »Die Sozialisten verlassen die NSDAP« vom Juli 1930 enthielt einige für die Rechte jener Zeit bahnbrechende wie einmalige Ansätze, doch fällt auf, daß weder in dieser Erklärung noch in den Schriften Strassers selbst eine anspruchsvolle und die Zeiten überdauernde Theoriearbeit geleistet wurde; häufig blieb es bei oberflächlichen und zum Teil in sich widersprüchlichen Ausarbeitungen. Gleichwohl wurde hier – dezidiert von rechts – das Ende des Privateigentums an Produktionsmitteln im Sinne einer »Lehensträgerschaft« sowie die Erarbeitung einer Mischform aus Plan- und Marktwirtschaft gefordert. Nach 1945 verpaßte Otto Strasser eine inhaltliche Weiterentwicklung seiner durch Freund und Feind offengelegten Schwachstellen; überdies war das Zeitalter des sogenannten Wirtschaftswunders ohnehin kein Zeitalter für Kapitalismuskritik – geschweige denn von rechts.

Die westdeutsche Nachkriegsrechte – eine ostdeutsche war durch die SED-Diktatur unmöglich – wählte die Rolle rückwärts und kehrte in den Schoß der bürgerlichen Vorstellungswelt zurück. Der »bourgeoise Antikommunismus«, von Niekisch, Jünger und Co. noch verspottet, wurde – aufgrund der zahllosen Massenmorde durch die Sowjetmacht, aufgrund des eliminatorischen Antifaschismus, den die Rote Armee vom Baltikum bis Ostdeutschland praktiziert hatte – gewissermaßen Leitbild der Nach-



kriegsrechten, die, von marginalisierten Ausnahmen abgesehen, im Kalten Krieg früher oder später zur Affirmation der ideologischen, militärischen und ökonomischen Westbindung überliefen. Soziale, allgemein eher als »links« wahrgenommene Theoreme erschienen durch die Wucht des erlebten roten Terrors desavouiert. Die kapitalismuskritische Rechte fristete in den 1950er und 1960er Jahren auch deshalb ein Schattendasein. Erst Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre formierten sich um die jungen Publizisten Wolfgang Strauss, Henning Eichberg und Lothar Penz explizit »Neue« Rechte, die die soziale und nationale Frage auf der Höhe ihrer Zeit bearbeiten wollten und dabei, stark unter

dem Eindruck der Studentenbewegung und der Neuen Linken stehend, einen Theorie- und Wissenschaftshunger bewiesen, wie er im konservativen Milieu der Bundesrepublik bis dato unbekannt gewesen ist. In Zeitschriften wie *Junges Forum*, *Rebell*, *Neue Zeit* oder *Junge Kritik* wurden ökologische, demokratisch-sozialistische und befreiungsnationalistische Sujets diskutiert, ja eine soziale Neuordnung Westeuropas gefordert, die Leistung und nicht Kapitalbesitz oder, allgemeiner, soziale Herkunft in den Fokus stellte.

Diese Neue Rechte – man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen – umfaßte selbst in ihrer Hochzeit Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre im Kern lediglich 40 bis 50 Kader, deren Neigung zur Ausdifferenzierung der eigenen Positionen zu Friktionen und Brüchen führte. Denn die auf die erste Generation folgenden Nationalrevolutionäre der späten 1970er und 1980er Jahre verzettelten sich in einer aus heutiger Sicht bizarr anmutenden K-Gruppen-Spaltungsmentalität. Maoistische, »volkssozialistische«, europäisch-sozialistische oder auch konservativ-ökologische Theoreme wurden mit nationalen Ideen zusammengeführt. Der Zeitgeist stand jedoch auf Seiten der antiautoritären Linken, und dort stand auch die Jugend, während auf der Rechten habituell gänzlich anders auftretende bürgerliche Konservative reüssierten, die sich zunehmend angloamerikanisch und prokapitalistisch äußerten; Caspar v. Schrenck-Notzing, Grandseigneur des bemerkenswerten konservativen Debattenblatts *Criticón*, war beispielsweise Mitglied in der libertären US-amerikanischen Philadelphia Society, deren Ideen um den marktradikalen Instituts-Mitbegründer Milton Friedman schlichtweg für (fast) alles standen, was die kapitalismuskritische Neue Rechte dieser Zeit ablehnte. Schrenck-Notzing teilte dementsprechend in einer Rezension zu Peter Glotz' Streitschrift *Die deutsche Rechte* (1989) mit, daß die »Neue Rechte« ausschließlich aus nationalrevolutionären Gruppen der 1970er Jahre bestanden habe, daß sie ferner als Bezeichnung für die französische Nouvelle Droite zutrefte, nicht aber für die konservative Intelligenz der Bundesrepublik, die zwar eine *neue* Rechte, aber keine *Neue* Rechte sei.

Ebenjene kapitalismuskritische Neue Rechte löste sich, wie Schrenck-Notzing richtig bemerkte, noch einige Jahre vor dem Ende der 1980er – ausgerechnet im Siegesjahrzehnt des Neoliberalismus um Reagan und Thatcher – allmählich auf, ihre Führungsköpfe zogen sich ins Privatleben zurück, versuchten an Rechtsparteien anzudocken oder liefen gar zur (dänischen) Linken über, so der 2017 verstorbene Henning Eichberg.

Bevor – und zeitweise auch während – Eichberg seiner universitären und parteipolitischen Karriere in Dänemark nachging, arbeitete er im Rahmen des Zeitschriftenprojekts *wir selbst!* (1979 bis 2002) von Siegfried Bublies. Man vertrat wiederum basisdemokratische, ökologische, antikapitalistische und identitär-ethnopluralistische Standpunkte. Zentral war für die Redaktion im Rahmen ihrer »Fünffachen Revolution« die Erhaltung der Vielfalt der Völker. »Nur die Gemeinsamkeit selbstbewußter Völker, die auf ihre Freiheit pochen, kann der Planierung der Erde durch das supranationale Kapital entgegenwirken«, faßte der zeitweilige *wir-selbst!*-Mitarbeiter Friedrich Baunack in »Revolution I« zusammen. Weitere Aspekte betrafen Volksherrschaft (anstelle der Parteiherrschaft), »Humanwirtschaft« als Gegenteil des neoliberalen Privatisierungswahns, der »nichts anderes ist als illegitimes Verhökern von Volkseigentum« (Baunack), ganzheitliche Ökologie und schließlich die Stärkung regionalistischer Ansätze. Das Programm war klug; es fehlte jedoch die quantitative Basis und die im Alltag Auswirkungen zeitigende Krisensituation der kapitalistischen Ordnung des Westens, wie wir sie heute vorfinden. Das Projekt wurde 2002 ebenso eingestellt wie das kurzlebige Nachfolgeorgan *volkslust* aus dem Jahr 2004, das kapitalismuskritische Ansätze von rechts und links vereinen wollte, vor allem links jedoch keine Partner fand.

Die Spannweite kapitalismuskritischer rechter Ideen, die vom Tatkreis über Niekisch bis zu Eichbergs Neuer Rechten reicht, wird heute stärker in Frankreich rezipiert. *Rébellion* ist der Name einer zweimonatlich publizierten Zeitschrift, die rechte Kapitalismuskritik im 21. Jahrhundert fortführen möchte. Neben Bezugnahmen auf die genannte rechte Ahnengalerie sowie auf Marx, Sorel, Proudhon oder Polanyi finden sich immer wieder Artikel von oder Gespräche mit Alain de Benoist, dem

»Wir wollen die Befreiung des Menschen aus den Fesseln des Konsumterrors hier und der Staatsbürokratie dort, eine neue Ordnung leistungsorientierter Gerechtigkeit [...].«

»Die hierarchischen Strukturen müssen durchlässig sein. In der Praxis wird man dies erreichen durch entschiedenes Bekämpfen des Kastengeistes und der Vetternwirtschaft, durch die Herstellung voller Chancengleichheit [...], letztlich durch die Anerkennung der Leistung als alleiniges Kriterium für den Aufstieg in die Hierarchie.«

»Das ganze System würde auf einen genossenschaftlich organisierten Sozialismus ohne marxistisches Dogma hinauslaufen. Es ist ein System sozialistischer Marktwirtschaft, in dem die Betriebe in gewisser Konkurrenz stehen und sich den Bedürfnissen am Markt anpassen müssen. Ein System also, in dem Privateigentum an Produktionsmitteln überflüssig geworden ist.«

Aus den Zeitschriften *Rebell*, *Neue Zeit* und *Junge Kritik*, zit.n. Günter Bartsch: *Revolution von rechts?*, S. 55f. und 70.

»Sämtliche kulturelle Begleiterscheinungen des modernen Kapitalismus, die Marx auflistet, sind Steckenpferde der heutigen Linken.«

Guillaume Paoli: *Die lange Nacht der Metamorphose*, S. 44.

»Entweder kommen endlich die ›linken Leute von rechts‹, oder es kommen überhaupt keine Leute von rechts.«

Thor v. Waldstein: *Die entfesselte Freiheit*, S. 187.

Literaturhinweise:

Günter Bartsch: *Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten*, Freiburg 1975;

Alain de Benoist: *Am Rande des Abgrunds. Eine Kritik der Herrschaft des Geldes*, Berlin 2012;

Norbert Borrmann: *Warum rechts? Vom Wagnis, rechts zu sein*, Kiel 2011;

Benedikt Kaiser: *Querfront*, Schnellroda 2017;

Benedikt Kaiser: »Alain de Benoist im Gespräch über sein Lebenswerk«, Teil 1 und 2, in: sezession.de vom 3. und 5. Dezember 2014;

Philip Mirowski: *Untote leben länger. Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist*, Berlin 2015;

Ernst Niekisch: *Widerstand. Mit Zeichnungen von A. Paul Weber*, Krefeld 1982;

Guillaume Paoli: *Die lange Nacht der Metamorphose. Über die Gentrifizierung der Kultur*, Berlin 2017;

Axel Schildt: »Militärische Ratio und Integration der Gewerkschaften. Zur Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik«, in: Richard Saage (Hrsg.): *Solidargemeinschaft und Klassenkampf*, Frankfurt a.M. 1986, S. 346–364;

Caspar von Schrenck-Notzing: »Rechtsstreitigkeiten«, in: *Criticón* 116 (Nov.–Dez. 1989), S. 286;

Hartwig Singer (d.i. Henning Eichberg): *Sozialismus von ›rechts‹. Ein historischer Abriss (= Junges Forum 2/1970)*;

Thor v. Waldstein: *Die entfesselte Freiheit. Aufsätze wider die liberalistische Lagevergessenheit*, Schnellroda 2017.

Vordenker der Neuen Rechten Frankreichs, der die KR nach Frankreich »importierte« und dort konsequent mit den Erkenntnissen der zeitgenössischen Wissenschaften weiterdachte, was zu einer neuen Theoriebildung führte, die nun gewissermaßen nach Deutschland »reimportiert« wird.

Benoist kritisiert zwar an Niekisch- oder am Tatkreis-Milieu, daß sie in »längst obsolet gewordenen historischen Umständen« wirkten, übernimmt aber seit Jahrzehnten verschiedene Impulse aus dem Erbe der rechten Antikapitalisten Weimars, zumal die grundsätzliche Analyse der Mechanismen und Gesetze des Kapitalismus – auch unter den stark veränderten technischen Rahmenbedingungen von heute – allgemeingültig bleibt. Dabei besteht für Benoist, wie für das Gros rechter Antikapitalisten, kein Zweifel, daß der Liberalismus der »Hauptfeind« sei. Der Philosoph betont, daß er so bereits zu Zeiten des Sowjetkommunismus (»der letztlich nur ein Staatskapitalismus war«) dachte. Und: Er denkt in dieser Weise noch heute, wo die liberale Ideologie in einem globalen Maßstab längst hegemonial wurde. Alle drei Pfeiler dieser universalistischen Ideologie – Kapitalismus, »Religion der Menschenrechte« und Marktgesellschaft – finden harsche Kritik. Aber Benoist weiß, daß solche Denkbewegungen im eigenen Lager oftmals schweren Stand haben: Denn historisch betrachtet habe sich der wirtschaftliche Liberalismus (Kapitalismus) stärker »rechts« manifestiert, während der gesellschaftspolitische Liberalismus sich eher »links« verortete. Heute wiederum erleben wir die Fusion beider Liberalismen im Zeichen des herrschenden Linkliberalismus, wie es Norbert Borrmann erfaßte, als er konstatierte, daß wesentliche Teile der Linken kein Interesse mehr an einer »Expropriation der Expropriateure« hegen, sondern ihren Frieden mit dem Kapital geschlossen haben. Ausgehend von der Totalemanzipation der 68er habe man sich, so Borrmann zutreffend, von grundlegenden Interventionen verabschiedet, ja auf die kulturelle Sphäre beschränkt, wo man tonangebend wurde. Das bedeute, »daß der postulierte Gegensatz zwischen Kapitalismus und linker Ideologie« heute nur noch Propaganda gleicht; die Linke stelle »nicht den Totengräber des Kapitalismus« dar, sondern war »der Bahnbrecher eines reinen Wirtschaftsdenkens, sprich: des totalen Kapitalismus«. Für die damit erreichte Synthese aus linkem Überbau (Politik, Gesellschaft, Medien) und kapitalistischer Basis kreierte der rechte Denker den Neologismus »Linkskapitalismus«, womit er veranschaulichte, »daß sich mit Kapital und Linksideologie zwei Teile gefunden haben, die überaus kompatibel sind«.

Gerade diese *mésalliance* ist dafür verantwortlich, daß für rechte Kapitalismuskritik heute und in Zukunft – skizziert wurde in vorliegendem Beitrag nur eine kurze Geschichte – die Stunde schlägt: Der unappetitlichen Querfront aus Kapital und Antifaschismus ist eine ideelle Synthese kapitalismuskritischer Ansätze auf der Höhe der Zeit entgegenzustellen, und zwar bei einem nicht hintergehbaren Bezug auf das grundlegende rechte Menschenbild, das, ob mit Adolph Wagner oder Arnold Gehlen gedacht, ein skeptisches bleibt, auch wenn linke Analysen, etwa im Bereich der Sozialwissenschaften, freilich selektiv einbezogen werden müssen.

Bei Bezugnahmen auf originäre rechte Traditionslinien der Kapitalismuskritik (deren Ausarbeitung ebenfalls *eo ipso* in der Auseinandersetzung mit Inhalten politischer Gegner verlief), die zu oft vergessen oder verdrängt werden, handelt es sich nicht um Nostalgie, nicht um eine Flucht in die Konservative Revolution der Zwischenkriegszeit oder um ein Recycling alter Ideen. Das Ziel ist vielmehr theoretisches »Upcycling«, »bei dem es nicht darum geht, alte Ideen kaputt zu schlagen, sondern ihnen in Kombination mit anderen Teilen einen höheren Wert zu geben« (Guillaume Paoli). Für dieses ambitionierte Vorhaben, das in der anhaltenden Krise des Politischen unverzichtbar ist, wird es zwingend notwendig sein, Gesellschaftsanalyse, Ökonomiekritik und politische Theoriearbeit – wieder – stärker von rechts in Angriff zu nehmen. Erst wenn eine neue Generation diese Kärnerarbeit leistet und in praktische Ergebnisse umsetzt, kann, je nach Belieben, auf die derzeit notwendige Exegese zeitgenössischer kapitalismuskritischer Denker von links verzichtet werden. Bis dahin wird rechte Kapitalismuskritik auch die eigene Geschichte produktiv erforschen müssen. Und Geschichte ist, wie Dominique Venner betonte, definitionsgemäß offen. ■

Autoren dieses Heftes

Michael Beleites, 1964, war in der DDR ein wichtiger Akteur der Umweltbewegung und arbeitete bis 2010 als Beauftragter für die Stasiunterlagen in Sachsen. Er lebt heute als freier Autor bei Dresden.

Dicke Luft: Zwischen Ruß und Revolte. Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR, Leipzig 2016

Prof. Dr. Lothar Fritze, 1954, studierte Sozialistische Betriebswirtschaft, wurde im Fach Philosophie promoviert und habilitierte sich im Fach Politikwissenschaft. Er lehrt als außerplanmäßiger Professor an der TU Chemnitz.

Kritik des moralischen Universalismus. Über das Recht auf Selbstbehauptung in der Flüchtlingskrise, Paderborn 2017

Siegfried Gerlich, 1967, arbeitet freischaffend als Autor und Pianist.

Richard Wagner. Die Frage nach dem Deutschen, Wien 2013

Prof. Hans-Hermann Hoppe, 1949, war von 1986 bis 2008 Professor für Volkswirtschaftslehre in Las Vegas und gilt als Vordenker libertärer, anarchokapitalistischer Ansätze.

Der Wettbewerb der Gauner. Über das Unwesen der Demokratie und den Ausweg in die Privatrechtsgesellschaft, Berlin 2012

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.

Querfront, Schnellroda 2017

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin.

Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.

Das war's. Diesmal mit Kindern, Küche, Kritik, Schnellroda 2017

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.

Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).

(Hrsg:) *Deutsche Daten*, Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs*, Schnellroda 2017

Dr. Fritz Menharden, 1974, studierte Volkswirtschaftslehre in Hamburg und Wien.

Er ist gegenwärtig Partner eines auf nachhaltiges Wirtschaften spezialisierten Beratungsunternehmens.

Dr. Jan Moldenhauer, 1980, studierte Wirtschaftswissenschaften in Köln, London und Liverpool, ist Mitglied der Oil Depletion Impact Group und freier Publizist.

The Impact of Peak Oil on Trade Globalisation, London 2016

Michael Wiesberg, 1959, Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte.

Arbeitet als Lektor und freier Journalist.

Botho Strauß. Dichter der Gegen-Aufklärung, Dresden 2002

Libertäre und Alt-Right – strategische Gedanken

von Hans Hermann Hoppe

Wir kennen das Schicksal der Begriffe »liberal« und »Liberalismus«. Sie sind mit so vielen verschiedenen Menschen und Positionen verbunden worden, daß sie ihre Bedeutung vollständig verloren haben und zu unbestimmten Etiketten geworden sind. Dasselbe Schicksal droht auch den Begriffen »libertär« und »Libertarismus«, die erfunden wurden, um etwas von der konzeptionellen Präzision zurückzugewinnen, die beim Niedergang der früheren Bezeichnung verlorenging.

Jemand, jedermann, der einen oder mehrere der folgenden Punkte behauptet und befürwortet, ist – um dies klarzustellen – kein Libertärer oder bloß ein falscher Libertärer: die Notwendigkeit eines Staates, »öffentlichen« (Staats-)Eigentums und von Steuern. Oder, abgesehen von privaten Eigentumsrechten: die Existenz und Rechtfertigbarkeit irgendwelcher sogenannter »Menschenrechte« oder »Bürgerrechte« wie »Frauenrechte«, »Schwulenrechte«, »Minderheitenrechte«, das »Recht«, nicht diskriminiert zu werden, das »Recht« auf freie und unbeschränkte Einwanderung, das »Recht« auf ein garantiertes Mindesteinkommen oder auf kostenlose Gesundheitsversorgung, das »Recht«, nicht von unangenehmen Worten und Gedanken belästigt zu werden. Die Befürworter all dessen können sich selbst nennen, wie sie wollen, und als Libertäre kooperieren wir vielleicht auch mit ihnen, sofern eine solche Zusammenarbeit die Aussicht darauf bietet, uns unserem Ziel näherzubringen, aber sie sind keine Libertären oder nur falsche Libertäre.

Libertäre einen unumstößliche theoretische Grundüberzeugungen. Sie sind sich darüber im Klaren, welches Ziel sie erreichen wollen. Die libertäre Doktrin impliziert aber nicht viel, wenn überhaupt etwas, in bezug auf diese Fragen: Erstens: Wie ist eine einmal erreichte libertäre Ordnung aufrechtzuerhalten? Und zweitens: Wie kann man eine libertäre Ordnung von einem nichtlibertären Ausgangspunkt aus erreichen? Voraussetzung für eine Antwort ist, daß man diesen Ausgangspunkt richtig beschreibt und zweitens die Hindernisse, die einem in den Weg gelegt werden, korrekt identifiziert. Um diese Fragen beantworten zu können, braucht man neben der Theorie auch Kenntnisse der Humanpsychologie und der Soziologie, oder zumindest ein wenig gesunden Menschenverstand. Leider verfügen viele Libertäre und falsche Libertäre weder über Kenntnisse der menschlichen Psychologie und Soziologie noch über irgendein Maß an gesundem Menschenverstand. Sie akzeptieren blind, entgegen allen empirischen Belegen, eine egalitäre Tabula-rasa-Sicht der menschlichen Natur, in der alle Menschen und Gesellschaften und Kulturen im wesentlichen gleich und austauschbar seien.

Während ein Großteil des zeitgenössischen Libertarismus als Theorie ohne Psychologie und Soziologie bezeichnet werden kann, kann man einen Großteil oder sogar den größten Teil der Alt-Right im Gegensatz dazu als Psychologie und Soziologie ohne Theorie beschreiben. Die Alt-Right-Bewegung ist im wesentlichen der Nachfolger der paläokonservativen Bewegung, die Anfang der 1990er Jahre Bedeutung erlangte mit

Gekürzte Fassung eines Vortrags, den Hans-Hermann Hoppe im September 2017 anlässlich eines Treffens der Property and Freedom Society hielt. Die Übersetzung ins Deutsche besorgte Robert Grözingen, der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des libertären Magazins *eigentümlich frei*.

dem Kolumnisten und Bestsellerautor Patrick Buchanan als bekanntestem Vertreter. Ende der 1990er Jahre schloß sie etwas ein, und in letzter Zeit ist sie angesichts der stetig wachsenden Schäden, die Amerika und seinem Ruf durch die aufeinanderfolgenden Regierungen Bush I, Clinton, Bush II und Obama zugefügt wurden, unter dem neuen Etikett der »Alt-Right« wieder stärker als zuvor aufgetaucht.

Die Alt-Right ist nicht durch eine gemeinsame ausformulierte Theorie vereint. Es gibt nichts, was einem kanonischen Text auch nur im entferntesten ähnelte und ihren Sinn definierte. Vielmehr eint die Alt-Right im wesentlichen ihre Beschreibung der gegenwärtigen Welt (insbesondere der USA und der sogenannten westlichen Welt) und die Identifizierung und Diagnose ihrer sozialen Pathologien. Zu Recht wurde festgestellt, daß die Alt-Right stärker darin geeint ist, was sie ablehnt, als darin, wofür sie steht. Sie ist gegen die Eliten, die den Staat, die Mainstreammedien und das akademische Leben kontrollieren, und sie haßt sie mit Leidenschaft. Über das Ziel jedoch, das man letztlich erreichen will, gibt es in der Alt-Right ohne eine vereinheitlichende Theorie weit weniger Übereinstimmung. Viele ihrer führenden Köpfe haben ausgesprochen libertäre Neigungen, andere nicht. Die Aufspaltung der Alt-Right-Bewegung in rivalisierende Fraktionen ist mangels theoretischer Grundlagen kaum überraschend. Die Tatsache sollte jedoch nicht dazu verleiten, sie abzutun, denn die Alt-Right hat viele Einsichten hervorgebracht, die von zentraler Bedeutung sind, wenn es darum geht, eine Antwort auf die beiden vorgenannten Fragen zu finden, die von der libertären Theorie unbeantwortet geblieben sind: wie man eine freiheitliche Gesellschaftsordnung aufrechterhält und wie man von dem gegenwärtigen, entschieden unfreiheitlichen Status quo zu einer solchen Ordnung gelangt.

Um die Wichtigkeit solcher Einsichten zu verdeutlichen, möchte ich zunächst eine erste unbeantwortete Frage aufgreifen: Viele Libertäre vertreten die Auffassung, daß zur Aufrechterhaltung einer libertären Gesellschaftsordnung nur die strikte Durchsetzung des Nichtangriffsprinzips (NAP) notwendig ist. Ansonsten, solange man sich ihrer Meinung nach der Aggression enthält, sollte das Prinzip »Leben und leben lassen« gelten. Doch während dieses »Leben und leben lassen« für Jugendliche in Rebellion gegen die elterliche Autorität und alle gesellschaftlichen Konventionen und Kontrolle reizvoll klingt (und viele Jugendliche wurden anfangs vom Libertarismus angezogen, weil sie glaubten, daß dieses »Leben und leben lassen« die Essenz des Libertarismus ist) und während das Prinzip für Menschen, die weit auseinander leben und nur indirekt und aus der Ferne miteinander Umgang pflegen, tatsächlich gilt, gilt dies nicht, oder genauer, ist dies unzureichend für Menschen, die als Nachbarn und Einwohner einer Gemeinde nahe beieinander leben und miteinander Umgang pflegen: Das friedliche Zusammenleben von Nachbarn und Menschen, die auf einem bestimmten Territorium in regelmäßigem direkten Kontakt zueinander stehen (eine friedliche, gesellige Gesellschaftsordnung), erfordert eine Gemeinsamkeit der Kultur: von Sprache, Religion, Brauchtum und Konvention. Es kann ein friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen auf entfernten, physisch getrennten Territorien geben, aber Multikulturalismus, kulturelle Heterogenität, kann nicht an ein und demselben Ort und Territorium existieren, ohne zu abnehmendem sozialen Vertrauen, zunehmenden Spannungen und letztlich dem Ruf nach einem »starken Mann« zu führen und zur Zerstörung von allem, was einer libertären Gesellschaftsordnung ähnelt.

Und mehr noch: So wie eine libertäre Ordnung stets gegen »schlechte« (auch nicht aggressive) Nachbarn auf der Hut sein muß, und zwar durch soziale Ausgrenzung, das heißt durch eine gemeinsame »Sie-sind-hier-nicht-willkommen«-Kultur, so muß sie auch und gerade noch wachsamer vor Nachbarn geschützt werden, die offen Kommunismus, Sozialismus, Syndikalismus oder Demokratie in jeglicher Gestalt und Form befürworten. Sie, die damit eine offene Bedrohung für alle Privateigentums- und Grundbesitzer darstellen, müssen nicht nur gemieden werden, sondern sie müssen, um ein inzwischen recht berühmtes Hoppe-Mem zu verwenden, »physisch entfernt« werden, notfalls gewaltsam. Sie müssen gezwungen werden, sich auf andere Weiden zu begeben. Das zu unterlassen, führt zwangsläufig zu – na ja, Kommunismus, Sozialismus, Syndikalismus oder Demokratie und damit zum Gegenteil einer libertären Gesellschaftsordnung.

»Die gegenwärtige Situation in den Vereinigten Staaten und Westeuropa hat nichts mit ›freier‹ Einwanderung zu tun. Es ist erzwungene Integration.«

Hans-Hermann Hoppe:
Demokratie. Der Gott, der keiner ist, 2004, S. 291.

Mit diesen »rechten« Gedanken oder, wie ich sagen würde, Einsichten des gesunden Menschenverstandes im Hinterkopf, wende ich mich nun der schwierigeren Frage zu, wie man von hier, dem Status quo, dorthin gelangt. Denn außerhalb egalitärer Phantasieländer müssen die Libertären in der realen Welt vor allem realistisch sein und von vornherein, wie es auch die Alt-Right tut, die Ungleichheit nicht nur der Individuen, sondern auch der verschiedenen Kulturen als unauslöschliches Faktum der menschlichen Existenz anerkennen. Wir müssen ferner anerkennen, daß es viele Feinde der Freiheit gibt und daß sie, nicht wir, über die weltlichen Angelegenheiten herrschen: Ihre Kontrolle über die Bevölkerung in vielen Teilen der heutigen Welt ist so vollständig, daß die Ideen der Freiheit und einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung praktisch nicht gehört oder für undenkbar gehalten werden (außer als geistiges Spiel oder mentale Gymnastik einiger weniger »exotischer« Individuen); und es ist im wesentlichen nur im Westen, in den Ländern West- und Zentraleuropas und den von ihren Völkern besiedelten Ländern, die Idee der Freiheit so tief verankert, daß diese Feinde noch offen herausgefordert werden können. Und wenn wir unsere strategischen Überlegungen hier nur auf den Westen beschränken, dann können wir, wie es die Alt-Right tatsächlich getan hat, diese Akteure und Agenturen als unsere Hauptfeinde identifizieren.

Es sind in erster Linie die herrschenden Eliten, die den Staatsapparat und insbesondere den »Deep State« oder die sogenannte »Kathedrale« des Militärs, der Geheimdienste, der Zentralbanken und der obersten Gerichte kontrollieren. Dazu gehören auch die Führer des militärisch-industriellen Komplexes, das heißt der nominell privaten Unternehmen, die ihre Existenz dem Staat als ausschließlichem oder dominierendem Käufer ihrer Produkte verdanken, sowie die Führer der großen Geschäftsbanken, die ihr Privileg der Schaffung von Geld und Krediten aus dem Nichts der Existenz der Zentralbank und ihrer Rolle als »letztinstanzlicher Kreditgeber« verdanken. Sie zusammen, der Staat, Big Business und Big Banking, bilden eine extrem mächtige, wenn auch winzige, »gegenseitige Bewunderungsgesellschaft«, die gemeinsam die riesige Masse der Steuerzahler abzockt und auf deren Kosten im Luxus lebt.

Die zweite, viel größere Gruppe von Feinden besteht aus den Intellektuellen, Erziehern und »Edukraten«, von den höchsten akademischen Ebenen bis hinunter zu den Grundschulen und Kindergärten. Fast ausschließlich, ob direkt oder indirekt, vom Staat finanziert, sind sie in ihrer überwältigenden Mehrheit zu den weichen Werkzeugen und willigen Ausführern in den Händen der herrschenden Elite und ihrer Entwürfe für absolute Macht und totale Kontrolle geworden. Und drittens gibt es die Journalisten der Hauptstrommedien als die folgsamen Produkte des Systems der »öffentlichen Bildung« und die feigen Empfänger und Verbreiter staatlicher »Informationen«.

Ebenso wichtig für die Entwicklung einer liberalen Strategie ist aber auch die unmittelbar darauf folgende Frage: Wer sind die Opfer? Die Standardantwort der Libertären lautet: die Steuerzahler im Gegensatz zu den Steuerkonsumenten. Das ist zwar grundsätzlich richtig, aber bestenfalls nur ein Teil der Antwort, und die Libertären könnten in dieser Hinsicht etwas von der Alt-Right lernen: Denn neben dem rein ökonomischen Aspekt gibt es auch einen breiteren kulturellen Aspekt, der bei der Identifizierung der Opfer berücksichtigt werden muß.

Um ihre Macht zu erweitern und zu vergrößern, führen die herrschenden Eliten seit vielen Jahrzehnten das aus, was Pat Buchanan als einen systematischen »Kulturkrieg« identifiziert hat, der auf eine Umwertung aller Werte und die Zerstörung aller natürlichen oder »organischen« sozialen Bindungen und Institutionen wie Familien, Gemeinschaften, ethnischen Gruppen und verwandten Nationen abzielt, um so eine zunehmend atomisierte Bevölkerung zu schaffen, deren einziges gemeinsames Merkmal und vereinende Bindung ihre existentielle Abhängigkeit vom Staat ist. In jüngerer Zeit wurde diese Abhängigkeit, die mit dem Mittel der »Privilegierung« schmackhaft gemacht wird, auch auf ausländische Migranten ausgeweitet, ungeachtet dessen, ob sie legal oder illegal eingereist sind, sofern sie in eine der eben genannten Kategorien fallen oder Angehörige nicht-christlicher Religionen wie zum Beispiel des Islam sind.

Das Ergebnis? Die kulturelle Homogenität ist zerstört, die Vereinigungsfreiheit, die freiwillige physische Absonderung und Trennung un-

»Fast alle »neuen Rechten« und »Neokonservative« entpuppen sich irgendwann doch nur als alte Linke in neuen Schläuchen.«

André F. Lichtschlag: »Verstaatlichung ohne Bürokratie«, in: *eigentlich frei* Nr. 177, 11/2017.

»Was ich den Liberalen nicht verzeihe, ist, daß sie eine Gesellschaft geschaffen haben, in der ein Mensch danach beurteilt wird, was er sagt (oder schreibt) – nicht danach, was er ist.«

Armin Mohler: *Gegen die Liberalen, kaplaken* 21, 2010, S. 9.

terschiedlicher Menschen, Gemeinschaften, Kulturen und Traditionen voneinander wurde durch ein allgegenwärtiges System der erzwungenen sozialen Integration ersetzt. Darüber hinaus wurde jede der genannten »Opfer«-Gruppen gegeneinander ausgespielt, und alle wurden gegen weiße, heterosexuelle, christliche Männer als einzig verbleibende rechtlich ungeschützte Gruppe angeblicher »Täter« ausgespielt. In Anbetracht der gegenwärtigen Konstellation muß nun jegliche vielversprechende libertäre Strategie (das hat die Alt-Right richtig erkannt!) in erster Linie auf diese Gruppe der am stärksten benachteiligten Menschen zugeschnitten und angesprochen werden. Weiße, verheiratete, christliche Paare mit Kindern, insbesondere wenn sie auch zu den Steuerzahlern gehören (und nicht zu den Steuerverbrauchern), und jeder, der dieser Standardform der sozialen Ordnung und Organisation am nächsten kommt oder sie anstrebt, kann realistischere als das empfänglichste Publikum der libertären Botschaft angesehen werden – wohingegen die geringste Unterstützung von den rechtlich am meisten »geschützten« Gruppen wie zum Beispiel wohlfahrtsstaatlich versorgten, alleinstehenden schwarzen muslimischen Müttern erwartet werden sollte.

Angesichts dieser Konstellation von Täter-Feinden versus Opfern im heutigen Westen kann ich nun versuchen, eine realistische libertäre Veränderungsstrategie zu entwerfen. Den Details müssen zwei allgemeine Erwägungen vorausgehen. Da die Intellektuellen, die von der akademischen Spitze bis zu den meinungsbildenden Journalisten in den Hauptstrommedien durch das herrschende System finanziert werden und fest mit dem System verbunden sind, ein Teil des Problems sind, sollte nicht erwartet werden, daß sie bei der Lösung eine wichtige Rolle spielen. Dementsprechend ist die sogenannte Hayeksche Strategie des gesellschaftlichen Wandels, die sich die Verbreitung korrekter libertärer Vorstellungen von oben beginnend bei den führenden Philosophen und dann von dort über die Journalisten bis hin zu den großen ungewaschenen Massen vorstellt, als grundsätzlich unrealistisch anzusehen. Stattdessen muß jede realistische libertäre Strategie für den Wandel eine populistische Strategie sein. Das heißt, Libertäre müssen – an den dominierenden intellektuellen Eliten vorbei – sich direkt an die Massen wenden, um Empörung und Verachtung für die herrschenden Eliten zu wecken.

Und zweitens: Während die Hauptadressaten einer populistisch-libertären Botschaft in der Tat die eben genannten Gruppen enteigneter und entrechteter einheimischer Weißer sein müssen, halte ich es für einen ernststen strategischen Fehler, die »Weißheit« zum ausschließlichen Kriterium für die Grundlage strategischer Entscheidungen zu machen, wie es einige Stränge der Alt-Right vorgeschlagen haben. Schließlich sind es vor allem weiße Männer, die die herrschende Elite ausmachen und die uns das gegenwärtige Chaos aufgezwungen haben. Zugegebenermaßen haben die verschiedenen geschützten »Minderheiten«, die vorhin erwähnt wurden, die ihnen gewährten rechtlichen Privilegien in vollem Umfang genutzt, und sie wurden zunehmend ermutigt, immer mehr »Schutz« zu fordern. Aber keine von ihnen, auch nicht alle zusammen, besitzt die intellektuelle Kraft, die dieses Ergebnis möglich gemacht hätte, wenn sie nicht die instrumentelle Hilfe erhalten hätten, die ihnen weiße Männer gaben und geben.

Nun, ausgehend von den Buchanan-, Paul- und Trump-Bewegungen komme ich auf die Spezifika einer populistischen Strategie für einen libertären Wandel zu sprechen, und zwar in keiner bestimmten Reihenfolge außer der, daß der allererste Punkt die im öffentlichen Bewußtsein größte Dringlichkeit angenommen hat.

1. Stoppt die Masseneinwanderung! Die Wellen von Immigranten, die derzeit die westliche Welt überfluten, sind mit Horden von Sozial-schmarotzern beladen, haben Terroristen hereingebracht, die Kriminalität erhöht, zur Verbreitung von No-Go-Areas geführt und unzählige »schlechte Nachbarn« hervorgebracht, die aufgrund ihrer fremdartigen Erziehung, Kultur und Traditionen weder Verständnis noch Wertschätzung für die Freiheit haben und zwangsläufig zu gedankenlosen zukünftigen Befürwortern des Wohlfahrtsstaats-Systems werden. Niemand ist gegen Einwanderung und Einwanderer an sich. Aber die Einwanderung darf nur auf Einladung erfolgen.

»Es mag den Leser irritieren, daß von »diesen Menschen«, »diesen Leuten« die Rede ist. Aber für den hier geschilderten Menschen-schlag gibt es wirklich noch keinen Namen, der sich allgemein und unmißverständlich durchgesetzt hätte. Überall jedenfalls, wo ich in meinem Leben auf Zeugnisse schöpferischen Tuns stieß, stand dieser Menschentyp dahinter – die weil die Liberalen damit beschäftigt waren, Schuldige für die Nichtverwirklichung ihrer Utopien zu suchen.«

Armin Mohler: *Gegen die Liberalen*, Kapiteln 21, 2010, S. 58/59.

Alle Einwanderer müssen produktive Menschen sein und deshalb von allen inländischen Sozialleistungen ausgeschlossen werden. In einer vollständig privatisierten libertären Ordnung gibt es kein Recht auf freie Einwanderung. Privateigentum bedeutet Grenzen und das Recht des Eigentümers, nach Belieben auszuschließen. Und »öffentliches Eigentum« hat ebenfalls Grenzen. Es ist nicht besitzlos. Es ist das Eigentum der inländischen Steuerzahler und ganz sicher nicht das Eigentum von Ausländern.

2. Stellt die Angriffe auf und das Töten und Bombardieren von Menschen im Ausland ein! Eine Hauptursache, wenn auch keineswegs die einzige, für die gegenwärtige Invasion westlicher Länder durch Horden von ausländischen Einwanderern sind die Kriege, die im Nahen Osten und anderswo von den herrschenden Eliten der USA und ihren untergeordneten westlichen Marionetteneliten initiiert und geführt werden. Auch die mittlerweile scheinbar »normalen« und allgegenwärtigen Terroranschläge im Namen des Islam in der westlichen Welt sind in hohem Maße der »Rückstoß« aus diesen Kriegen und dem aus ihnen resultierenden Chaos im gesamten Nahen Osten und in Nordafrika.
3. Entzieht den herrschenden Eliten und ihren intellektuellen Leibwächtern die Finanzen! Enthüllt und verbreitet in der Öffentlichkeit die verschwenderischen Gehälter, Vergünstigungen, Pensionen, Renten, Nebengeschäfte, Bestechungs- und Schweigegelder, die die herrschenden Eliten erhalten haben: die Höherrangigen in Regierungen und Bürokratien, in den obersten Gerichten, Zentralbanken, Geheimdiensten und Spionageagenturen, unter Politikern, Parlamentariern, Parteiführern, politischen Beratern, Kumpel-Kapitalisten, in der öffentlichen Bildungs- und Erziehungsindustrie, unter Universitätspräsidenten, Hochschulleitern und akademischen »Stars«. Drängen Sie darauf, daß sämtliche Steuern abgeschafft werden: Einkommensteuern, Vermögensteuern, Verkaufssteuern, Erbschaftssteuern und so weiter und so fort.
4. Schließt die Fed und alle Zentralbanken! Die zweite Finanzierungsquelle für die herrschenden Eliten, neben dem in Form von Steuern der Öffentlichkeit abgepreßten Geld, kommt von den Zentralbanken. Zentralbanken dürfen aus dem Nichts Papiergeld erschaffen. Das reduziert die Kaufkraft des Geldes und vernichtet die Ersparnisse der Durchschnittsmenschen. Die Zentralbank erlaubt die Anhäufung immer größerer Staatsverschuldung, die als Last auf unbekannt zukünftige Steuerzahler verlagert oder einfach nur weginflationiert wird. Und als Ermöglicher der Staatsverschuldung sind die Zentralbanken auch Ermöglicher von Kriegen.
5. Schafft alle Gesetze und Verordnungen zur positiven Diskriminierung beziehungsweise »Nichtdiskriminierung« ab! Alle derartigen Erlässe stellen eklatante Verstöße gegen den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz dar, der zumindest im Westen intuitiv als ein Grundprinzip der Gerechtigkeit empfunden und anerkannt wird. Fordern Sie, daß alle Kommissare positiver Diskriminierung, Diversitäts- und Personalreferenten, von den Universitäten bis hinunter zu Schulen und Kindergärten, auf die Straße geworfen und gezwungen werden, einen nützlichen Beruf zu erlernen.
6. Zerschmettert den »antifaschistischen« Pöbel! Dieser von den herrschenden Eliten stillschweigend subventionierte und indirekt finanzierte Mob der »Social Justice Warriors« (»Krieger der sozialen Gerechtigkeit«) hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Kampf gegen das »weiße Privileg« durch bewußte Terrorakte gegen jedermann und alles, was als »rassistisch«, »rechtsgerichtet«, »faschistisch«, »reaktionär«, »unverbesserlich« oder »nicht rekonstruiert« gilt, zu eskalieren.
7. Zerschmettert die Straßenverbrecher und Banden! Selbstverständlich sollte diese Politik farbenblind sein, aber wenn es zufällig so ist,

wie es tatsächlich der Fall ist, daß die meisten Straßenkriminellen oder Gangster junge Schwarze oder Latino-Männer sind oder in Europa junge Immigranten aus Afrika, dem Nahen Osten, dem Balkan oder Osteuropa, dann ist es nun mal so, und dann dürften es solche menschlichen Exemplare sein, die sich an erster Stelle eine blutige Nase holen. Und es ist auch selbstverständlich, daß zur Abwehr von Verbrechen, sei es von gewöhnlicher Straßenkriminalität oder Terrorakten, alle Verbote gegen den Besitz von Waffen durch rechtschaffene Bürger aufgehoben werden sollten.

8. Beseitigen Sie alle Sozialschmarotzer! Um ihre eigene Position zu festigen, hat die herrschende Klasse die Unterschicht auf die Arbeitslosenhilfe gesetzt und sie damit zu einer verlässlichen Quelle öffentlicher Unterstützung gemacht. Angeblich soll damit den Menschen geholfen werden, aus der Unterschicht aufzusteigen und ein selbständiges Leben zu führen, aber die tatsächliche – und eigentlich gewollte – Wirkung der sogenannten »Sozialpolitik« ist genau das Gegenteil. Sie hat den Unterklasse-Status einer Person dauerhafter gemacht und die Unterschicht stetig wachsen lassen und damit auch die Zahl der steuerfinanzierten Sozialarbeiter und Therapeuten, deren Auftrag es ist, ihr »Hilfe und Unterstützung« zu geben. Anstatt dieses zunehmend unansehnliche soziale Desaster fortzusetzen und auszuweiten, sollte es abgeschafft werden.
9. Entfernt den Staat aus der Bildung! Die meisten, wenn nicht alle, sozialen Pathologien, die den heutigen Westen plagen, haben ihre Wurzel in der Institution der »staatlichen Bildung«. Die Indoktrination funktioniert. Tatsächlich haben gerade unter Lehrern und Professoren der Sozialwissenschaften die Menschen, die sich nicht zur Linken zählen, praktisch aufgehört zu existieren. Folglich muß gefordert werden, daß die Kontrolle der Schulen und Universitäten dem Zentralstaat entzogen und in einem ersten Schritt an die regionalen oder besser noch kommunalen und kommunal finanzierten Behörden zurückgegeben und letztendlich vollständig privatisiert wird, um ein System der obligatorischen Einheitlichkeit und Konformität durch ein System der dezentralen Bildung zu ersetzen, das die natürlichen Unterschiede, die Vielfalt und die Verschiedenheit der menschlichen Talente und Interessen widerspiegelt.
10. Vertraut nicht auf Politik oder politische Parteien! Ebenso wie es von Wissenschaftlern und der akademischen Welt nicht erwartet werden kann, daß sie in einer libertären Strategie des gesellschaftlichen Wandels eine wesentliche Rolle spielen, so kann es auch im Hinblick auf Politik und politische Parteien nicht erwartet werden – schließlich ist es das Endziel des Libertarismus, der Politik ein Ende zu setzen und alle zwischenmenschlichen Beziehungen und Konflikte dem Privatrecht und zivilrechtlichen Verfahren zuzuführen. Unter den gegenwärtigen, unvermeidbar politisierten Verhältnissen kann ein Engagement in Politik und Parteipolitik allerdings nicht immer vermieden werden. Allerdings muß man sich bei einer solchen Beteiligung des korrumpierenden Einflusses der Macht überaus bewußt sein und sich vor ihm, und der damit einhergehenden Verlockung von Geld und Vergünstigungen, hüten.

»Gemessen am Ziel, die eigenen Bürger vor Fremdinvasion und erzwungener Integration zu schützen und alle internationalen Bevölkerungsbewegungen in erwünschte und verträgliche Migration zu verwandeln, ist die Einwanderungspolitik der Schweizer Regierung besser als die der Vereinigten Staaten.«

Hans-Hermann Hoppe:
Demokratie. Der Gott, der keiner ist, 2004, S. 327.

Wir müssen auf das Lebensmotto Ludwig von Mises' achten: Gib dem Bösen nicht nach, sondern gehe immer mutiger dagegen vor! Das heißt, wir müssen uns immer und überall, ob auf formellen oder informellen Versammlungen, gegen jeden aussprechen, der uns mit seinem mittlerweile nur allzu bekannten »politisch korrekten« Geschwätz und links-egalitären Unsinn belästigt. Das zu tun, erfordert angesichts der von den herrschenden Eliten, der Wissenschaft und den Hauptstrommedien fast lückenlos ausgeübten Kontrolle bereits eine große Portion Mut. Aber wenn wir nicht mutig genug sind, dies jetzt zu tun und damit anderen ein Beispiel zu geben, werden die Dinge in Zukunft immer schlimmer und gefährlicher werden. Und wir, die westliche Zivilisation und die westlichen Ideen von Freiheit, werden ausgelöscht und verschwinden. ■



Der Fetischcharakter der Worte

von Siegfried Gerlich

I.

Die Anthropologie des Konservatismus hat am bündigsten Immanuel Kant auf den Punkt gebracht: »Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden.« Darum sind konservativen Denkern, die stets den »alten Menschen« in Rechnung stellen, linke Theoretiker, die einen »neuen Menschen« schaffen wollen, ohne an die Kosten zu denken, schon immer verdächtig gewesen.

Notorisch nahmen Geschichtsphilosophen und Revolutionstheoretiker vergangener Jahrhunderte anthropologisch ungedeckte Hypothesen an die Zukunft auf, welche, als diese zur Gegenwart wurde, nicht einmal unter Einsatz totalitärer und terroristischer Eintreibungsmethoden abbezahlt werden konnten. Revolutionäre, Utopisten und Visionäre sind als metaphysische Hypothesenbetrüger durchschaut. Helmut Schmidt empfahl: »Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.«

Zu der Konservativen selbstverständlichen Wahrheit, daß die moderne Epoche der »großen Erzählungen« vorüber ist, konnten Linke sich erst durchringen, als ihnen diese von ihren Renegaten als postmoderne Weisheit verkündet wurde. Auch von der großen Erzählung der Revolution sind nichts als große Worte übriggeblieben: Wie die bürgerliche Tauschgesellschaft seit je durch den »Fetischcharakter der Ware« zu verführen wußte, sind deren noch immer revolutionäre Kritiker einem »Fetischcharakter der Worte« erlegen, zu deren leersten, alles und nichts sagenden, »Kapitalismus« und »Imperialismus« gehören.

Gerade das, was es Marxisten und anderen Linken erlaubte, den Begriff des Kapitalismus als politischen Kampfbegriff zu vernutzen, hatte Marx selbst davon abgehalten, ihn als wissenschaftlichen Grundbegriff zu verwenden: sein großer Umfang und sein geringer Inhalt. Die komplexe Realität des von einer permanenten industriellen Revolution in Atem gehaltenen liberalen Systems läßt sich mit einem schematischen Kapitalismusbegriff nur unzureichend erfassen.

Doch wächst die magische Kraft, die manche Worte ausstrahlen, ihnen weniger aus ihrer buchstäblichen Bedeutung als ihrem metaphorischen Bedeutungshof zu. Wenn etwa Peter Sloterdijk von einem »Weltinnenraum des Kapitals« spricht, so benennt er mit diesem frei nach Rilke gewählten poetischen Bild letztlich eine mythische Befindlichkeit, die sich kaum mehr auf theoretische Begriffe bringen läßt. Ganz ähnlich beschrieb bereits Max Weber die verwaltete Welt des modernen Industriekapitalismus als ein »stahlhartes Gehäuse der Hörigkeit« und verlieh damit einem gnostisch-klaustrophobischen Welterleben Ausdruck, welches romantisch-antikapitalistische Sehnsüchte und revolutionär-apokalyptische Lustängste wachzurufen pflegt. Wo immer aber der menschengemachte Kapitalismus aufgrund seiner faktischen Alternativlosigkeit als

»Der Mensch ist ein Tier, das, wenn es unter andern seiner Gattung lebt, einen Herrn nötig hat. Denn er mißbraucht gewiß seine Freiheit in Ansehung anderer seinesgleichen; und, ob er gleich, als vernünftiges Geschöpf, ein Gesetz wünscht, welches der Freiheit aller Schranken setze: so verleitet ihn doch seine selbstsüchtige tierische Neigung, wo er darf, sich selbst auszunehmen. Er bedarf also einen Herrn, der ihm den eigenen Willen breche, und ihn nötige, einem allgemein-gültigen Willen, dabei jeder frei sein kann, zu gehorchen. Wo nimmt er aber diesen Herrn her? Nirgend anders als aus der Menschengattung. Aber dieser ist eben so wohl ein Tier, das einen Herrn nötig hat. Er mag es also anfangen, wie er will: so ist nicht abzusehen, wie er sich ein Oberhaupt der öffentlichen Gerechtigkeit verschaffen könne, das selbst gerecht sei (...). Diese Aufgabe ist daher die schwerste unter allen; ja ihre vollkommene Auflösung ist unmöglich: aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden. Nur die Annäherung zu dieser Idee ist uns von der Natur auferlegt.«

Immanuel Kant: »Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht«, in: *Berlinische Monatsschrift*, November 1784, S. 385–411.

ein unentrinnbares Schicksal erfahren wird, dämmert hinter dessen ökonomischer Kritik eine politische Religion herauf, die eine innerweltliche Erlösung vom mythischen Bann des Unabänderlichen verheißt.

Was bereits zu großen Tragödien geführt hat, kann immer noch als grausame Farce wiederkehren: Das nötigt zur Abrüstung und Ausnüchterung von Kapitalismuskritik heute.

II.

Der weltrevolutionäre Antikapitalismus ist im 20. Jahrhundert in mehr als dreißig sozialistischen Staaten, unter denen sich auch zwei imperiale Großmächte befanden, zur materiellen Gewalt geworden. Nicht erst Stalin und Mao, bereits Lenin und Trotzki erklärten den »roten Terror« zum legitimen Mittel eines »Klassenkampfes«, der sich durch seine Megamasenmorde nachhaltig diskreditiert hat.

Nach diesen Erfahrungen kann es nicht mehr um die Abschaffung des Weltkapitalismus, sondern lediglich um dessen Bändigung mit den Mitteln des Nationalstaates gehen. Diesen sollte nicht voreilig abschreiben, wer etwa mit guten »identitären« Gründen für eine nationale Horzionterweiterung in regionale wie in kontinentale Richtung wirbt, denn schon aufgrund ihrer Staatsförmigkeit fällt der Nation die unverzichtbare Rolle eines Aufhalters neoliberaler Freihandelsinvasionen und globalkapitalistischer Beschleunigungsprozesse zu.

Trotz des Souveränitätsverlustes der bestehenden Nationalstaaten sind deren Regierungen den multinationalen Wirtschaftseliten nicht willenlos ausgeliefert, so willfährig sie derzeit auch mit diesen an der Entstaatlichung der globalen Wirtschaftsräume zusammenarbeiten. Wie die Deterritorialisierung der Produktion und die Deregulierung der Märkte kein rein ökonomisches Schicksal, sondern immer auch eine politische Entscheidung gewesen ist, so lägen auch Reterritorialisierungen und Regulierungen im Bereich des politisch Möglichen. Durch moderaten und flexiblen Protektionismus ließen sich die nationalen Wirtschaftsstandorte und Binnenmärkte stärken, wobei der Weltmarkt für den Ausgleich von produktiven Unter- und Überschüssen weiterhin unentbehrlich bliebe.

Allein durch eine Wiederherstellung des demokratischen Nationalstaates aus seinen zugleich oligarchischen und ochlokratischen Verfallsformen ist auch der verfallende Sozialstaat zu retten, dessen frühester Vordenker Lorenz von Stein gewesen war und dessen faktische Voraussetzungen von dem bekennenden Reaktionär Bismarck geschaffen wurden. In Anbetracht der seinerzeit sich abzeichnenden Spaltung der Arbeiterbewegung in einen revolutionären und einen reformistischen Flügel sollte man die »Teegespräche«, zu denen Bismarck und Ferdinand Lassalle sich zusammenfanden, als den Beginn einer wunderbaren Freundschaft zwischen Arbeiterklasse und Staatsmacht würdigen.

Diese in eine unversöhnliche Feindschaft zu verwandeln, war das Ziel von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, den Begründern der anfangs noch entschieden marxistischen Sozialdemokratie. Sie sahen richtig, daß Bismarck mit seinem etatistischen Sozialprogramm dem revolutionären Sozialismus das Wasser abgraben wollte, aber Bismarck hatte Recht damit, genau dies zu tun, denn seine reaktionär in Angriff genommene Synthese aus liberalem Rechtsstaat und linkem Sozialstaat sollte ein weit arbeiterfreundlicheres Gesicht zeigen als der später von Lenin revolutionär gegründete Arbeiterstaat. Mit der bolschewistischen Verschärfung des Marxismus und der internationalistischen Überführung des Antikapitalismus in Antimperialismus nahm Lenin überhaupt Abschied von der Politik als der »Kunst des Möglichen«.

III.

Um die nationalstaatliche Unreformierbarkeit des Kapitalismus zu beweisen, entwickelte Lenin eine Theorie des Imperialismus, die auch für viele unorthodoxe Linke bis heute maßgeblich geblieben ist. Dabei leitete Lenin aus der ökonomischen Tatsache, daß das zum Finanzkapital verschmolzene Industrie- und Bankkapital der großen europäischen Nationen dazu übergegangen war, neue Anlagemöglichkeiten und Absatzmärkte zu erschließen, die ideologische These ab, der Imperialismus sei

»Das Leben, selbst das rein physiologische, wird kollektiv-experimentell werden. Die menschliche Gattung, der erstarrte Homo sapiens, wird abermals eine radikale Revision durchlaufen und – unter den eigenen Händen – zum Objekt kompliziertester Methoden der Auslese und des psychophysischen Trainings werden. (...) Der Mensch wird sich das Ziel stellen, (...) einen höheren gesellschaftlich-biologischen Typus zu erschaffen, einen – wenn man so will – Über-Menschen. (...) Der durchschnittliche Menschentyp wird sich zum Niveau des Aristoteles, Goethe und Marx emporschwingen. Und über dieser Gebirgskette werden sich neue Gipfel erheben.«

Leo Trotzki: »Die Kunst der Revolution und die sozialistische Kunst« (1923), in: Groys, Boris/Hagemeister, Michael (Hrsg.): *Die Neue Menschheit. Biopolitische Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 2005, S. 416–421.

eine rein logische Konsequenz und ein letztes Stadium des Kapitalismus, der ohne solches Ausgreifen in Übersee bis zur vollständigen Aufteilung der Welt längst zusammengebrochen wäre.

Gegen den damit behaupteten kausalen Nexus zwischen Kapitalismus und Imperialismus hatte schon J. A. Hobson zu bedenken gegeben, daß sich das Problem der Absatzkrisen durch eine zur Hebung der Massenkaufkraft beitragende Sozialpolitik bewältigen ließe, nicht ohne zugleich die mangelnde Rentabilität der imperialistischen Kolonialwirtschaft herauszustellen, von der allein das Finanzkapital profitiere, während die Staatsmächte für die zivile Verwaltung und militärische Sicherung der Kolonien allemal draufzahlten. Und für Joseph Schumpeter stellte der ausgerechnet in der Epoche eines durchrationalisierten Kapitalismus aufgebrochene Imperialismus sogar einen »irrationalen Atavismus« dar: ein letztes Aufbäumen vorkapitalistischer, noch absolutistisch geprägter Machteliten aus Adel und Militär, die nicht aus ökonomischem Kalkül, sondern aus politischem Prestigestreben Eroberungsprojekte auf den Weg brachten, um sich in Afrika einen »Platz an der Sonne« zu sichern. Hannah Arendt schüttelte nur noch den Kopf darüber, daß zu einer Zeit, als »der ökonomische Faktor längst dem imperialen zum Opfer gefallen war«, sozialistische Theoretiker sich weiterhin damit abmühten, eine »Gesetzmäßigkeit des Imperialismus« zu entdecken.

Wurde durch diese ökonomistische Reduktion der politische Eigensinn des Imperialismus ignoriert, so bedeutete die Reservierung des Imperialismusbegriffs für jene kurze Periode der europäischen Geschichte wiederum eine historische Reduktion. Denn in einem weiteren Horizont stellt sich die Weltgeschichte im Ganzen als eine Geschichte des Aufstiegs und Niedergangs von Imperien dar, wobei die in historischen Übergangsperioden ohne imperiale Zentralgewalt auftretenden Machtvakuen in aller Regel von Chaos und Bürgerkrieg ausgefüllt werden.

Als geschichts- und politikfremd erweist sich daher jeder konsequente Antiimperialismus, der von der Ordnungsleistung und Schutzfunktion von Imperien großzügig absieht, um unbekümmert für eine herrschaftsfreie Weltunordnung aus gleichrangigen Ländern und Regionen kämpfen zu können. Weiter verbreitet ist allerdings jener inkonsequente Antiimperialismus, der sich ausschließlich gegen die Vereinigten Staaten richtet und entweder aus blankem Antiamerikanismus oder um einer multipolaren Weltordnung willen konkurrierende Imperialmächte wie China oder Rußland ungeschoren läßt. Nicht minder inkonsequent ist schließlich auch der antideutsche Antiimperialismus, der das »US-Imperium« als kleineres Übel dem »EU-Imperium« vorzieht, weil der faktische Hegemon in Europa eben Deutschland ist, welches die ihm geopolitisch zugemessene Rolle als Bollwerk zwischen Ost und West nie wieder soll spielen dürfen.

IV.

Der Begründer des Marxismus war vielleicht ein »Antikapitalist«, aber sicher kein »Antiimperialist«. Immerhin rühmte Marx die »revolutionäre Rolle« der Bourgeoisie, noch »die barbarischsten Nationen in die Zivilisation« hineinzureißen, und darum sah er gerade im westlichen Kolonialimperialismus eine für rückständige Länder jenseits von Gut und Böse stehende historische Notwendigkeit: »Die Frage ist daher nicht, ob die Engländer ein Recht hatten, Indien zu erobern, sondern ob ein von den Türken, den Persern, den Russen erobertes Indien dem von den Briten eroberten vorzuziehen wäre.« Und Marxens Antwort lautete: »England hat in Indien eine doppelte Mission zu erfüllen: eine zerstörende und eine erneuernde – die Zerstörung der alten asiatischen Gesellschaftsordnung und die Schaffung der materiellen Grundlagen einer westlichen Gesellschaftsordnung in Asien.«

Dieser missionarische Imperativ, daß die kolonialimperialistische »Zerstörung« zugleich die Voraussetzungen für eine postkolonialistische »Erneuerung« schaffen müsse, taugt als Beurteilungsmaßstab auch für jenen »eigentlichen« Imperialismus, der sich am »Scramble for Africa« entzündete. Hier zeigte sich, was den europäischen, zumal den britischen Imperialismus vor allen anderen historischen Imperialismen auszeichnete: die Abschaffung der Sklaverei in Angriff genommen und weitge-

»Merkwürdig, daß das Ernstnehmen menschlich hoher Möglichkeiten, wenn es sich direkt ins Leben hinein auswirken will, in so hohem Grade destruktiv sein kann. Wer das Gefühl der Freiheit und der großen Bestimmung des Menschen enthusiastisch realisieren, wer diese ungeheure Entlastung dahinströmend darleben will, wer in diesem Gedanken sein Herz höher schlagen fühlt, der ist nach einem rätselhaften Verhängnis der Schrittmacher der Guillotine. Diesen Idealismus bezeichnet scharf das Wort Mommens von dem Richtbeil, das unbewußt hinter dem bewußten Gedanken einherwandelt, die blaue Blume der Romantik in dieser Varietät gehört in die Teufelsbotanik, ihr Standort ist in der Nähe von Richtstätten und Gaskammern.«

Arnold Gehlen: »Über die Geburt der Freiheit aus der Entfremdung«, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, hrsg. von R. Laun und Th. Vieweg, Bd. XL (1952/53), Bern und München. S. 338–353.

»Die menschliche Mißtrauenskapazität ist begrenzt, und je mehr man sie an einer der Denkfronten konzentriert, desto leichter kommt die Naivität zum Sieg an der anderen. (...) Es ist als Reflexion zelebrierte Dummheit, diese Verhältnisse zugunsten eines revolutionären Prinzips aufs Spiel zu setzen; denn es gibt keine Nichtverschlechterungsgarantie, auch und gerade nicht durch jene revolutionäre Geschichtsphilosophie, die sie durch den Fortschrittsgedanken zu geben verspricht: wir haben – und zwar in unserer Zeit und Gegend alle – sehr viel mehr zu verlieren als allein unsere Ketten. (...) Die Beweislast hat der Veränderer. Indem sie diese Regel übernimmt, die aus der menschlichen Sterblichkeit folgt, tendiert die Skepsis zum Konservativen.«

Odo Marquard: *Abschied vom Prinzipiellen*, Stuttgart 1981.

hend durchgesetzt zu haben. Dagegen suchten die meisten »antiimperialistischen Befreiungsbewegungen« der afrikanischen Länder die einheimische Sklaverei, die in die Anfänge der afrikanischen Geschichte zurückreicht und noch um die Wende zum 20. Jahrhundert die profitabelste ökonomische Institution darstellte, zu verteidigen und in der Periode der Dekolonisierung zuweilen sogar wiederherzustellen. Schon darum ist die Dämonisierung des Imperialismus ebenso falsch wie die Glorifizierung des Antiimperialismus.

In unserer Gegenwart eine überhaupt nicht mehr »zerstörende«, sondern nur noch »erneuernde« Wirtschaftspolitik zu treiben, würde den westlichen Staatsmächten wie den östlichen Machtstaaten abverlangen, die Vorherrschaft des Finanzkapitals wenigstens so weit zurückzudrängen, daß sich der marktradikale Neoimperialismus durch einen sozialkonservativen Hegemonialismus einhegen ließe, um die Eigenwirtschaft in fremden Ländern wie in deutschen Landen zu stärken.

V.

In Zeiten eines Globalkapitalismus, der nationale Schutzräume und soziale Sicherungssysteme gleichermaßen bedroht, haben sich mit den Kulturkämpfen auch die Klassenkonflikte weiter verschärft. Wenn derart die soziale und die nationale Frage auch wieder enger zusammenrücken, wäre es dennoch verfehlt, die alte Idee einer radikalen »Querfront« zu neuem Leben zu erwecken. Gewiß bietet sich eine freundliche Übernahme sozialer Perspektiven durch Rechte schon deshalb an, weil zumindest die zum Neoliberalismus konvertierten Linken sich einstweilen mehr für den Aufstieg von Minderheiten als für den Abstieg der Mehrheitsgesellschaft interessieren. Gleichwohl kann es auf die soziale Frage keine sozialistische Antwort geben, welche die destruktive Dynamik der »Abstiegsellschaft« nicht noch beschleunigen würde.

Die Querfront-Ideologie krankt von vornherein daran, daß deren Verfechter auf eine Revision konservativer Lebenserfahrungen drängen, ohne zugleich das linke Wunschdenken für revisionsbedürftig zu halten. Damit würde das Beste des Konservatismus – die anthropologische Maßgabe des dem Menschen Möglichen und Zuträglichen – geopfert und das Schlechteste der Linken – die Anmaßung und Zumutung von menschlichen Unmöglichkeiten – wiederbelebt.

Des weiteren zieht die Querfront-Strategie eine Bruchlinie in den Rechtskonservatismus selbst ein und befördert damit die Abspaltung des rechten vom konservativen Denken. Und da ihr die spaltende Kraft aus dem linken, dem revolutionären Ideenkreis zuwächst, kann sie nur eine Bolschewisierung der Rechten bewirken. Dann stünden manische National- und Sozialrevolutionäre hier und depressive National- und Sozialkonservative dort einander feindlich gegenüber.

Am Ende freilich wird über die künftigen Querfrontlinien weniger am Schreibtisch als vielmehr auf der Straße entschieden. Hier aber haben sich Antikapitalismus und Antiimperialismus noch immer als Antiamerikanismus und Antizionismus präsentiert, und *dieses* Zwillingsspaar ist nicht nur unter linken und rechten Europäern, sondern weit mehr noch unter arabischen und afrikanischen Muslimen populär. Und infolge deren demographischer Explosion und migrantischer Expansion dürfte sich schon bald jede *politische* Links-Rechts-Querfront gegen »den Kapitalismus« in eine *kulturelle* europäisch-islamische Querfront gegen »den Westen« verwandeln, um schließlich in eine *rassistische* »People of Colour«-Querfront gegen »die Weißen« einzumünden. Womit dann zu rechnen sein wird, kündigt sich bereits heute in dem antiweißen Rassismus an amerikanischen Universitäten wie dem islamischen Antisemitismus auf deutschen Straßen an.

Der Entschluß neuer Rechter, einen zweiten Bildungsgang einzulegen und in den geistigen Revieren der alten Linken zu wildern, hat diese augenscheinlich aufgeschreckt. Der Schreck dürfte indessen nachlassen, wenn sich erst herumgesprochen hat, wie treuherzig dabei die Rechten gerade den linken Fehlleistungen und Lebenslügen auf den Leim gehen. Die Schadenfreude der Linken, auch die Rechten zu Sklaven ihrer Begriffsfetische gemacht zu haben, wird groß sein. Und anders als der Fetischcharakter der Ware ist derjenige der Worte ganz ohne Geheimnis. ■

Drei geistige Zulagen



Sophie Liebnitz

Tote weiße Männer lieben

reihe kaplaken, Band 52

96 S., 8,50 €

Sophie Liebnitz hat einen brillanten Essay über das abschätzigste Wort von den »Dead white men« verfaßt – eine Liebeserklärung an unsere toten weißen Männer und ihr Europa, das zur Weltkultur geworden ist.



Thor v. Waldstein

Macht und Öffentlichkeit

reihe kaplaken, Band 53

96 S., 8,50 €

Wie lange es bis zum Fall der politisch-korrekten Schweigemauer dauert, wissen wir nicht, aber die Rückgewinnung der Öffentlichkeit wird unser Gesellschaftstück. Thor v. Waldstein sezziert die Mechanismen der Mediengesellschaft.



Bernd Rabehl

Raumrevolution

reihe kaplaken, Band 54

88 S., 8,50 €

»Grenzen auf für alle« lautet das gemeinsame Plädoyer von Großkapital und Antifaschismus. Bernd Rabehl, Dutschkes Freund und 68er-Renegat, antwortet mit einer grundlegenden Kapitalismuskritik von rechts.

Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de

www.antaios.de

Ist der Wettbewerb ein Naturgesetz? Biologische Alternativen zum Darwinismus

von Michael Beleites

Das Prinzip des Verdrängungswettbewerbs, das die kapitalistische Gesellschaft antreibt, wird immer wieder mit der darwinistischen Selektionslehre begründet und als »naturgesetzlich« hingestellt. Doch wie belastbar ist die These von der aufbauenden Gestaltungskraft eines permanenten Daseinskampfes eigentlich? Bis heute behauptet die auf Charles Darwin (1809–1882) zurückgehende Selektionslehre, daß die Evolutionsprozesse im Wesentlichen von einer »natürlichen Zuchtwahl« gelenkt würden, die nach denselben Prinzipien wirke wie die künstliche Zuchtwahl von Zuchtformen in Gefangenschaft.

Gesetze der Variation

Darwin rechnete jedoch damit, daß diese Fragen erst dann klar beantwortet werden könnten, wenn die Natur der innerartlichen Variation näher erforscht sei. Am Schluß seines Hauptwerkes prophezeite er: »Ein großes und fast noch unbetretenes Feld wird sich öffnen für Untersuchungen über die Ursachen und Gesetze der Variation.« Der Ornithologe Otto Kleinschmidt (1870–1954) war wohl der erste, der diese »Gesetze der Variation« systematisch untersucht hat – und dabei zu gänzlich anderen Ergebnissen kam als Darwin.

Kleinschmidt zeigte die verschiedenen Eigenschaften der genetischen Varietäten auf: Bei den meisten Arten gibt es eine »geographische Variation«, wobei die nördlicheren Formen meist größer und heller sind als die südlicheren. Auch am selben Ort ist keine Population absolut gleichförmig. Diese »individuelle Variation« innerhalb der lokalen Populationen verläuft in einer jeweils begrenzten Variationsbreite. Regelloser Variieren komme nur bei Haustieren vor. Im Zustand der freilebenden Wildform habe jede Art ihre eigenen Variationsbereiche; also eine spezifische Bandbreite, innerhalb derer auch die geographische Variation ablaufe. Das Zusammenspiel von individueller und geographischer Variation bezeichnete Kleinschmidt als einen »Strom in festen Grenzen«.

Innerhalb dieser Bandbreite sei alles gleichermaßen normal; da gebe es kein Optimum in der Mitte und auch keine schlechter angepaßten oder »minderwertigeren« Varietäten zu den Rändern hin. Diejenigen Individuen jedoch, deren Merkmale jenseits der Grenzen der natürlichen Variationsbereiche liegen, wie es bei spontanen Mutationen oder »Aberrationen« der Fall ist, seien nicht mehr Bestandteil der jeweiligen Wildformen und in freier Natur stets unbeständig. Die Domestikations- und Zuchtformen der Haustiere und Kulturpflanzen seien immer mit Merkmalen jenseits der natürlichen Variationsbereiche ausgestattet, also biologisch gesehen mit Mutationen gleichzusetzen.

Weil Varietäten mit abweichenden Merkmalen in der Natur genetisch und ökologisch unbeständig seien, könnten Einzelindividuen mit abweichenden Merkmalen nie zum Ausgangspunkt neuer evolutiver Entwicklungslinien werden. Insoweit sei es unzulässig, aus der künstlichen

»Die wettbewerbsgetriebene synchrone Entwicklung ist nicht mit einer organismischen Gesamtentwicklung zu verwechseln. Es gibt kein Gesamtsystem, das um die Wettrennende, gegeneinander kämpfende ›Organe‹ zum Wohle aller integrieren kann.«

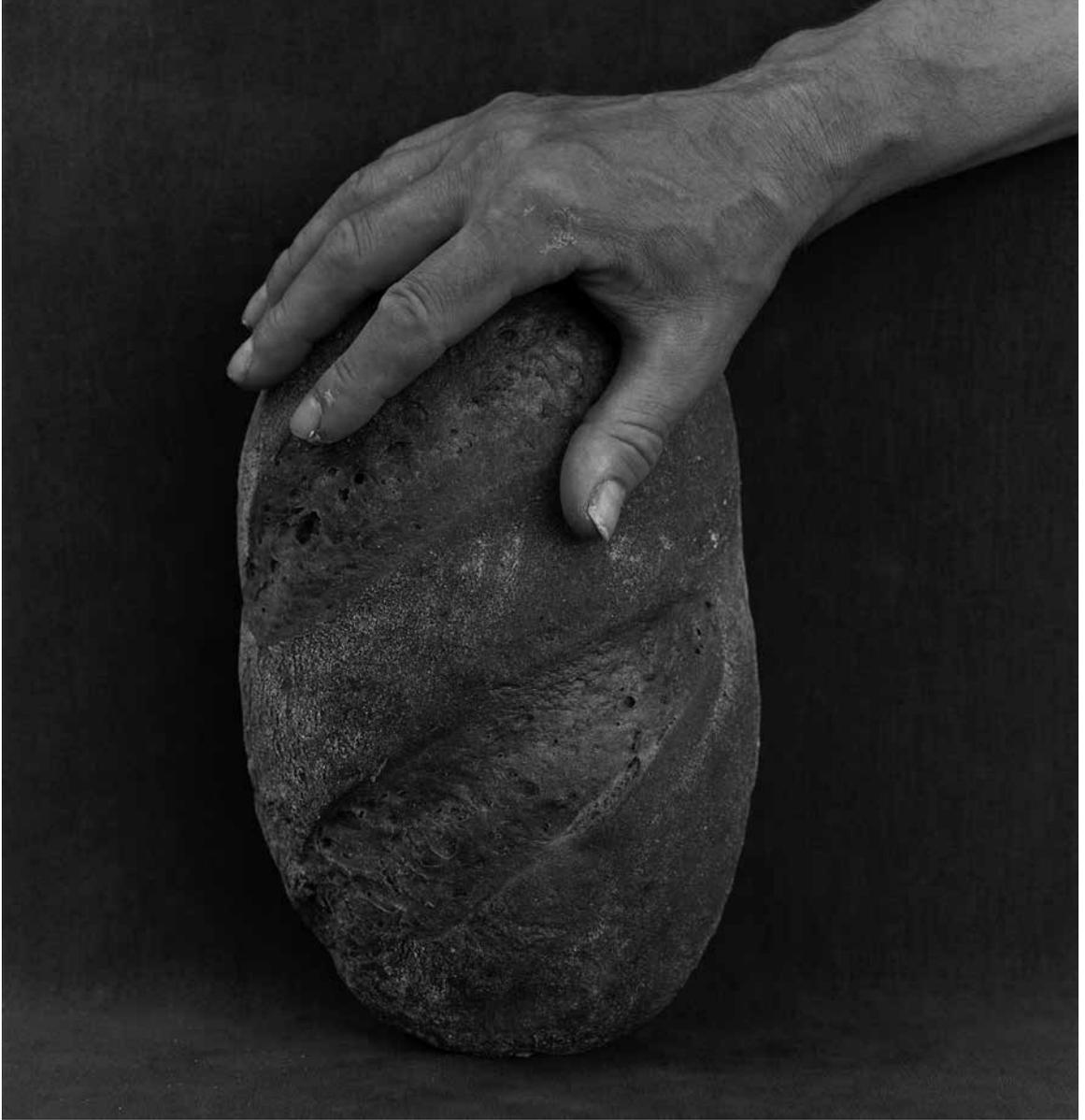
Michael Beleites: *Umweltresonanz. Grundzüge einer organismischen Biologie*, Treuenbrietzen 2014, S. 587.



© Ingar Krauss



© Ingar Krauss



Rechtfertigung überflüssig

Erik Lehnert

Wenn von »Wirtschaft« die Rede ist, geht es meist um die *Global Player*, insbesondere die Firmen, die mit ihren Produkten den Zeitgeist prägen: Apple, Google, Amazon. Oder es geht um Krypto-Währungen, mit denen man spekulieren, aber kein Brot kaufen kann. Beides steht sinnbildlich für einen Prozeß, der vor 250 Jahren mit der Industrialisierung begann und der vor 25 Jahren mit dem Internet einen neuen Höhepunkt erreicht hat: die Auflösung des Zusammenhangs von Arbeit und Handwerk.

Was den Menschen von Beginn an geprägt hatte, daß er mit seiner eigenen Hände Arbeit etwas produzierte, ist für die meisten Zeitgenossen eine Vorstellung, zu der ihnen kein konkretes Bild einfällt. Die Mehrheit der Menschen sitzt am Schreibtisch und schaut auf Bildschirme, unseren Bedarf an Lebensmitteln decken wir im Su-

permarkt und der Rest kommt aus dem Internet, Dinge, die am anderen Ende der Welt zusammengeschraubt wurden. Die maximale handwerkliche Herausforderung besteht im Aufbau von Ikea-Möbeln.

Die Welt des Handwerks, in der in früheren Zeiten jedes Brot, jede Wurst, jeder Stuhl, jedes Haus entstand, gibt es aber immer noch. Man muß nur etwas länger suchen. Auf diese Suche haben sich einige Enthusiasten im Oderbruch, im Osten Brandenburgs, gemacht. Sie haben mit den Handwerkern über deren Leben und Erfahrungen geredet. Entstanden sind auf diese Weise 31 Protokolle, die einen Einblick in das jeweilige Handwerk und die persönliche Lebensgeschichte gewähren und unter dem schlichten Titel *Handwerk* (Oderau: Aufland Verlag 2016, 15 Euro, über auflandverlag.de) erschienen sind. Illustriert



ist das Buch mit einer Bildstrecke des selbst im Oderbruch lebenden Photographen Ingar Krauss, aus der wir einige Beispiele präsentieren.

Die Spannweite der Handwerke reicht dabei vom täglichen Bedarf (Bäcker und Fleischer) über die Gewerke, die unseren Komfort aufrechterhalten (Installateure und KfZ-Mechaniker) bis hin zu den seltenen Berufen, die nur noch von Liebhabern in Anspruch genommen werden (Korbflechter und Hufschmiede). Dazwischen tummeln sich zahlreiche Handwerksmeister, die rund um den Hausbau tätig sind. Wenn man die Gespräche aus dem Buch auf ein Fazit bringen will, so lautet es: Handwerk ist anstrengend und macht nicht reich, aber Unzufriedenheit, wie sie den Angestellten kennzeichnet, wird man dort nicht finden. Die Leute sind zufrieden, weil der Sinn ihres Tuns keinerlei Rechtfertigung bedarf. ■



© Ingar Krauss



© Ingar Krauss

Zuchtwahl von Zuchtformen in Gefangenschaft auf eine »natürliche Zuchtwahl« von Wildformen in freier Natur zu schließen.

Das Züchtungsparadigma der Selektionslehre geht davon aus, daß die Anfänge neuer Arten in abweichenden Einzelindividuen (Mutationen) zu sehen seien. Somit läßt sich die wissenschaftliche Haltbarkeit der Selektionslehre unter anderem an der Frage entscheiden, ob von den natürlichen Variationsbereichen ihrer Art abweichende Individuen, wie es Domestikations- und Zuchtformen sind, in natürlichen ökologischen Milieus dauerhafte und ausbreitungsfähige Populationen aufbauen können oder nicht.

Aus der Gefangenschaft entwichene Nutztiere können nur dann in freier Natur ausbreitungsfähige Populationen entwickeln, wenn es sich dabei um *Wildformen* ihrer Art handelt, wie es beispielsweise bei den Pelztieren Waschbär, Marderhund und Bisamratte der Fall ist.

Das Ganze als Resultat sich bekämpfender Teile?

Zum Irrtum der reduktionistischen Biologie

Darwin sah sogar die Gestalt eines Baumes als Resultat eines Verdrängungswettbewerbs der Organe: »In jeder Wachstumsperiode haben alle wachsenden Zweige nach allen Seiten hinaus zu treiben und die umgebenden Zweige und Äste zu überwachsen und zu unterdrücken gestrebt, ganz so wie Arten und Artengruppen andere Arten in dem großen Kampfe um's Dasein überwältigt haben.« Daß sich Organe desselben Organismus im großen Kampfe ums Dasein gegenseitig überwältigen – das ist das Prinzip der Krebszelle, das zur Grundlage des kapitalistischen Wettbewerbssystems wie auch der kommunistischen Klassenkampf-Ideologie gemacht wurde. Wenn selbst die Organe desselben Organismus gegeneinander kämpfen, wenn die Zweige desselben Baumes nicht zur Bildung einer gemeinsamen Form tendieren, sondern sich gegenseitig zu überwältigen trachten, dann muß man sich nicht wundern über Darwins These von der »Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampfe um's Dasein« – wie der Untertitel seines Hauptwerkes lautet.

Eine solche Interpretation der Natur hat nicht nur der Irrlehre eines innerartlichen Rassenkampfes den Anstrich eines »Naturgesetzes« verliehen und somit rassistischen Ideologien den Boden bereitet; sie hat auch den Grundstock für die reduktionistische Biologie gelegt: Zunächst schnitt Darwin die Beziehung der Art zu einer schöpferischen Intelligenz ab, weil er diese als Eigentum religiöser Institutionen mißverstanden hatte. Sodann hat er auch die Arten und Rassen aus ihrer Organstellung im ökologischen Gefüge herausgelöst, um sie als autonome Gebilde in einen gegenseitigen Überlebenskampf zu schicken. Die solcherart aus ihrem organismischen Kontext herausgeschälten Arten konnten dann in Gefangenschaft und im Labor untersucht werden. In Gefangenschaft und Labor sind die Arten aber nur noch in einer solchen Weise Arten, wie Blätter in der Salatschüssel Blätter sind.

Genetische Kohäsion

Wenn eine Population in Gefangenschaft oder in ein unnatürliches Milieu gerät, sich die Individuen aber weiterhin frei verpaaren können, wie es etwa bei den Stadttauben der Fall ist, kommt es zu einer »Ausuferung« der Variation über die Grenzen der natürlichen Variationsbreite hinaus: Die Wildform löst sich auf und wird zur Domestikationsform. Wenn sich der Züchter aus den abweichenden Varietäten der Domestikationsform bestimmte Individuen auswählt und diese von der übrigen Population isoliert (künstliche Zuchtwahl), entstehen die einzelnen Zuchtformen oder Zuchtrassen. Deren Erhalt ist davon abhängig, daß sie beständig von anderen Varietäten ihrer Art künstlich isoliert werden.

Die jeweiligen Wildformen zeichnen sich durch relativ enge Variationsbereiche aus. Die heute übliche Erklärung hierfür ist die, daß die Variationsbereiche der freilebenden Populationen durch eine fortwährende »natürliche Selektion« in den engen Bahnen der Wildformen gehalten würden und die wichtigsten Faktoren der Selektion (Freßfeinde, Winterkälte) in Gefangenschaft und in den urbanen Räumen nur eingeschränkt wirkten. Diesem Erklärungsmuster der Selektionslehre steht die Tatsache entgegen, daß die meisten »Artmerkmale«, in denen sich nahestehende Arten unterscheiden, völlig selektionsneutral sind: Es gibt keinen vorstell-

»Der Biologe und Ökologe Michael Succow geriet nach der Lektüre ins Schwärmen. Beileites habe erkannt, dass man sich von der »zerstörerischen, alles rechtfertigenden Wettbewerbslogik« lösen müsse, schreibt er. Sein Buch »gibt dem immer größeren Kreis von Zweiflern, von nach Zukunftsfähigkeit Suchenden endlich wirkliche Argumente.« Man kann Succow, den Träger des Alternativen Nobelpreises von 1997, als einen Verbündeten bezeichnen.«

aus: »Der sächsische Antidarwinist«, taz vom 19. Juli 2014.

baren Grund, warum ein »Kampf um's Dasein« den Blaumeisen einen blauen und den Kohlmeisen einen schwarzen Scheitel züchten sollte.

Da die Variationsbereiche von in natürlichen Milieus lebenden Wildformen unabhängig von irgendeiner Zuchtwahl eng bleiben, muß man davon ausgehen, daß es gewissermaßen einen »inneren Zusammenhalt« der Variation gibt, der auf Systemeigenschaften der Populationen zurückgeführt werden muß. Diesen hat der Biologe Ernst Mayr (1904–2005) »genetische Kohäsion« genannt. Die Stärke dieser genetischen Kohäsion korrespondiert mit der Gesundheit und »Natürlichkeit« der genetischen Verfassung einer Population. Zwischen dieser und der »Natürlichkeit« des jeweiligen ökologischen Milieus besteht ein Zusammenhang – den ich als »Umweltresonanz« bezeichne.

In der Natur gibt es nicht die in ihrer genetischen Variation von sich aus auseinanderfließenden Populationen, deren Variationsbereiche allein über das beständige selektive »Ausmerzen« aller suboptimal angepaßten Individuen durch irgendwelche widrigen Umweltbedingungen von außen zurechtgestutzt werden. Wenn sowohl der Zusammenhalt, als auch die Veränderung der Merkmalsbereiche freilebender Wildformen unabhängig von Selektion sind, darf die Zuchtwahl-These der Selektionslehre nicht länger als zentraler Faktor bei der Evolution freilebender Arten gelten.

»Woher kommt eigentlich dieses Wettbewerbssystem? Es hat seine Wurzeln in der darwinistischen Lehre eines »Kampfes ums Dasein«, der Selektionstheorie. Diese wurde in die Ökonomie übertragen und ist von dort aus als Wettbewerbslogik in alle Gesellschaftsbereiche eingedrungen.«

Michael Bealeites: »Die Wettbewerbslogik überwinden«, aus: *Humane Wirtschaft* 5/2014.

Dynamische Erbllichkeit

Wie aber sollte die natürliche Evolution dann ablaufen? Wenn man – wie die heutige Epigenetik – davon ausgeht, daß es die lange verworfene Möglichkeit einer *Vererbung erworbener Eigenschaften* tatsächlich gibt, dann rücken andere Prinzipien in den Blick: Die von Jean-Baptiste de Lamarck (1744–1829) begründete Evolutionslehre hatte eine Vererbung erworbener Eigenschaften so erklärt, daß die vielgebrauchten (überbeanspruchten) Organe allmählich stärker angelegt werden. Aus meiner Sicht ist eine Vererbung erworbener Eigenschaften dann für die Evolutionsfrage relevant, wenn (veränderte) Umweltbedingungen a) nicht nur auf Einzelindividuen, sondern auf ganze Populationen gleichsinnig einwirken und b) diese Umweltverhältnisse nicht nur eine, sondern eine größere Zahl von Generationen über einen längeren Zeitraum betreffen. Infolge der bereits von Darwin erkannten direkten erblichen Wirkungen des »Gebrauchs und Nichtgebrauchs« der Organe können veränderte Verhaltensweisen auch ohne Selektion zu genetischen Veränderungen ganzer Populationen führen.

Als dynamische Erbllichkeit bezeichne ich die Erkenntnis, daß sich die Eigenschaften »erblich« und »nicht erblich« nicht trennscharf unterteilen lassen, sondern es allmähliche Übergänge gibt; sowohl bezüglich des Grades der Erbllichkeit, der in dominant und rezessiv unterteilt wird; als auch in Bezug auf die Reichweite der Erbllichkeit eines Merkmals in der Generationenfolge. Hieraus sind drei Schlußfolgerungen zu ziehen:

- ◆ Die genetische Konstitution von Populationen muß durch eine artgemäße Aktivität in einer artgemäßen Umwelt fortwährend stabilisiert werden.
- ◆ Eine durch anhaltend gleichbleibende Veränderung der Umweltverhältnisse bedingte Verhaltensänderung bewirkt eine allmähliche erbliche Festigung der neuen Umwelteinpassung.
- ◆ Die Isolation einer Population von ihrem angestammten natürlichen Milieu (etwa die Gefangenschaft) führt auf dem Wege des »Nichtgebrauchs« von Organfunktionen und Verhaltensmustern zu genetischen Auflösungserscheinungen im Sinne von Domestikation und Degeneration.

Auflösung und Verfall heißen in der Physik *Entropie*. In der Biologie heißt es *Degeneration*. Hier wie dort kommt es eigentlich auf das umgekehrte Prinzip an: Nicht die abbauenden, sondern die aufbauenden Prozesse sind das Wesentliche. Hier wie dort tut man sich schwer, dafür einen geeigneten Begriff zu finden. Von der Betrachtung dieser aufbauenden Prozesse her erschließt sich die Frage nach dem ökologisch-genetischen Zusammenhang: Bei den in Gefangenschaft und im urbanen Raum festzustellenden »gestörten« ökologischen Milieus handelt es sich überall um Abschirmungen oder Überlagerungen (bzw. Desynchronisierungen) von natürlichen Umweltinformationen, also um Resonanzstörungen. Wenn, wie von dem rumänischen Wirtschaftswissenschaftler Nicholas Georgescu-Roegen beschrieben, auch der heutige Wirtschaftsprozess ei-

nen entropischen Charakter hat, liegt es nahe, daß es in den von ihm bestimmten Milieus auch zu degenerativen Entwicklungen bei Pflanzen, Tieren und Menschen kommt.

Rennen bis zum Umfallen: Das Wettbewerbs-Prinzip

Im Blick auf die soziale Ebene lassen sich vor allem zwei Schlußfolgerungen ziehen: Wir brauchen eine Überwindung des naturwidrigen Wettbewerbsprinzips und die Anbahnung eines organismischen Gesellschaftsmodells.

An dieser Stelle kommt meistens die Biologismus-Warnung: Man dürfe biologische Erkenntnisse nicht auf das menschliche Zusammenleben übertragen. Die Natur könne in keinem Fall als *normativ* für gesellschaftliche Regeln oder politische Systeme angesehen werden. Dieses Argument kommt derzeit nicht nur von denen, die die Menschheit als außerhalb und über der Natur stehend betrachten. Es kommt heute vor allem aus der Richtung derer, die das sozialdarwinistische Prinzip des Verdrängungswettbewerbs als unantastbar betrachten und sich vor einer postdarwinistischen Biologie fürchten. Solange man das »Fressen-oder-gefressen-Werden« als das Grundgesetz des Lebens ansieht, ist es zweifellos richtig, das soziale Leben vor den Irrtümern der Naturwissenschaft zu schützen. Aber könnte es nicht auch sein, daß, solange Naturwissenschaft und Sozialwissenschaft unvereinbar sind, auf einer Seite – oder auf beiden Seiten – etwas nicht stimmt? Sollten wir nicht ein Weltbild anstreben, in dem das Natürliche und das Menschliche widerspruchsfrei verknüpft werden können?

Wettbewerb war und ist der Motor eines von den realen Bedürfnissen entkoppelten wirtschaftlichen Wachstums. Was aber, wenn nun die *Grenzen des Wachstums* erreicht sind – und der Motor weiterläuft? Was, wenn keiner weiß, wie man ihn abstellen kann? Dann kommt es unweigerlich zum Crash.

Für zukunftsfähige Konzepte ist der Wettbewerb ein falsches Leitbild. Wettbewerb hebt soziale und ökologische Beziehungen aus. Wettbewerb desintegriert. Wettbewerb nötigt die Menschen dazu, jedes menschliche Maß auszublenden und das natürliche Maß unserer Umweltverhältnisse zu ignorieren. Der Wettbewerb bewirkt und rechtfertigt Maßlosigkeit.

Weil Wettbewerb immer darauf aus ist, die anderen zu besiegen, werden die Akteure immer dazu tendieren, die Spielregeln des Wettbewerbssystems zu unterlaufen. Ein »fairer Wettbewerb« ist vielleicht im Sport denkbar; im vielschichtigen Wirtschafts- und Alltagsleben bleibt er eine Illusion. Der Wettbewerb als solcher ist mit Kooperation und Resonanz unvereinbar. Auch auf der psychischen Ebene führt die vom Wettbewerbssystem getriebene Beschleunigung zum Kollaps, wie es beispielsweise der Soziologe Hartmut Rosa anschaulich beschreibt.

Fazit

Es muß also um Auswege gehen, die – im Sinne der von Ulrich Klinkenberg entworfenen *Wertwirtschaft* – nur mit einer radikalen Mäßigung der wirtschaftlichen Akteure auf der Angebots- und auf der Nachfrage-seite einhergehen können. Mäßigung ist auf dem Wege von Subsistenzwirtschaft, also individueller Selbstversorgungsfähigkeit und regionaler Versorgungssouveränität, zu erreichen. Vor dem Hintergrund eines organismischen Gesellschaftsmodells, das die notwendigen Verschiedenheiten nicht als Ungleichwertigkeiten übersetzt, muß allerdings auch der übergeordnete Weltzusammenhang beachtet werden: Selbstversorgungsfähigkeit ist nicht Autarkie; nicht Abkapselung, sondern Übernahme einer Organfunktion; also eine Voraussetzung für eine organismische Integration in ein seinerseits integratives Ganzes.

Um diese Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen, müssen wir uns nicht nur von den parasitären Strukturen einer Finanzwirtschaft befreien, die mit ihrer leistungsungerechten Geldverteilung jedes Bewußtsein für die organismische Zusammengehörigkeit der Gesamtgesellschaft untergräbt; wir müssen auch der Steigerungslogik entsagen, uns allen Beschleunigungszwängen entziehen und den Wachstumstreibern entkommen. Und da liegt nichts näher, als das Wettbewerbssystem zu analysieren – und zu überwinden. Ein gesundes Wachstum kommt nicht aus dem Konkurrenzkampf der Organe, sondern aus ihrer kooperativen Integration in ein übergeordnetes Ganzes – und diese ist nur unter Wahrung ihrer Verschiedenheiten möglich. ■

»In derselben Weise, wie ein Zugvogel, der den Sternhimmel nicht erkennt und die natürlichen Magnetfelder nicht wahrnehmen kann, nicht wirklich frei ist – ist auch der Mensch nicht frei, der Natur weder direkt noch indirekt wahrnehmen kann. Zur Freiheit gehört die Möglichkeit zur Orientierung.«

Michael Beleites: *Umweltresonanz. Grundzüge einer organismischen Biologie*, Treuenbrietzen 2014, S. 595.

Ökonomischer Nationalismus

von Fritz Menharden

Mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA vollzog sich ein ökonomischer Paradigmenwechsel. Über 70 Jahre lang wurden außenwirtschaftspolitische Maßnahmen im europäisch-amerikanischen Teil der Welt mit Verweis auf die Funktion des Marktes und dessen – tatsächlich oder vorgeblich – positive Auswirkungen für die Menschheit gerechtfertigt. Durch Trumps ökonomische Agenda unter dem Slogan »America First!« und die zeitweilig scharfen antideutschen und antieuropäischen Äußerungen einiger Vertreter seiner Regierungsmannschaft erlebt seither das Phänomen des ökonomischen Nationalismus eine ungeahnte Renaissance.

Dieser – traditionell der Rechten zugeschlagenen – Richtung der Außenwirtschaftspolitik liegt die Vorstellung zugrunde, daß Angehörige einer Nation über alle sozioökonomischen Differenzen hinweg neben dem politischen auch ein wirtschaftliches Schicksal teilen (sollten). Entscheidendes Merkmal ist die Legitimierung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen durch den nationalen Imperativ, die gemeinsame Identität, Abstammung oder geschichtliche Erfahrung. Dadurch, daß die territorial begrenzte politische Einheit das Bezugssystem der Idee der Nation ist und diese, wie Bernard Willms es ausdrückte, das »Bewußtsein der Vielfalt« bringt, stehen sämtliche Varianten des ökonomischen Nationalismus in scharfer Opposition zu allen außenwirtschaftspolitischen Vorstellungen, denen Kosmopolitismus zugrunde liegt und die auf eine entgrenzende Globalisierung und unipolare Welt hinauslaufen.

Man mag die Bezeichnung »ökonomischer Nationalismus« unglücklich finden. Aus heutiger Sicht sollte es aber unstrittig sein, daß eine Politik mit Bezugnahme auf das Eigene das Wirtschaftsleben nicht außer acht lassen kann. Es besteht zwar ohne Zweifel aufgrund der historischen Erfahrungen Konsens darüber, daß eine ökonomische Dauerordnung nur auf der dezentralen Koordination der Wirtschaftssubjekte gründen kann. Zur Überführung des sich auf deutschem Gebiet vollziehenden Wirtschaftslebens in eine Volkswirtschaft oder Nationalökonomie bedarf es heutzutage der Setzung von Grenzen und einer Segmentierung der Wirtschaftsräume. Es gilt, politischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen.

Das häufig von Liberalisten vorgebrachte Gegenargument, ökonomische Sachzwänge hätten aus ihrer inneren Logik heraus zur globalisierten Wirtschaft geführt, wodurch die Globalisierung unumkehrbar geworden sei, stellt bekanntlich nur die halbe Wahrheit dar, da es die Bedeutung des Politischen für das Wirtschaftsleben verkennt. In der Geschichte hat es niemals eine politikfreie Wirtschaft gegeben. Vielmehr war es der Staat, der die Institution des Marktes, so wie wir sie heute kennen, aus realpolitischen Gründen geschaffen hat; mit dem Freihandel verhielt es sich nicht anders. Es waren die existierenden politischen Einheiten, die aufgrund einer oder mehrerer Entscheidungen im Rahmen des Prozesses

»Nicht in erster Linie für die Art der volkswirtschaftlichen Organisation, die wir ihnen überliefern, werden unsere Nachfahren uns vor der Geschichte verantwortlich machen, sondern für das Maß des Ellenbogenraums, den wir ihnen in der Welt erringen und hinterlassen. *Machtkämpfe* sind in letzter Linie auch die ökonomischen Entwicklungsprozesse, die *Machtinteressen* der Nation sind, wo sie in Frage gestellt sind, die letzten und entscheidenden Interessen, in deren Dienst ihre Wirtschaftspolitik sich zu stellen hat; die Wissenschaft von der Volkswirtschaftspolitik ist eine *politische* Wissenschaft. Sie ist eine Dienerin der Politik, nicht der Tagespolitik der jeweils herrschenden Machthaber und Klassen, sondern der dauernden machtpolitischen Interessen der Nation.«

Max Weber: *Gesammelte politische Schriften*. Hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1988, S. 26.

einer »deliberativen Handelspolitik« (Herrmann-Pillath) Zutritt zu ihren Wirtschaftsräumen gewährten.

Die Folge dieser politischen Entscheidungen war es allerdings, daß Kräfte in Gang gesetzt wurden, die zu dem führten, was in der heutigen Wirtschaftswissenschaft als Lock-in-Effekt bezeichnet wird – eine Entwicklung, der man nicht ohne weiteres entrinnen kann und die daher so vielen Zeitgenossen tatsächlich als nicht veränderbar erscheint. Heterodoxe Ökonomen vergleichen den Prozeß der Globalisierung mit der Ausbildung eines Netzwerks aus Handels- und Investitionsverträgen, die die Struktur der internationalen Arbeitsteilung (grenzüberschreitende Produktionsprozesse, Verdrängung inländischer Anbieter) bestimmen. Sollte ein Land aus dem Netzwerk aussteigen, würde die globalisierte Produktionsstruktur diesem Land hohe Kosten verursachen. Aufgrund der weitgehend freien, d. h. der staatlicher Regulierung entzogenen Güter- und Kapitalmobilität herrscht innerhalb dieses globalen Netzwerks wiederum Druck zur ökonomischen Effizienzsteigerung, dem sich ein einzelnes Land nicht entziehen kann, möchte es nicht einen Standortnachteil erleiden und an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Andere Politikinhaltel bleiben dabei auf der Strecke. So gesehen trifft die Aussage, es seien Sachzwänge, die den Raum des Politischen begrenzen, zu.

Politische Kräfte, die auf ein Ausscheiden aus dem globalen Netz hinzielen, sollten sich der Probleme, die eine Übergangszeit mit sich bringen wird, bewußt sein. Wie hoch die Kosten letztlich sind, wird wesentlich von der Durchlässigkeit und der Form der künftig eingezogenen Hindernisse, dem Zeitraum, in dem sie errichtet werden, und der Größe und Stärke des Wirtschaftsraumes, der sich innerhalb dieser »Grenze« befindet, abhängen. Die Schwierigkeit, ein »unlocking« zu vollziehen, um wieder relative ökonomische Selbstbestimmung zu erlangen, wird dadurch erschwert, daß die gesellschaftlichen Gruppen, die ihr Geschäftsmodell auf die Globalisierung ausgerichtet haben und durch sie profitieren, ihre politische Macht einsetzen, um dieses Netzwerk zu stärken. Eine Rückbesinnung auf die eigene Souveränität in Wirtschaftsfragen impliziert daher das Unterfangen, die Voraussetzungen zu schaffen, durch die eine Transformation privatwirtschaftlicher Stärke in politische Macht so weit wie möglich verhindert werden kann.

Ökonomischer Nationalismus wird zwar zumeist mit protektionistischen Maßnahmen assoziiert, mit der Idee der Nation lassen sich aber alle möglichen außenwirtschaftspolitischen Grundpositionen verbinden. Der Gedanke der Autarkie findet sich dabei auf der einen, der Freihandel auf der gegenüberliegenden Seite des Spektrums möglicher Konzeptionen.

Ein autarker Wirtschaftsraum soll in Zeiten, in denen die Wirtschaft eine wirksame Waffe zur Durchsetzung politischer Ziele darstellt, für Blockadesicherheit im Ernstfall sorgen. Der Staat führt hierfür durch den bewußten Einsatz von Ein- und gegebenenfalls Ausfuhrverboten oder prohibitiv hohen Schutzzöllen (inklusive Transaktionssteuern) wirtschaftliche Selbstversorgung herbei mit dem Zweck, die Güterversorgung zu sichern. Freihandel läßt sich dagegen aus nationaler Sicht damit begründen, daß die ungehinderte Disposition und der möglichst freie ökonomische Austausch der privaten Wirtschaftssubjekte die optimale Bedingung für erhöhten Leistungsdruck und damit gesteigerte Innovationskraft und sinkende Preise sowie für die Realisierung der positiven Wirkung von Exporten auf das Nationaleinkommen ist. Weder vollkommene Autarkie noch vollkommener Freihandel waren in der Regel Gegenstand nationaler Programme in Deutschland. Zumeist umfaßten sie nicht alle wirtschaftlichen Güter, sondern beschränkten sich auf einige bestimmte Sektoren oder es wurde ein unvollständiger Grad bei einigen oder allen Gütern angestrebt.

Der von Johann Gottlieb Fichte entworfene »geschlossene Handelsstaat«, mit dem er den Deutschen durch Domestikation Selbst- und Nationalbewußtsein anzuerziehen gedachte, um darauf aufbauend den Vernunftstaat zu errichten, stellte in seiner Radikalität eine Ausnahme dar. Mit dem nach dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Niedergang des Goldstandards und der gleichzeitig eintretenden Forderung nach Währungssouveränität war der Ruf nach Autarkie zwar unüberhörbar, aber selbst den meistgelesenen Protagonisten eines autarken Wirtschaftsraumes, Werner Sombart und Ferdinand Friedrich Zimmermann, schwebte

»Das System der Schule leidet [...] an drei Hauptgebrechen: erstens an bodenlosem *Kosmopolitismus*, welcher weder die Natur der Nationalität anerkennt, noch auf die Befriedigung ihrer Interessen Bedacht nimmt; zweitens an einem toten *Materialismus*, der überall hauptsächlich den Tauschwert der Dinge ins Auge faßt, ohne die geistigen und politischen, die gegenwärtigen und die zukünftigen Interessen und die produktiven Kräfte der Nation zu berücksichtigen; drittens an desorganisierendem *Partikularismus* und *Individualismus*, welcher die Nation der gesellschaftlichen Arbeit und ihre Wirkung der Kräftevereinigung in ihren höheren Konsequenzen verkennend, im Grunde nur die Privatindustrie darstellt, wie sie sich im freien Verkehr mit der Gesellschaft, d. h. mit der gesamten Menschheit entwickeln würde, im Fall sie nicht in besondere Nationalgesellschaften getrennt wäre.«

Friedrich List: *Das nationale System der politischen Ökonomie*, Tübingen 1959, S. 174.

»Dani Rodrik: The banks and multinationals and financial interests have a huge amount of influence and they are able to simultaneously argue to governments and policy makers that imposing capital controls will be very costly, and that if you do them, we can easily evade them. Sometimes they use one argument, sometimes the other. I think they still have enormous sway on policy and politicians.«

John Judis: »What's Wrong With Our System Of Global Trade And Finance«, in: talkingpointsmemo.com vom 9. Juni 2017.



»Beziehungen zu fremden Wirtschaften werden weiter bestehen, aber darauf kommt es in der Zukunft an, daß die Gestaltung dieser Beziehungen nicht wie bisher dem blinden Zufall oder, was dasselbe ist: dem Gutdünken profitsuchender Einzelwirtschaften überlassen bleiben darf, sondern ebenfalls der Regelung durch die überindividuelle Vernunft, das heißt dem Staat, unterstellt werden muß.«

Werner Sombart: *Deutscher Sozialismus*, Berlin 1934, S. 325.

»So ist es soweit gekommen, daß [...] für Schutzzölle sein, und »liberal« gesinnt sein, gegen Schutzzölle stimmen, und »servil« gesinnt sein fast für gleichbedeutend gilt!«

Karl Heinrich Brügge-
mann: *Der deutsche Zollverein und das Schutz-System*, Berlin 1845, S. 133.

damals weniger die vollkommene Abschottung als vielmehr umfassende »Autarchie«, Selbstherrschaft, d.h. Lenkung der grenzüberschreitenden Transaktionen vor. Sie wollten das Prinzip der im Rahmen der Weltwirtschaftskrise eingeführten Devisenbewirtschaftung auf andere Bereiche erweitern und von einer ursprünglichen Notmaßnahme zum außenwirtschaftspolitischen Fundament ihres Deutschen Sozialismus machen. Mit dem »Neuen Plan« von 1934, der die bereits bestehenden Instrumente der Zahlungs- und Verrechnungsabkommen systematisierte, und dem Vierjahresplan von 1936, der noch weitergehende Steuerungsmaßnahmen implementierte, kam man der Autarkie bereits nahe.

Noch konsequenter wurde allerdings mit Art. 9 Abs. 5 der Verfassung der DDR ein autarkieähnlicher Zustand in Deutschland von kommunistischer Seite geschaffen, indem die »Außenwirtschaft einschließlich des Außenhandels und der Valutawirtschaft« zum staatlichen Monopol erklärt wurde.

Der Freihandel als ein Mittel nationaler Weltanschauung erlebte den Höhepunkt seiner Popularität im 19. Jahrhundert, als Liberalismus und Nationalismus noch zwei Seiten derselben Medaille waren. Die Forderung nach Freihandel zielte jedoch für einen langen Zeitraum in erster Linie nach innen, auf die Schleifung der innerdeutschen ökonomischen Grenzen. Das Postulat der Liberalisierung hatte in diesem Zusammenhang nicht zwangsläufig etwas mit dem Abbau der Außenzölle zu tun.

Dies änderte sich erst, nachdem der Rückstand gegenüber England aufgeholt und die deutsche Industrie in einigen Bereichen Weltmarktführer geworden war. Nun begann das Freihandelspostulat eine nach außen, auf Export und Erschließung von Absatzmärkten gerichtete expansive Form anzunehmen. Entsprechend wurde gefordert, die »Ruhepolitik« aufzugeben und endlich »deutsche Weltpolitik« und Weltwirtschaftspolitik zu betreiben, um im internationalen Wettkampf der Nationen bestehen zu können. Ziel war es nunmehr, »Weltindustrie- und -handelsstaat« (Großadmiral von Tirpitz), geschützt durch eine starke deutsche Flotte, zu werden. Insgesamt herrschte damals freier Warenhandel jedoch nur in der kurzen Periode zwischen 1862 und 1879, freie Kapitalmobilität immerhin zwischen 1871 und 1914. Den Protagonisten eines national legitimierte Freihandels ging es dabei aber niemals um ein abstraktes Prinzip, sondern darum, Freihandel in die »wirkliche Welt« bestehender Nationalstaaten einzuführen. Einen dauerhaften und vollkommen freien Außenhandel sahen sie als wenig realistisch an, wodurch ihre Position von der Idee eines gemäßigten Protektionismus nicht weit entfernt war.

Das Konzept des Protektionismus steht zwischen Autarkie und Freihandel. Zu diesem außenwirtschaftspolitischen System tarifärer (Zölle) und nicht-tarifärer Handelshemmnisse (Konformitätsanforderungen) wird gegriffen, um den eigenen Wirtschaftsraum vor Importen ausländischer Güter zu schützen, ohne jedoch eine vollkommene Abkapselung anzustreben. Anders als bei der Autarkie werden mit solchen Maßnahmen handels-, sozial-, kultur- oder infrastrukturpolitische Ziele verfolgt. Zumeist wird hier eine flexible Handhabung präferiert. Friedrich List beispielsweise wollte seine Erziehungszölle nur solange aufrechterhalten wissen, bis Deutschland den Industrialisierungsstand Englands erreicht hatte, und Bismarck befürwortete Zollerhebungen erst nach dem sogenannten Gründerkrach mit dem Ziel, das fragile Gebilde Deutsches Reich zusammenzuhalten und es finanziell unabhängig von den einzelnen Landesfürsten zu machen.

Die Wirtschaft in den Dienst des Gemeinwohls der Nation zu stellen, sagt mithin wenig über den Inhalt der uns an dieser Stelle ausschließlich interessierenden Außenwirtschaftspolitik aus. Der allgemeine Verweis auf das nationale Interesse ist ebenfalls nicht hilfreich, da es bis auf wenige Ausnahmesituationen unbestimmt sein dürfte. Welche Ausrichtung konkret angestrebt wird, hängt von verschiedenen Parametern

ab. Erst im Zusammenspiel der im Inland verfügbaren Faktoren wie Arbeit, Kapital und Wissen mit der in der Gesellschaft bestehenden Verteilung von Wertpräferenzen und Macht wird sich herauschälen, ob als Reaktion auf die im Ausland wahrgenommenen Herausforderungen und Möglichkeiten einer eher freihändlerischen, protektionistischen oder gar autarkistischen Linie gefolgt wird. Dies zeigt erneut das Beispiel USA. Es ist selbstverständlich naiv, anzunehmen, die USA hätte in den Jahrzehnten vor Trump nicht ihr eigenes Interesse verfolgt, sondern sich in den Dienst des Allgemeinwohls der Menschheit gestellt. Die USA handelten auch unter Obama stets nur, wenn es ihrem eigenen geopolitischen oder ökonomischen Vorteil diene. Das, was sich mit der Wahl Trumps zum Präsidenten änderte, war nicht die Verfolgung des nationalen Interesses an sich, sondern die explizite Deklaration und der wirtschaftspolitische Inhalt derselben – ein Inhalt, der sich, wie Michael Wiesberg in einem Beitrag für *Sezession im Netz* gezeigt hat, durchaus auch aus amerikanischer Sicht hinterfragen läßt.

Nichtsdestoweniger lassen sich einige Grundsätze festlegen, durch die die deutsche Wirtschaftspolitik wieder stärker in die eigene Hand genommen werden kann. Ausgangspunkt ist die Machtfrage. Um die Möglichkeit des Einsatzes von militärischer oder wirtschaftlicher Macht durch andere Mächte gegen Deutschland zu begrenzen, bedarf es eigener militärischer und ökonomischer Stärke. Voraussetzung hierfür ist eine leistungsfähige Wirtschaft. Außenwirtschaftspolitisch läuft dies auf eine moderate Variante von Offenheit hinaus, die einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, einen Staat oder eine Nation mit den Mitteln auszustatten, um im Außenverhältnis Macht ausüben zu können. Daß dadurch die Friktionen des Überganges gering gehalten werden, ist ein nützliches Nebenprodukt. Dies ist allerdings nur als Grundausrichtung zu verstehen und darf nicht mit einer dogmatischen Position verwechselt werden. Bestimmend bleibt das Ziel der wirtschaftspolitischen Selbstbestimmung. Dabei ist folgendes zu beachten:

Um die Souveränität der Handelspolitik zu gewährleisten, sind bilateral ausgehandelte Handelsabkommen als rechtliche Grundlage multilateraler Vereinbarungen vorzuziehen. Reziprozität geht dabei der Meistbegünstigung vor. Investitionsschutzklauseln, die private Schiedsgerichte vorsehen, vor denen privatwirtschaftliche Akteure die Vertragsstaaten verklagen können, sind abzulehnen.

Die Tatsache, daß der Bankensektor eine der am strengsten regulierten Branchen ist, sollte nicht davon abhalten, über die Einführung von Kapitalkontrollen nachzudenken. Solche können bei der ökonomischen wie politischen Stabilisierung nützlich und für den Staat ein wichtiges Mittel zur Selbstbehauptung aus machtpolitischen Gesichtspunkten sein.

Trotz der rückläufigen Bedeutung natürlicher Ressourcen für das Machtpotential eines Staates verbleiben einige ökonomische Bereiche, bei denen ein inhärentes Risiko besteht, sich in Abhängigkeit fremder Mächte zu begeben. Diese Bereiche gilt es der ständigen Kontrolle des Staates zu unterwerfen. Der Beschluß der letzten Bundesregierung, in Zukunft Firmenübernahmen zu verbieten, wenn sogenannte »kritische Infrastrukturen« in Gefahr sind, kann nur der erste Schritt in die richtige Richtung sein.

Zu guter letzt: In einer Zeit, in der Großmächte wie USA, Rußland oder China die wesentlichen Akteure auf der politischen Bühne sind, führt das Aufwerfen der Machtfrage fast zwangsläufig zu der Erkenntnis, daß die Bezugnahme auf das Eigene um eine europäische Perspektive erweitert werden muß. Die schlechten Erfahrungen mit der EU sollten nicht davor abschrecken. Die inzwischen vergessene Weltreichslehre, die unterschiedlichen Mitteleuropa-Ideen oder die verschiedenen Varianten des Großraumgedankens können als konzeptionelle Vorläufer dienen, die selbstverständlich einer zeitgemäßen Adaption bedürfen.

Aus wirtschaftlicher Perspektive ist das Denken in europäischen Dimensionen die einzige Möglichkeit, die Balance zwischen der aus Sicht der Nation politisch notwendigen Verortung des Wirtschaftslebens und einer leistungsfähigen, aber dennoch zu einem relativ geringen Grad auf Ex- und Importe angewiesenen Wirtschaft zu schaffen. Bei der Realisierung eines deutschen ökonomischen Nationalismus führt heutzutage kein Weg an dessen Einbettung in die größere Einheit Europa vorbei. ■

»Im Außenwirtschaftsverkehr können durch Rechtsverordnung Rechtsgeschäfte und Handlungen beschränkt oder Handlungspflichten angeordnet werden, um

1. die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten,

[...]

4. die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der Artikel 36, 52 Absatz 1 und des Artikels 65 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu gewährleisten oder

5. einer Gefährdung der Deckung des lebenswichtigen Bedarfs im Inland oder in Teilen des Inlands entgegenzuwirken und dadurch im Einklang mit Artikel 36 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union die Gesundheit und das Leben von Menschen zu schützen.«

§ 4 Abs. 1 Außenwirtschaftsgesetz.

Literaturhinweise:

Andreas Etges: *Wirtschaftsnationalismus: USA und Deutschland im Vergleich (1815–1914)*, Frankfurt a.M. 1999;

Klaus Knorr: *The Power of Nations. The Political Economy of International Relations*, New York 1975;

David Levi-Faur: »Economic Nationalism: from List to Robert Reich«, in: *Review of International Studies* 1997, 23, S. 359–370;

Friedrich List: *Das nationale System der politischen Ökonomie* [1841], Tübingen 1959;

Jürg Niehan: *Der Gedanke der Autarkie im Merkantilismus von einst und im Neomerkantilismus von gestern*, Zürich 1945;

Michael Wiesberg: »Trumps gravierender Fehler«, in: *Sezession im Netz* (sezession.de) am 30. Januar 2017.

Zuwanderungslegitimation und Flüchtlingsindustrie

von Jan Moldenhauer

Der Diskurs über den Sinngehalt von Zuwanderung nach Deutschland beinhaltet eine gesellschaftliche und eine ökonomische Komponente. Die Debatte verläuft demnach im wesentlichen entlang zweier Argumentationsstränge. Linke Einwanderungsbefürworter preisen die angeblichen Vorzüge einer multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft. Liberale Einwanderungsbefürworter führen angebliche ökonomische Sachzwänge als zentrales Argument für Zuwanderung an. Einig sind sich linke Multikulturalisten und liberale Universalisten in der grundsätzlichen Forderung nach massenhafter Zuwanderung in die BRD. Die diesbezüglich von linken Herolden des Multikulturalismus und liberalen Herolden der ökonomischen Globalisierung propagierte Alternativlosigkeit ist integraler Bestandteil einer links-liberalen Metaideologie und Diskurshegemonie.

Das linke Argument eines erstrebenswerten Multikulturalismus und -ethnizismus hat in jüngster Zeit an Strahlkraft verloren. Zu deutlich zeichnet sich das Scheitern der Utopie vom harmonischen Zusammenleben der Kulturen, Religionsgemeinschaften und Ethnien, zusammengepfercht auf engem Raum, in immer mehr westeuropäischen Ländern ab. Spätestens seit dem Menetekel der Kölner Silvesternacht 2015/2016 dominiert im deutschen Diskurs über Zuwanderung nicht mehr multikulturelle, sondern, in zunehmendem Maße, ökonomische Bereicherungsrhetorik. Längst ist das wirtschaftliche Argument in den Mittelpunkt der deutschen Zuwanderungsdebatte gerückt.

Ist dieser argumentative Paradigmenwechsel hin zu einer ökonomisch grundierten Zuwanderungslegitimationslogik stichhaltig? Gibt es nicht vor allem doch eine dieser Logik zugrundeliegende verdeckte Zuwanderungsmotivlage? Wie steht es mit dem vermeintlichen Fachkräftemangel, den vorgeblich volkswirtschaftlichen Nutzen stiftenden Konsum- und Wachstumsimpulsen durch Zuwanderung sowie der Kosten-Nutzen-Bilanz der Zuwanderung?

I. Fachkräftemangel: Studien und Prognosen, Mythen und Märchen

Fachkräftemangelstudien und -prognosen sowie damit verbundene Forderungen nach vermehrter Zuwanderung sind grundsätzlich mit Skepsis zu betrachten, da diese zumeist von interessierter Seite – also wirtschaftsnahen Kreisen – in Auftrag gegeben, erstellt und lanciert werden. Beispielhaft sei auf eine 2015 veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung verwiesen, der zufolge Deutschland aufgrund einer angeblich zeitnah drohenden Arbeitskräftelücke bis 2025 eine jährliche Nettozuwanderung von 500 000 Personen benötige. Selbst wenn das vorhandene deutsche Arbeitskräftepotential komplett ausgeschöpft werde, müsse, so die Studie, die Nettozuwanderung bei 350 000 im Jahr liegen. Zwischen 2026 und 2050 müsse die Nettozuwanderung sogar 600 000 per an-

»Der Wohlfahrtsstaat beruht in seinem Kern auf Solidarität und Vertrauen innerhalb eines politisch begrenzten, genau definierten Raums, nämlich des Nationalstaats. [...]. Ein globaler Sozialstaat ist eine Utopie. Der reale Sozialstaat beruht aber auf dem Prinzip der Genossenschaft, er ist also ein Club mit definierter Mitgliedschaft. Aufgrund seiner Leistungen zieht er aber Personen an, die dem Club nicht angehören, gerne aber seine Leistungen empfangen würden.«

Rolf Peter Sieferle: *Das Migrationsproblem*, S. 23.

num betragen. Nur so, propagieren die Studienautoren, könne die ökonomische Prosperität der deutschen Volkswirtschaft gewährleistet, nur so könne das deutsche Sozialsystem stabil gehalten werden. Neben der Bertelsmann Stiftung tut sich seit Jahren insbesondere der Verein Deutscher Ingenieure mit vehementen Forderungen nach Fachkräftezuwanderung hervor.

Im Jahre 2014 strahlte die ARD – freilich nicht zu bester Sendezeit, sondern zu später Stunde – eine Reportage mit dem Titel »Der Arbeitsmarktreport – das Märchen vom Fachkräftemangel« aus, über deren Inhalt im Netzauftritt des GEZ-Senders folgendes zu lesen steht, und der ausnahmsweise, aufgrund des für staatsnahe Medien durchaus brisanten Inhalts, in extenso zitiert werden soll:

»Ingenieurmangel! Ärztemangel! Zu wenig IT-Spezialisten!« und »Wenn wir nicht gegensteuern, geht es bergab mit Deutschland«. Das sind alltägliche Schlagzeilen, mit denen Politik gemacht wird. Tatsächlich lenkt der lautstarke Hilferuf bewußt ab von gewichtigen Problemen: Lohndumping und Arbeitslosigkeit. Akteure in diesem Spiel sind Lobbyverbände der Wirtschaft, die zusammen mit Politikern und der Bundesagentur für Arbeit den Arbeitskräftemarkt in Deutschland gestalten. Kaum ein Lobbyverband hat sich so vehement dafür eingesetzt, ausländische Fachkräfte ins Land zu holen, wie der Verein Deutscher Ingenieure (VDI). Ingenieure selbst sind es, die dem Verein vorwerfen, er lasse sich von Unternehmen instrumentalisieren und drücke das Mindestgehalt. Offene Stellen ohne Bewerber? Tatsächlich kommen derzeit sechs passende Bewerber auf ein Jobangebot. Provozieren Unternehmer also bewußt ein Überangebot an Fachkräften, um trotz anziehender Konjunktur geringere Löhne zahlen zu können? Am Ende entpuppt sich der behauptete Fachkräftemangel als Strategie, die sich für Politik und Wirtschaft durchaus lohnen kann.«

Der eigentliche Wert der Dokumentation liegt nicht in dem stichhaltig belegten »Märchen vom Fachkräftemangel«. Geschönte Arbeitslosenstatistiken und Lohndruck durch eine zuwandernde »industrielle Reservearmee« (Jost Bauch) bzw. »Reservearmee des Kapitals« (Alain de Benoist) werden von konservativen Zuwanderungskritikern seit Jahr und Tag angeprangert und von einzelnen altlinken Politikern bestätigt. Von besonderem Nutzen ist die im Staatsfernsehen ausgestrahlte Reportage, weil der darin dargestellte durch wirtschaftsnahe Kreise herbeikonstruierte »Fachkräftemangel« von den BRD-Funktionseliten schwerlich als »rechte Verschwörungstheorie« abgetan werden kann.

Im Jahre 2015 wurde auf der Netzseite der ARD unter dem Titel »Mythos Fachkräftemangel?« zudem folgende Textpassage eingestellt: »Seit Jahren schlagen die Verbände Alarm, weil ein Fachkräftemangel bei Ingenieuren droht. In letzter Zeit häufen sich jedoch Stimmen, die Entwarnung geben. Ist die vielbeschworene Ingenieurslücke also ein Mythos?« Der Arbeitsmarktexperte Karl Brenke spricht von einer »Fata Morgana« des Fachkräftemangels und moniert, daß die Berechnungen des VDI auf willkürlichen Faktoren beruhen. Laut Brenke müßten die Löhne in tatsächlich von Fachkräfteknappheit betroffenen Arbeitsmarktsegmenten kräftiger ansteigen. Darum gelte es genau zu analysieren, auf Basis welcher Annahmen Prognosen wirtschaftsnaher Lobbygruppen entstehen.

In der Tat operieren Fachkräftemangel-Prognostiker zum Teil mit Phantasiezahlen. Arbeitsagenturen können nur jene freien Stellen statistisch erfassen, die ihnen gemeldet werden. Dementsprechend existiert eine Dunkelziffer nicht gemeldeter freier Stellen. In einer 2009 publizierten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft versiebenfachen (!) die Autoren die Zahl freier Stellen unter Verweis auf eine angeblich dramatische Dunkelziffer nicht gemeldeter Stellen, ohne für diese Annahme konkrete Anhaltspunkte zu liefern. Zudem können – gemeldete wie nicht gemeldete – offene Stellen Folge einer branchenspezifischen hohen Arbeitsplatzfluktuation sein, aus der sich kein Mangel an Fachkräften ableiten läßt.

Ein weiteres »Fachkräftemangelkriterium« ist die Dauer der Personalsuche. Naturgemäß gestaltet sich die Suche nach hochspezialisierten Experten für einen Arbeitgeber im Regelfall komplizierter und zeitaufwendiger als die Suche nach Hilfsarbeitern. Die Besetzung einer neuen Stelle kann sich zudem auch dadurch in die Länge ziehen, weil es beson-

»Die forcierte Zuwanderung wird in Deutschland einzig von den oberen Zehntausend gefordert, die von deren Folgen gar nicht oder nur am Rande betroffen sind. Sie konkurrieren nicht um Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich. Sie haben kein Problem, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Sie schicken ihre Kinder auch nicht auf Grundschulen, in denen die Zahl der Ausländerkinder überwiegt. Die deutschen Wirtschaftseliten exportieren Arbeitsplätze, weil in anderen Ländern die Löhne niedriger sind, und befürworten eine Zuwanderung, um das deutsche Lohnniveau zu drücken.«

Oskar Lafontaine: *Politik für alle*, S. 243f.

ders *viele* Bewerber gibt, die zunächst selektiert werden müssen. Bei der Zeitspanne unbesetzt bleibender offener Stellen handelt es sich folglich nicht um ein uneingeschränkt geeignetes Kriterium zur Fachkräftemangelprognostik. Ein hochrelevanter Aspekt, dem von Fachkräftemangelstudien zweifelhafter Güte zumeist geringe Bedeutung beigemessen wird, ist hingegen die fortschreitende Technisierung und Digitalisierung wirtschaftlicher Arbeitsabläufe in zahlreichen Branchen und damit einhergehende tektonische Veränderungen hinsichtlich künftiger Arbeitsmarktnachfrage.

Nicht nur liberale Wirtschaftslobbyisten, auch linke Multikulturalisten beteiligen sich an der Heraufbeschwörung eines Fachkräftemangels. In diesem Kontext schreibt Michael Paulwitz, daß es müßig sei, »darauf hinzuweisen, daß der ›Fachkräftemangel‹ eine gemeinschaftliche Erfindung von Wirtschafts- und Einwanderungslobby ist: Für die einen ist er der Hebel, eine Ausweitung des Arbeitskräfteangebots durchzusetzen, um den vorhandenen Arbeitskräften nicht mehr zu bezahlen oder in ihre Qualifikation investieren zu müssen; für die anderen ist der angebliche ›Fachkräftemangel‹ der Schlüssel, um Einwanderung ohne Grenzen und Beschränkungen durchzusetzen.«

Der Mythos vom Fachkräftemangel ist demnach ein wesentlicher Bestandteil links-liberaler Legitimierungsversuche. Der deutsche Durchschnittsbürger durchschaut diese auf Lohndruck und Großen Austausch angelegte perfide Strategie im Regelfall nicht und befürwortet die Zuwanderung fremder »Fachkräfte« vor dem Hintergrund propagierter Alternativlosigkeit. Zustimmung für Zuwanderung wird durch Vorspiegelung falscher Tatsachen erzeugt.

In Wirtschaftsbranchen, in denen gegenwärtig ein tatsächlicher Mangel an Fach- bzw. Arbeitskräften besteht, ist dieser im Regelfall selbst verschuldet. Zu diesem Befund gelangt bereits der Bericht *Bildung in Deutschland 2014*. Darin attestieren die Studienautoren der deutschen Wirtschaft eine »wenig zukunftsorientierte Ausbildungspolitik«.

Der Bericht weist anhand amtlicher Statistiken nach, daß in vielen Berufsgruppen, in denen über das Fehlen qualifizierter Mitarbeiter geklagt wird, seit Jahren zu wenig ausgebildet wird. Besonders aufschlußreich ist das Vorwort des Berichts, in dem die Autoren betonen, die Studie »unter Wahrung« ihrer »wissenschaftlichen Unabhängigkeit« erstellt zu haben. »In der Vergangenheit«, berichtet in diesem Kontext die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, »hatte es verschiedene Versuche von politischer Einflußnahme gegeben.« Zusätzlich zur niedrigen Ausbildungsquote deutscher Unternehmen weist die fortdauernde massenhafte Auswanderung einheimischer Fachkräfte auf gravierende Fehlentwicklungen am deutschen Arbeitsmarkt bzw. Wirtschaftsstandort hin.

Grundsätzlich könnte sich ein tatsächlicher – also nicht nur imaginärer – Arbeits- und Fachkräftemangel für autochthone Arbeitnehmer und die deutsche Volkswirtschaft durchaus als nutzenstiftend erweisen. Ein – durch strikte Zuwanderungsbeschränkung – bewußt knapp gehaltenes Arbeitskräfteangebot und ein daraus resultierender arbeitnehmerfreundlicher Arbeitsmarkt mit Nachfrageüberhang anstelle eines

arbeitgeberfreundlichen Arbeitsmarktes mit Angebotsüberhang könnte mit Lohnsteigerungen einhergehen und fortschreitender Lohnspreizung entgegenwirken.

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive führt ein Arbeitskräfteüberangebot samt niedrig gehaltenen Löhnen bzw. Lohnkosten zudem zu einer Abschwächung von Innovations-, Qualitäts- und Produktivitätsanreizen. In früheren Jahrzehnten waren hohe Lohn(neben)kosten ein fortdauernder Anreiz für signifikante Produktivitätszuwächse, hohe Produktqualität sowie zahlreiche Produktinnovationen und somit Antriebsfeder für internationale volkswirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit. Dieser Anreiz wurde jedoch im Zeitverlauf durch millionenfachen »Menschenimport« und damit verbundenen Lohndruck fortlaufend abgeschwächt.

»In jedem Fall ist Einwanderung, um einen angeblichen Fachkräftemangel zu beseitigen, nicht im Interesse der einheimischen Bevölkerung, sondern höchstens ein Anliegen der Wirtschaft. Es ist für Unternehmen billiger, bereits ausgebildete Fachkräfte einwandern zu lassen, anstatt für die Weiterbildung der einheimischen Bevölkerung zu sorgen.«

Prof. Paul Collier, Migrationsforscher an der Universität Oxford; zit. n. Felix Menzel.



Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): *Bildung in Deutschland 2014*, Bielefeld 2014; abrufbar unter www.bildungsbericht.de

II. Mindestlohn, Konsum- und Wachstumslogik in Zeiten der Völkerwanderung

In diesem Kontext diente auch die 2015 einsetzende Völkerwanderung in die BRD wirtschaftlichen Funktionselementen als Steilvorlage für die Forderung nach der Abschaffung des kurz zuvor eingeführten Mindestlohnes. Zunächst hatten hochrangige Wirtschaftsvertreter von einem durch die hereinströmenden »Fachkräfte« ausgelösten neuen »Wirtschaftswunder« fabuliert. Als schließlich offenbar wurde, daß keine Reservearmee der Fachkräfte, sondern der Hilfsarbeiter zugewandert war – tatsächlich erweisen sich die Einwanderer als Fachkräftemangelzeuger (u. a. Mehrbedarf an Ärzten, Polizisten, Lehrern) –, wurde der Ruf nach einer Wiederabschaffung des Mindestlohnes zum Schaden hochproduktiver einheimischer Arbeitnehmer laut, um die niedrigproduktiven illegalen Zuwanderer dennoch in den deutschen Arbeitsmarkt »integrieren« zu können.

Um die Völkerwanderung nach Deutschland arbeitsmarktpolitischen Ernüchterungstendenzen zum Trotz in ein positives Licht zu rücken, bedienen sich die BRD-Funktionselementen einer auf der liberalen Konsum- und Wachstumsideologie fußenden Konsum- und Wachstumslogik, indem sie die Einwanderer als Konjunkturbeschleuniger und Wachstumstreiber und somit im Ergebnis als volkswirtschaftlichen Glücksfall darstellen. »Flüchtlingskrise stützt deutsche Wirtschaft«, »Flüchtlinge als Konjunkturbeschleuniger« oder »Wachstum dank Flüchtlingen« titelten deutsche Leitmedien im Jahre 2015.

Zu den größten Profiteuren des steuergeldfinanzierten binnenkonjunkturellen Strohfeuers infolge der Völkerwanderung gehört neben der Bau- (staatliche Investitionen in Wohnraum) und Lebensmittelindustrie (asylgeldfinanzierter steigender Lebensmittelkonsum) insbesondere die Asyl- und Integrationsindustrie, deren Protagonisten sich seit Jahrzehnten an den gut gefüllten staatlichen Integrationsströgen drängen und sich nunmehr gewiß sein können, daß diese absehbar gut gefüllt bleiben.

Letztlich liegt dem binnenkonjunkturellen Kurzfristeffekt durch Vernutzung deutschen Volksvermögens eine deutschenfeindliche und asylsiedlerfreundliche Konsum- und Investitionslogik zugrunde. Vergleichbare binnenkonjunkturelle Effekte ließen sich nämlich erzielen, wenn zwecks Binnenkonsumsteigerung sowie Armutsbekämpfung Renten und Kindergeld erhöht oder Investitionen in Verkehrsinfrastruktur vorgenommen würden.

III. Kosten-Nutzen-Bilanz der Zuwanderung in die BRD

Eine von der AfD-nahen Friedrich-Friesen-Stiftung veröffentlichte Meta-Analyse verfügbarer Studien und Statistiken für den Untersuchungszeitraum 1955 (Beginn des Gastarbeiterprogramms) bis 2015 (Beginn der Völkerwanderung) über die volkswirtschaftliche, fiskalische und sozialstaatliche Kosten-Nutzen-Bilanz massenhafter Zuwanderung nach Deutschland zeigt, daß es sich bei dem mantrahaft vorgetragene Diktum der Funktionselementen, Zuwanderung stifte per Saldo ökonomischen Nutzen für die Deutschen, um eine Falschbehauptung handelt. Bestenfalls gestiftet wurde privatwirtschaftlicher Nutzen durch Gewinnmaximierung bei gleichzeitiger Sozialisierung der milliardenschweren Folgekosten millionenfacher Zuwanderung. Im Jahre 2010 bilanzierte Gunnar Heinsohn, daß sich die deutschen Sonderschulden infolge der Zuwanderung für den Zeitraum 1955 bis 2007 auf eine Billion Euro belaufen. Laut einer 2015 veröffentlichten Langfrstkalkulation des Ökonomen Bernd Raffelhüschen belaufen sich zudem die Folgekosten der Völkerwanderung selbst im Falle einer unrealistischen »Arbeitsmarktintegration« der Fremden binnen sechs Jahren auf 900 Milliarden Euro. Letztlich offenbart der Blick auf die Zuwanderungshistorie der Bundesrepublik eine durch die Altparteien induzierte skandalöse Fremdvernutzung deutschen Volksvermögens in Billionenhöhe zur Alimentierung zugewanderter Versorgungsmigranten.

Im Ergebnis erweisen sich die im Kontext liberaler Zuwanderungslegitimationslogik, vor dem Hintergrund eines vorgeblichen Fachkräftemangels sowie unter Verweis auf liberale Konsum- und Wachstumslogik vorgebrachten Argumente insbesondere im Hinblick auf die desaströse Kosten-Nutzen-Bilanz der Zuwanderung in die BRD als äußerst schwachbrüstig. Die politische Rechte muß in der Lage sein, dies plastisch zu vermitteln. ■

»Die Tüchtigen Deutschlands, die viele Millionen Bildungsferne und ihren stetig zunehmenden Nachwuchs versorgen, dürfen Stolz empfinden. [...] Eine Billion Euro Sonderschulden [...] hatte Deutschland bereits 2007 für Migranten, die mehr aus den Hilfesystemen entnehmen, als sie aufgrund schlechter Schulleistungen und anderer Handicaps in sie einzahlen können. Auf jeden der 25 Millionen voll-erwerbstätigen Nettosteuerzahler fallen allein für diese historische einmalige Aufgabe 40.000 Euro Schulden.«

Gunnar Heinsohn:
»Deutschland verschläft den Kampf um Talente«, in: FAZ vom 25. Juni 2010.

Literaturhinweise:

Jost Bauch: *Der Niedergang. Deutschland in der globalisierten Welt. Schriften wider den Zeitgeist*, Graz 2010;

Alain de Benoist: *Am Rande des Abgrunds. Eine Kritik der Herrschaft des Geldes*, Berlin 2012;

Jan Dams: »Ökonom Raffelhüschen – »Flüchtlingskrise könnte fast eine Billion Euro kosten«, in: *Welt* vom 25. November 2015;

David Engels: *Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik. Historische Parallelen*, Berlin 2014;

Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): *Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050. Szenarien für ein konstantes Erwerbspersonenpotenzial – unter Berücksichtigung der zukünftigen inländischen Erwerbsbeteiligung und der EU-Binnenmobilität*, Gütersloh 2015;

Kai Küstner: »Wachstum dank Flüchtlingen«, ARD vom 05. November 2015;

Oskar Lafontaine: *Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft*, Berlin 2005;

Jan Moldenhauer/Friedrich-Friesen-Stiftung: *Die Kosten der Zuwanderung in die BRD und nach Westeuropa – eine Meta-Analyse*, Magdeburg 2018.

$$1+x+k+2a+21$$

$$5+x+k+2a+21 \quad E=mc^2$$

$$\sqrt{1+x+y+2a}$$

$$h \rightarrow 0$$
$$\eta \rightarrow 0$$

$$1+x+y+2a+21$$

$$1 \lim_{h \rightarrow 0} h \rightarrow 0$$

$$x=0 \quad x^n$$

$$1 \lim_{h \rightarrow 0} h \rightarrow 0$$

$$X=$$



$$2+\dots+2a+\dots+a$$

$$\sum_{x=0}^{x^n} 1+x$$

$$+2a+\dots+a$$

$$(1+x+y+2a)$$

$$1+x+y+2a$$

$$1 \lim_{h \rightarrow 0} h \rightarrow 0$$

$$x=0 \quad x^n \quad \{x-12-y+n\}$$

$$(1+x+y+2a)-(3a+3g)$$

$$1+x+y+2a+21$$

$$2+\dots+2a+\dots$$

Die Macht der virtuellen Großkonzerne

von Michael Wiesberg

Anfang Januar konstatierte die *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, virtuelle Konzerne wie Google, Facebook oder Amazon seien zu groß geworden. Alles schreie danach, »ihre Monopole aufzulösen«. Die meisten verschlossen »die Augen vor dem schleichenden Verlust der Privatsphäre«, andere glaubten, auf die Dienste dieser Internet-Giganten nicht verzichten zu können. Die *SZ* machte in diesem Zusammenhang jene Argumente geltend, die ökonomisch seit jeher gegen die Folgen von Monopolbildungen geltend gemacht werden. Abgehoben wird insbesondere darauf, daß Monopolisten durch ihre Marktmacht die Preise in die Höhe trieben und die »Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft« hemmten. Wer sich dennoch mit Blick auf die vielen kostenlosen Angebote von Google oder Facebook zurücklehne, dem sei die Rechnung aufzumachen, daß die »Kunden mit der Gratis-Vergabe ihrer intimsten Daten einen viel höheren Preis [zahlten], als die Rockefeller und Vanderbilts einst für ihre Monopol-Dienste verlangten«. Auch wenn Mark Zuckerberg (Facebook), Jeff Bezos (Amazon) oder Larry Page (mit Sergey Brin Google-Gründer) eher lässig daherkämen, seien sie ökonomisch gesehen »Radikalkapitalisten«. Wer etwa die Gratis-Datensammelei begrenzen wolle oder die Firmen gar zwingen, Steuern zu zahlen, lerne schnell die andere Seite der »Turnschuh-Rockefellers« kennen. Ihr Einfluß gehe mittlerweile über wirtschaftliche Aspekte weit hinaus, weil sie gesellschaftsverändernde Umwälzungen in Gang setzten.

Hierfür stünden Begriffe wie fahrerlose Autos, »Internet der Dinge«, 3-D-Drucker oder »Big Data«.

»Big Data« – auf deutsch Massendaten – dient in diesem Zusammenhang in der Regel als Sammelbegriff für digitale Techniken, die für eine neue Ära digitaler Kommunikation und Verarbeitung sowie deren gesellschaftliche Folgen steht. Grund für den Quantensprung des technischen Fortschritts ist das rasche Wachstum der Leistungsfähigkeit der Rechner, wovon unter anderem die Robotik, die Nutzung und Vernetzung riesiger Datenmengen oder die Künstliche Intelligenz (KI) profitieren.

Nicht wenige Experten, so zum Beispiel Klaus Schwab, Gründer und Chef des Weltwirtschaftsforums, sprechen deshalb von einer neuen industriellen Revolution, genauer: von der Vierten Industriellen Revolution, die durch die Verschmelzung von Technologien gekennzeichnet sei, die die Grenzen der physikalischen, digitalen und der biologischen Sphäre verschwimmen lassen. Diese Revolution ist nicht einfach eine Weiterentwicklung vorangegangener Umwälzungen. Die Schnelligkeit, Reichweite und vor allem die systemische Wirkung, die derzeit beobachtet werden kann, bedeuten eine Entwicklung im exponentiellen und nicht im linearen Tempo. Die Vernetzung von immer mehr Menschen durch mobile Endgeräte, vor allem aber eine noch nie dagewesene Verarbeitungs- und Speicherkapazität, ermöglichen bahnbrechende technische Durchbrüche. Für diejenigen, die es sich leisten können, bietet der Aufbruch in die di-

»[Im Silicon Valley] bezeichnet man die Demokratie gelegentlich als eine »veraltete Technologie«. Wenn Sie mich fragen: [...] Wir haben hier [...] ein Indiz dafür, dass man im Silicon Valley so naiv wie anmaßend auf die endgültige Durchsetzung einer Technokratie setzt. [...] [Diese lineare Fortschrittserzählung] knüpft vor allem an den Sozialingenieur des 19. Jahrhunderts an, also an die Vorstellung, die Gesellschaft auf Basis mathematisch-physikalischer Regeln besser einrichten zu können.«

»Wir sind Zeuge eines Endspiels«, Interview mit dem Wirtschaftsphilosophen Wolf Dieter Enkelmann, in: *Wirtschaftswoche* 53/2017, S. 37.

gitale Welt schon jetzt manifeste Vorteile, weil viele Dinge zeitsparender und effizienter geregelt werden können.

Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee, beide Ökonomen am Bostoner Massachusetts Institute of Technology (MIT), haben in ihrem Buch *The Second Machine Age* die großen Linien kommender Entwicklungen gezogen: Computer und andere digitale Errungenschaften hätten »auf unsere geistigen Kräfte die gleiche Wirkung wie die Dampfmaschine und ihre Ableger auf die Muskelkraft«. Da die Digitaltechnik eine Basistechnologie sei, ähnlich wie die Elektrizität, treibe sie die wirtschaftliche Entwicklung in allen Sektoren voran, und zwar nicht nur die der IT. Und das Tempo der Innovationen wird ihrer Ansicht nach sogar noch zunehmen; dabei werde das, was derzeit unter dem Schlagwort »Internet der Dinge« subsumiert wird, eine zentrale Rolle spielen. In der US-Innovationschmiede Silicon Valley bewirke dieses »Internet der Dinge«, so die beiden Journalisten Marc Beise und Ulrich Schäfer in ihrem Buch *Deutschland digital. Unsere Antwort auf Silicon Valley*, derzeit eine regelrechte »Metamorphose«. Groß geworden sei das Tal mit »Handys, dem Internet, Suchmaschinen, Online-Shops und Dienstleistungen für Verbraucher«. Alles das sei aber nur ein Anfang gewesen. Nun bastele Silicon Valley an der »nächsten, sehr viel umfassenderen Ausbaustufe«. »Alles, wirklich alles, was unser Leben ausmacht, soll mit dem Netz verknüpft werden.« Künftig kommunizierten »Milliarden Maschinen und Geräte unentwegt miteinander«, tauschten riesige Datenmengen aus, glichen sie ab, überprüften sie und lernten selbständig daraus. Das werde alles verändern: »wie wir leben, wie wir arbeiten, wie wir wirtschaften und denken«.

Diese Einschätzung verweist darauf, daß wie bisher jede industrielle Revolution auch die digitale Revolution Chancen und Risiken eröffnet. Die Diskussion in Deutschland oszilliert dabei zwischen zwei Extremstandpunkten. Der eine Standpunkt lautet, das Thema »Digitale Revolution« sei angesichts der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft eigentlich kein Thema, sondern eine Art »Medien-Hype«, einmal mehr durch das gekennzeichnet, was gern als »German Angst« bezeichnet werde. Das zweite Szenario ist das der Untergangspropheten. Die laufende aktuelle Industrielle Revolution werde, so ihre Überzeugung, jeden zweiten Arbeitsplatz vernichten, ohne daß hinreichend neue entstanden. Die einzigen, die profitierten, seien Programmierer, die als »Hohepriester« der Digitalisierung den Takt vorgäben. Alle anderen würden bestenfalls noch als Handlanger benötigt. Sprich: Nur wer beispielsweise Big-Data-Analysen beherrscht, hat einen sicheren Job. Der Politik empfehlen die beiden Autoren das kleine Einmaleins der Wirtschaftswissenschaften: Ein gutes Bildungssystem und Impulse für Start-ups sollen ebenso für die Digitalisierung rüsten wie eine moderne Infrastruktur und eine gezielte Anwerbung von Einwanderern.

Stichwort »moderne Infrastruktur«: Nur en passant sei hier erwähnt, daß Deutschland aufgrund eklatanter Fehleinschätzungen beim Auf- bzw. Ausbau des Glasfasernetzes mehr oder weniger das Schlußlicht unter den Industriestaaten darstellt. Wasser auf den Mühlen der Untergangspropheten ist auch die Diskussion um das Schlagwort »Disruption« (siehe hierzu ausführlich *Sezession* 78/Juni 2017); einer Wortneuschöpfung des US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Clayton Christensen für das, was der 1950 verstorbene österreichische Ökonom Joseph Schumpeter als »schöpferische Zerstörung« bezeichnet hat. Allerdings gibt es zwischen den US-Netzgiganten, die sich als Avantgarde disruptiver Strategien wähen, und Schumpeters Wendung von der »schöpferischen Zerstörung« einen signifikanten Unterschied. Schumpeter ging davon aus, daß wir letztlich kein Wissen über die Zukunft hätten, die Zukunft also offen sei. Entsprechend lautete sein Imperativ, das Neue immer offen zu denken. Die Politik aber, die Amazon, Facebook oder Google betreiben, läuft letztlich darauf hinaus, diese Offenheit zu eliminieren. Beispiele hierfür finden sich in der *WiWo* von Ende Dezember 2017, in der die Aktivitäten der US-Netzgiganten im Hinblick auf Gründer und Wettbewerber auf die Formel »Aufkaufen, kopieren, blockieren« gebracht wird. Der Ruf der US-Netzriesen, für innovatives Unternehmertum zu stehen, weiche mehr und mehr dem Eindruck, so die *WiWo*, daß sie ihr Quasi-Monopol zum einen mehr und mehr abschotten, Konkurrenten einschüchtern oder aufkaufen oder Ideen »kopieren«. Überdies griffen sie immer »neue eta-

blierte Industrien und Märkte« an. Kritiker monieren, daß Innovationen nur noch in dem Rahmen stattfänden, den die virtuellen US-Konzerne zuließen. Die dahinterstehende Strategie ist unverkennbar: Konkurrenten, die Facebook gefährlich werden könnten, sollen per Kauf ausgeglichen werden. So praktizierte es Facebook zum Beispiel mit YouTube, WhatsApp oder Instagram.

Es gibt aber mit Blick auf die heute übermächtig erscheinenden US-Netzgiganten auch ernüchternde Beispiele für verpaßte Chancen, über die unter anderem Tobias Kollmann und Holger Schmidt in ihrem Buch *Deutschland 4.0: Wie die Digitale Transformation gelingt* berichten. Wären diese Chancen deutscherseits entschlossen genutzt worden, sähe – siehe Aufbau eines Glaskabelnetzes – die Internetwelt heute anders aus. Der Hamburger Verlag Gruner & Jahr, der 1997 mit der Entwicklung einer Suchmaschine namens »Fireball« begonnen hatte, ist ein weiteres Beispiel. Google gab es damals noch nicht. »Fireball« setzte sich bald an die Spitze der Suchmaschinen. Parallel dazu bereitete die Gruner & Jahr-Muttergesellschaft Bertelsmann den Börsengang des Internetportals Lycos Europe vor. Die Verträge mit dem US-Partner Lycos Inc. untersagten aber den Betrieb einer zweiten Suchmaschine (neben Lycos). Fireball wurde deshalb an Lycos Europe verkauft, das ebenfalls kein Interesse an einer zweiten Suchmaschine hatte. Schließlich wurde Fireball in eine Tochtergesellschaft abgeschoben, wo die Suchmaschine »noch schneller verkümmerte, als Lycos Europe insgesamt. ... Eine vielleicht historische Chance war dahin ...«, konstatieren die Autoren.

»Evan Spiegel und Bobby Murphy weigerten sich, das von ihnen gegründete soziale Netzwerk Snapchat an Facebook zu verkaufen. Bis zu drei Milliarden Dollar soll dessen Chef Mark Zuckerberg ihnen 2013 geboten haben. Dabei habe ihnen der Facebook-Gründer, so zumindest erzählte es Spiegel dem US-Nachrichtenmagazin *Forbes*, klargemacht, daß sie lieber verkaufen sollten. »Wir machen euch sonst platt«, habe er gedroht.«

Matthias Hohensee: »Facebook, Google & Co verdrängen Start-ups: Die Silicon-Valley-Größen behindern Innovation«, in: *Wirtschaftswoche* 53/2017, S. 66.



Google hingegen nutzte entschlossen seine »windows of opportunities« auf dem Suchmaschinenmarkt und wartete im Herbst 2008 mit einem weiteren Paukenschlag auf: Mit dem mobilen Betriebssystem Android wurde aus dem Suchmaschinen-Anbieter Google ein Plattform-Betreiber. Gut 85 Prozent aller Smartphones der Welt (Stand 2014) laufen mittlerweile mit Android, auf dem der Play-Store von Google installiert ist. App-Entwickler, die erfolgreich sein wollen, müssen sich den Regeln des Plattformbetreibers Google – oder, bei dem Betriebssystem iOS, den Regeln von Apple – unterwerfen, um überhaupt in das Angebot des App-

Stores aufgenommen zu werden. Was für die Plattformmärkte App-Stores gilt, gilt mehr oder weniger auch für andere digitale Plattformen, wie sie zum Beispiel Amazon, Ebay oder auch Booking.com anbieten.

Festzuhalten bleibt, daß Europa und damit auch Deutschland das Rennen um Privatkunden und die private Nutzung des Internet wohl bereits an die US-Netzgiganten Google, Apple, Yahoo oder Facebook verloren haben; laut Meinung vieler Fachleute ist der Vorsprung der Amerikaner nicht mehr aufzuholen. Daß sich die US-Geheimdienste wie die NSA dieses Potentials bedienen und mit den US-Netzgiganten kooperieren, um im globalen Wirtschaftskrieg mittels Datenabschöpfung zumindest im Westen die Spitzenposition der USA abzusichern, kann aufgrund der Dokumente, die zum Beispiel der »Whistleblower« Edward Snowden öffentlich machte, als gesichert gelten.

Wie groß der Abstand Deutschlands zu den USA bereits ist, verdeutlicht eine Studie der deutschen Stiftung Internet Economy Foundation, die im April 2016 vorgelegt wurde. Auf eine Kennzahl sei hier vor allem verwiesen: Die zehn größten Netz-Unternehmen der USA waren zu diesem Zeitpunkt mehr als 1,7 Billionen Euro wert, während es die zehn größten deutschen »Rivalen« gerade einmal auf einen zweistelligen Milliardenbetrag brachten.

Tobias Kollmann, Beauftragter für Digitale Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, und *Focus*-Chefkorrespondent Holger Schmidt bemängeln in ihrem Buch *Deutschland 4.0*, daß das Verständnis »für die bevorstehenden Änderungen im digitalen Zeitalter in der deutschen Wirtschaft nicht verbreitet« sei. Seitens der Produktions- und Fachbereichsverantwortlichen fehle nach wie vor die Einsicht darin, »in welchem Ausmaß technologische Entwicklungen die Geschäftstätigkeit ihres Betriebs verändern werden«. Das Manko der deutschen Wirtschaft sehen sie vor allem in einem falschen Ansatz, der mit dem bereits erwähnten Schlagwort »Industrie 4.0« verbunden sei: Die Digitalisierung der Fabriken reiche aus ihrer Sicht nicht aus, Wettbewerbsvorteile auf Dauer zu sichern. Die Konzentration auf Effizienzvorteile in der Produktion verstelle den Blick auf die »nötigen Innovationen auf der Produktseite, um die Kundenbedürfnisse besser zu befriedigen«.

Mit Beise und Schäfer sind sich Kollmann und Schmidt einig, daß Deutschland gute Chancen habe, aufgrund seiner starken Position in der traditionellen Wirtschaftswelt auch eine führende Rolle in der digitalen Welt zu übernehmen. Doch dafür müßten aus den bisherigen Fehlern die richtigen Schlüsse gezogen werden, wenn verhindert werden soll, daß deutsche Maschinenbauer oder Autohersteller aus der ersten Reihe verdrängt werden. Nach Kollmann und Schmidt wird das zukünftige Wachstum davon abhängen, ob in Deutschland »eine digitale Marktorientierung, eine digitale Wettbewerbsfähigkeit« geschaffen werden kann. Die Leistung dürfe indes nicht am Werkstor enden. Ohne zielgerichtete digitale Standortpolitik werde Deutschland, darüber sind sich viele Fachleute einig, trotz guter Voraussetzungen weiter an Boden verlieren, ja ökonomisch womöglich abgehängt werden.

Die größten Erfolgsaussichten hat Deutschland bei der industriellen Nutzung des Netzes. Hier hätten Europa und allen voran Deutschland durchaus gute Chancen, einen Gutteil des Wachstums zu generieren, wenn die Weichen auch politisch in die richtige Richtung gestellt würden.

Gefordert ist hier insbesondere auch die Politik, deren Antworten auf die digitale Herausforderung bisher unbefriedigend sind. Das beginnt bereits bei dem Umstand, daß die Federführung für die Digitale Agenda auf drei verschiedene Ministerien aufgeteilt ist, nämlich die Ministerien Wirtschaft, Inneres und Verkehr. Es braucht keine tiefeschürfenden Studien, um zu erkennen, daß diese Konstellation alles andere als effizient ist, selbst bei bestem Willen aller Beteiligten. So sieht es zum Beispiel auch der Blog Netzpolitik.org, betrieben von dem Journalisten Markus Beckedahl.

Für eine substantielle Verbesserung werden nach Kollmann und Schmidt derzeit drei Modelle diskutiert, die alle auf eine Bündelung der Zuständigkeiten hinauslaufen. Diese Bündelung hätte auch den Vorteil, daß Deutschland eine »klare und starke digitale Stimme nicht nur innerhalb von Deutschland, sondern auch in Brüssel [habe], wo eine Vielzahl der relevanten Entscheidungen für den »digitalen Binnenmarkt« in Europa

»Wer über den von den USA ausgehenden »digitalen Kolonialismus« spricht, redet indirekt über nichts anderes als über die Spaltung des Westens, die den US-Militarismus vom Euro-Pazifismus trennt. In diesem Szenario ist das Silicon Valley nur eine zivile Außenstelle des Pentagons, so wie auch Hollywood kaum etwas anderes war und ist – auch wenn es andere Werke produziert als Militär-Blockbuster im heroischen Code. Die Vorherrschaft der amerikanischen Datentechnologie verkörpert mehr als bloß eine Nebenfront im amerikanischen Krieg gegen den Rest der Welt: Sie bildet die Schlüsseltechnologie, bei welcher »hard power« und »soft power« direkt ineinander übergehen.«

Peter Sloterdijk: »Die USA führen einen hundertjährigen Krieg – und Europa schaut zu«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Oktober 2015.

anstehen«. Es gäbe dann einen zentralen Ansprechpartner für die einzelnen Bundesländer, bei denen die Koordinierung der Umsetzung stattfinden müsse – zum Beispiel für die Themen Breitbandausbau und Bildung. Auf Landesebene halten die Autoren einen Staatssekretär für Digitales in den jeweiligen Staats- bzw. Senatskanzleien als Strategie- und Organisationsstelle für zielführend.

Beise und Schäfer fordern nicht nur einen Digital-Minister, sondern gleich eine Digital-Regierung, gehe es im »Internet der Dinge« doch nicht bloß um eine »isolierte Branche«, sondern um unser »gesamtes Leben und Arbeiten«.

Ob die Schaffung eines Digitalministeriums oder gar einer Digitalregierung wirklich eine adäquate Antwort auf die Herausforderungen der Digitalisierung ist, darf zumindest bezweifelt werden. Wichtig ist die Schaffung zielführender rechtlicher und vor allem infrastruktureller Rahmenbedingungen, wofür es keiner Digitalregierung bedarf. Die deutsche Wirtschaft beweist jeden Tag, daß sie sehr wohl selbst in der Lage ist, Antworten auf die digitale Herausforderung zu finden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Nirgendwo finden sich im mittelständischen Bereich zum Beispiel so viele »hidden champions« wie in Deutschland. Diese Mittelständler aus den Branchen Maschinenbau, Elektro-, Kfz- oder Medizintechnik bilden neben Konzernen wie Daimler, Siemens oder SAP die Basis des deutschen Wirtschaftserfolges. Weitere Weltmarktführer hat Bernd Venohr in seinem *Lexikon der deutschen Weltmarktführer* zusammengetragen. Deutschland ist in der Kombination von klassischer Ingenieurskunst mit Software nach wie vor führend in der Welt. Zwar gibt es in Deutschland kein »Silicon Valley«, aber es gibt »Hotspots« der Gründerkultur, so im Südwesten, in Berlin oder in München.

Der Unternehmensberater Bernhard Langefeld plädiert im übrigen dafür, den Begriff »digitale Revolution« niedriger zu hängen. »Die meisten sprechen von der digitalen Revolution«, äußerte er gegenüber der *Zeit*. »Aber im Bereich der Fabriken ist es eine Evolution, eine Entwicklung.« In diese Richtung gehen auch die Argumente des Historikers Andreas Rödder, der in einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin *brand eins* »einen weiteren Beschleunigungsschub einer größeren, übergreifenden Entwicklung« ortete, »die spätestens mit den ersten Eisenbahnen des 19. Jahrhunderts einsetzte«; er sieht nicht »den großen Bruch«, sondern »vielfältige Transformationsprozesse«, die vor gut 100 Jahren mit der Elektrifizierung eingesetzt hätten. Diese Schübe werden von Untergangsängsten und Erlösungshoffnungen begleitet. Rödder spricht von einem »Triple A« im Umgang mit technischem Wandel: »Angst, Abwehr und Adaption«. Das liegt in der Natur des Kapitalismus, der eine einzige Abfolge produktiver Zerstörung sei. Zur Beweglichkeit des Kapitalismus gehöre, so Rödder, daß »er auch Antworten auf die von ihm produzierten Probleme zur eigenen Weiterentwicklung nutzen kann«.

Daß diese »produzierten Probleme« noch in einer ganz anderen Richtung liegen könnten, als die Auguren der Digitalisierung suggerieren, versucht der US-Ökonom Robert J. Gordon zu vermitteln. Er glaubt, daß die »Innovationsreserven« der »digitalen Revolution« »nicht die Macht [hätten], bedeutende Produktivkräfte zu entwickeln, wie das Anfang des 20. Jahrhunderts geschah«. In den USA etwa, so Gordon in einem Interview mit *brand eins*, wachse »die Produktivität so langsam wie nie zuvor«. Seit Mitte der 1990er Jahre hätten wir, »abgesehen vom Smartphone, keine großen Sprünge mehr gemacht«.

Womöglich ist der Blick Gordons zu sehr auf den Westen fixiert, spielt sich doch China derzeit auch im Hinblick auf die Digitalisierung mehr und mehr nach vorn; dort geht auch die Digitalisierung deutlich schneller voran als in Europa. China ist bereits Weltmarktführer für Solarzellen, Handys, Mikrochips, Displays oder Drohnen. Die Zeit, in der das Land vor allem als Imitator westlicher Technik in Erscheinung trat, gehören mehr und mehr der Vergangenheit an, wie die große Zahl der angemeldeten Patente zeigt – laut *Frankfurter Rundschau* mehr als eine Million im Jahr 2016 (Deutschland kommt auf etwas mehr als hunderttausend). Mit anderen Worten: Mit dem Hype um die »Nerds« von Silicon Valley als Inbegriff des Fortschritts ist ein gehöriges Maß an Auto-suggestion verbunden. Der Atem der chinesischen Konkurrenz ist nämlich bereits zu spüren. ■

Literaturhinweise:

»Alles schon mal da gewesen«, Andreas Rödder im Interview mit *brand eins*, 7/2016, S. 46–50;

»Der große Sprung«, Robert J. Gordon im Interview mit *brand eins*, 7/2016, S. 72–75;

Marc Beise/Ulrich Schäfer: *Deutschland digital. Unsere Antwort auf Silicon Valley*, Frankfurt a.M. 2016;

Erik Brynjolfsson/Andrew McAfee: *The Second Machine Age: Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird*, Kulmbach 2014;

Clayton M. Christensen: *The Innovator's Dilemma. Warum etablierte Unternehmen den Wettbewerb um bahnbrechende Innovationen verlieren*, München 2011;

Tobias Kollmann/Holger Schmidt: *Deutschland 4.0: Wie die Digitale Transformation gelingt*, Wiesbaden 2016;

Steven Levy: *Google Inside. Wie Google denkt, arbeitet und unser Leben verändert*, Heidelberg, München u.a. 2012;

Dietmar H. Lamparter: »Meister der Nische«, in: *zeit.de* vom 8. Dezember 2016;

Dieter Schnaas: »Schumpeter. Gott der Disruption«, in: *Wirtschaftswoche* 53/2017, S. 12–17;

Joseph A. Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Stuttgart 2005;

Peter Sloterdijk: »Die USA führen einen hundertjährigen Krieg – und Europa schaut zu«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Oktober 2015.

Die Faszination des Marxschen Denkens

von Lothar Fritze

Nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus schien es offensichtlich, daß die Ideen und das Werk von Karl Marx ein für allemal Geschichte geworden seien. Wer das glaubte, dürfte sich mittlerweile getäuscht sehen: Marx wird in den letzten Jahren wieder verstärkt rezipiert.

Einerseits war die Annahme nicht abwegig, daß mit einem Siegeszug des Kapitalismus die Marxsche Theorie zukünftig auf ein geringeres Interesse stoßen wird, andererseits war sie von vornherein gewagt. Zum einen nämlich gehen »Großideologien« – Ideensysteme, die eine fundamentale Denkmöglichkeit innerhalb eines Gegenstandsbereichs formulieren – nie völlig unter. Zum anderen beruhte die Annahme, Marx sei für immer tot, auf einem Mißverständnis: Marx war nicht primär Theoretiker des Sozialismus bzw. Kommunismus, sondern zuallererst Analytiker des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Es besteht also tatsächlich Grund, zu fragen: Was eigentlich macht für viele, die sich mit ökonomischen und sozialen Fragen beschäftigen, die Faszination des Marxschen Denkens aus?

Sieht man vom »jungen Marx« ab, hat der Schöpfer des Marxismus im Grunde genommen – freilich ist dies eine Vereinfachung – nur zwei Themen traktiert: Zum einen wollte er, wie er im Vorwort des ersten Bandes des *Kapitals* schrieb, das »ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft« enthüllen, und zum anderen wollte er, wie ihm Engels am Grabe zugute hielt, das »Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte« entdecken. Allerdings mündete die Bearbeitung beider Themenkreise in Spekulationen über eine zukünftige Gesellschaft – eine Gesellschaft, in welcher der gesellschaftliche Zusammenhang nicht mehr marktförmig hergestellt werden würde und die institutionellen Voraussetzungen für Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beseitigt wären. Zugleich bezogen sich die Spekulationen von Marx darauf, auf welchem Wege die kommunistische Zukunftsgesellschaft zu erreichen sei – nämlich mittels einer (notfalls) gewaltsamen Revolution, in der die Klasse des Proletariats die Klassenherrschaft der Bourgeoisie beendet.

Zu vermuten ist Folgendes: Die Faszination, die vom Marxschen Werk heute ausgeht, entspringt – jedenfalls zum großen Teil – aus den von Marx vorgelegten Problembeschreibungen sowie aus seinen Problemanalysen. Sie entspringt nicht – oder jedenfalls nicht direkt – aus den prognostizierten Problemlösungen. Sämtliche Versuche, die Marxschen Gesellschaftsvisionen in die Praxis umzusetzen, waren mit sozialen Katastrophen, teilweise mit Massenmorden, verbunden und haben zu Desillusionierungen unter seiner Anhängerschaft geführt. Dies heißt jedoch nicht, daß kommunistische Ideen komplett ausgestorben wären. Insofern wirkt Marx nach wie vor auch mit seinen Visionen, insbesondere mit seinen Gerechtigkeitsideen.

I.

Auch wenn es zum Verständnis der zeitgenössischen Ökonomien des Westens nicht der Marxlektüre bedarf: Ein wesentlicher Grund, weshalb die Marxsche Kapitalismusanalyse auch heute noch auf Interesse stößt, dürfte die Art der Probleme betreffen, die Marx umtrieben. Marx interessierte sich für nicht vorausgesehene und gesellschaftlich unerwünschte Nebenwirkungen des individuellen Handelns sowie für Rückwirkungen der gesellschaftlichen Verhältnisse auf das Denken und Handeln der Individuen. Es sind drei inhaltliche Probleme, auf die er sich in besonderer Weise konzentrierte.

Erstens ist dies das Problem der sozialen Gerechtigkeit bzw. der »sozialen Frage«. Zum Ende des Kalten Krieges konnte es zumindest in den kapitalistischen Kernländern Europas scheinen, daß ein sozialstaatlich gebändigter Kapitalismus in der Lage ist, die Probleme, für die sich Marxisten interessieren, so zu entschärfen, daß sie ihre Relevanz, insbesondere ihre soziale Sprengkraft verlieren. Mittlerweile aber ist die soziale Frage in die Länder des Kapitalismus zurückgekehrt. Dies scheint eine unvermeidbare Nebenwirkung der Globalisierung zu sein, welche die Tendenz einer weltweiten Angleichung der Löhne impliziert. Wir erleben heute nicht nur eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, sondern wir erleben, daß zumindest ein Teil der Armen tatsächlich ärmer wird.

Zweitens interessierte sich Marx für Probleme der individuellen Freiheit. *Zum einen* hat er das Augenmerk auf die Tatsache gelegt, daß die kapitalistische Produktionsform offenbar Menschen zu ihrer Voraussetzung hat, die, weil sie selbst über kein Produktivvermögen verfügen, ökonomisch gezwungen sind, ihre Arbeitskraft einem Eigentümer von Produktionsmitteln zu dessen Verfügung anzubieten. Dadurch aber entstehen persönliche Abhängigkeitsverhältnisse und neuartige Formen menschlicher Unfreiheit. *Zum anderen* hat Marx auf die problematischen Konsequenzen einer sich vertiefenden Arbeitsteilung hingewiesen. Er hat gezeigt, wie Arbeiter, gleichsam an eine Maschine gekettet, gezwungen sind, einfachste Handgriffe zu verrichten und ausschließlich ein »Detailgeschick«, wie Marx formulierte, »treibhausmäßig« zu fördern. Indem aber der Mensch daran gehindert wird, zu werden, was er seinem Menschsein entsprechend sein könnte, entfremdet er sich von sich selbst und seiner Gattung.

Drittens war Marx fixiert auf das Problem der »inneren Widersprüchlichkeit« des Kapitalismus. Für ihn waren Wirtschaftskrisen ein Resultat der marktwirtschaftlichen Anarchie, also der gesamtgesellschaftlichen Ungeplantheit des Reproduktionsprozesses. Er bestritt eine umfassende Selbstregulationsfähigkeit von Märkten und erklärte den Markt als Signal- und Koordinierungssystem für unzureichend, um Wohlstand für alle hervorzubringen.

Marx hat aber nicht nur bestehende Problemlagen beschrieben und analysiert, sondern, *zum einen*, versucht, zu zeigen, daß ein kapitalistisch organisiertes Wirtschaftssystem Krisen, soziale Verwerfungen und Widersprüche, insbesondere die gleichzeitige Existenz von Überproduktion, Unterbeschäftigung und Unterkonsumtion, notwendigerweise aus sich heraus generiert und reproduziert. Egal welche gesetzlichen Rahmenbedingungen eine Regierung schafft (Arbeitsschutzbestimmungen, Mindestlöhne, Zwangsversicherungen), egal welche Institutionen erfunden werden (Gewerkschaften, Kartellbehörden) – die Widersprüche des Kapitalismus sind, so Marx, nicht prinzipiell lösbar. Eine kapitalistische Gesellschaft wird zudem immer, so war Marx überzeugt, eine teils brutale, teils subtile Form der Knechtschaft bleiben.

Zum anderen behauptete Marx, daß eine kapitalistische Wirtschaft auf die von ihr produzierten unerwünschten Nebenwirkungen nur mit Mitteln reagieren kann, die die Probleme in verschärfter Form reproduzieren. Marxens wissenschaftlicher Ehrgeiz war darauf gerichtet, einen theoretischen Beweis für diese Verschärfungsthese vorzulegen – also einen ökonomischen Mechanismus namhaft zu machen, der gleichsam dafür sorgt, daß diese Produktionsform notwendigerweise ihre eigenen Voraussetzungen untergräbt, deshalb instabil wird und letztlich der revolutionären Überwindung anheimfällt. Alle seine Ansätze jedoch, eine Art ökonomischen »Zusammenbruchmechanismus« aufzudecken, müssen als gescheitert gelten. Marx ist es nicht gelungen, den Beweis anzutreten,

»Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. [...] Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben [...]. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.«

Karl Marx/Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Berlin 1974, Bd. 4, S. 473.

»Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß. Das Gesetz endlich, welches die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, [...] bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, [...].«

Karl Marx: *Das Kapital. Erster Band*, in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Berlin 1973, Bd. 23, S. 675.

»Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.«

Karl Marx/Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Berlin 1974, Bd. 4, S. 468.

»Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. [...] Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit [...].«

Karl Marx: *Das Kapital. Dritter Band*, in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Berlin 1973, Bd. 25, S. 828.

daß eine kapitalistische Wirtschaft aus systemimmanenten Gründen ihre eigene Existenzbedingung, nämlich die Möglichkeit der Mehrwert- bzw. Profitproduktion, zerstören muß und dabei zugleich Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse erzeugt, die unweigerlich in eine soziale Revolution münden.

II.

In seinen zivilisationstheoretischen Überlegungen folgte Marx einem Menschenbild wie wir es in der klassischen deutschen Philosophie und speziell bei Immanuel Kant finden. Kant stellte sich den Menschen als ein autonomes Wesen vor – und zwar nicht nur als ein Wesen, das sich individuelle Ziele setzen kann, sondern als ein Wesen, das prinzipiell in der Lage ist, die Regeln seines Handelns selbst zu entwerfen, diese Regeln an Maßstäben der Vernunft zu prüfen und seinen Willen auf der Grundlage einer solchen vernünftigen Einsicht selbst zu bestimmen, als ein Wesen also, das wollen kann, was es vernünftigerweise tun soll.

Gemessen an dieser Vorstellung erscheint eine kapitalistische Gesellschaft in doppelter Hinsicht defizitär. *Zum einen* sind Lohnarbeiter in Ermangelung eigener Produktionsmittel gezwungen, sich einem anderen Menschen anzudienen und sich – zwar formal freiwillig, aber eben notgedrungenermaßen – dessen Führung zu unterstellen. *Zum anderen* sind Marktwirtschaften durch das Phänomen der »Anarchie der gesellschaftlichen Produktion« charakterisiert. Indem der gesellschaftliche Zusammenhang nicht planmäßig, sondern über Austauschprozesse auf dem Markt hergestellt wird, entscheiden maßgeblich Zwänge des Marktes, welche Produkte auf welche Weise hergestellt werden. Der Markt entfaltet zudem eine bedürfnisgenerierende Wirkung und entscheidet damit wesentlich, wieviel Arbeits- und Lebenszeit für die Herstellung von Gütern aufgewendet wird. Das, was wir die gesellschaftliche Entwicklung nennen, ist zwar das Resultat des Wollens und des Handelns der Individuen, dieses Resultat ist aber als Ganzes nicht vorausgesehen und möglicherweise auch nicht gewollt.

Die menschliche Gesellschaft als ganze erscheint in dieser Blickeinstellung wie ein vernunftloses Tier. Sie ist nicht in der Lage, ihren eigenen Fortschritt an Maßstäben der Vernunft und damit auch der Humanität bewußt auszurichten. In einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft ist es nicht nur dem Individuum verwehrt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, auch die Gesellschaft vermag es nicht, ihren Entwicklungsprozeß auf der Basis einer vernünftigen Einsicht zu steuern.

Mit dieser Analyse übertrug Marx das Ideal von Autonomie, das Ideal von Freiheit und Selbstbestimmung, auf die Ebene der Gesellschaft. Er war überzeugt, daß der Kapitalismus nicht die zivilisatorische Endstufe der menschlichen Gesellschaft sein kann. Solange die Gesellschaft ihren eigenen Reproduktionsprozeß nicht nach selbst gesetzten Zielen rational steuert, hat sich die Menschheit noch nicht wirklich aus dem Tierreich gelöst.

Marx hat mit seiner Kritik an der Anarchie der gesellschaftlichen Produktion die Frage aufgeworfen, inwieweit die zukünftige Entwicklung der Menschheit überhaupt von ihr selbst willentlich beeinflußt wird. Seine Vision, daß der Zivilisationsprozeß einem vernunftlosen Selbstlauf entrissen werden könnte und der Mensch selbst als ein Vernunftwesen über seine Geschicke bestimmt, dürfte einen Großteil der von vielen empfundenen Faszination des marxistischen Denkens ausmachen.

Wie aber kann die Menschheit den Sprung in das »Reich der Freiheit« vollziehen? Marxens Antwort war einfach: Voraussetzung dafür ist die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise. Solange private Einzelne (Unternehmer) entscheiden, was und wie produziert wird, kann die Menschheit ihren eigenen »Stoffwechsel mit der Natur«, so die Formulierung von Marx, nicht bewußt und planmäßig gestalten. Dies wird erst möglich, wenn die Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft überführt sind.

Die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist damit sowohl die Voraussetzung dafür, daß die Menschheit ihre zivilisatorische Weiterentwicklung selbst gestalten kann, als auch die Voraussetzung für den Übergang zur kommunistischen Zukunftsgesellschaft.

III.

Das entscheidende Merkmal der kommunistischen Zukunftsgesellschaft ist ihre Klassenlosigkeit. »Klassenlos« heißt: Alle Mitglieder haben dieselbe Stellung zu den Produktionsmitteln. Die Klassenspaltung der kapitalistischen Gesellschaft in Eigentümer an Produktionsmitteln und Nichteigentümern (Proletariern) ist aufgehoben.

Die Marxsche Zukunftsgesellschaft ist weitgehend negativ bestimmt. Was sie ist, ergibt sich aus der Negation der kapitalistischen Gesellschaft. Dementsprechend ist über die kommunistische Gesellschaft wenig bekannt. Die wesentlichsten Bestimmungen sind: (1) Die kommunistische Gesellschaft ist anti-kapitalistisch. D.h.: An die Stelle des Privateigentums an Produktionsmitteln tritt das gesellschaftliche Eigentum. (2) Die indirekte Vernunft des Marktes wird ersetzt durch die direkte Vernunft der gemeinschaftlich handelnden Menschen. D.h.: An die Stelle der Marktwirtschaft tritt die Planwirtschaft. (3) Die kommunistische Gesellschaft wird Weltgesellschaft sein. D.h.: An die Stelle der Nationalstaaten tritt die kommunistisch geeinte Menschheit. (4) In der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft sind mit den Klassen auch unterschiedliche Klasseninteressen beseitigt, so daß die Ausübung von staatlicher Repression funktionslos geworden ist, der Staat damit seinen Herrschaftscharakter verliert und abstirbt. D.h.: An die Stelle der Herrschaft über Menschen tritt die Verwaltung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens und die Leitung von Produktionsprozessen.

»Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die andern beruht.

In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen.«

Karl Marx/Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Berlin 1974, Bd. 4, S. 475.



Über die institutionelle Ausgestaltung der kommunistischen Gesellschaft ist hingegen so gut wie nichts bekannt. Wie genau ist das kommunistische Eigentum beschaffen? Wer hat die Verfügungsgewalt über das Eigentum? Wie und durch wen soll ein gesamtgesellschaftlicher Plan erstellt werden? Wie ist die Verwaltung organisiert und welche Befugnisse hat sie? Wer hat die Kompetenz, gesellschaftliche Regeln zu erlassen? Und wer hat die Kompetenz, Kompetenzen zuzuweisen? Allgemein kann man festhalten: Marx hat die Schwierigkeiten der Planung sowie

der Konsensbildung unterschätzt und das Institutionenproblem, also die Notwendigkeit einer Verwaltungsorganisation und eines Rechtssystems, die dem Bürger immer auch als fremde Mächte entgegentreten, weitgehend ausgeblendet.

Die Aussagen von Marx (und ebenso von Engels) über die sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft sind außerordentlich vage. Einerseits war dies durchaus gewollt, weil man den Entscheidungen der dann lebenden Menschen nicht vorgreifen wollte. Andererseits aber hat Marx diese Zurückhaltung in einer nicht unwesentlichen Hinsicht aufgegeben. In der *Kritik des Gothaer Programms* aus dem Jahre 1875 – einem Rundschreiben an deutsche Sozialdemokraten – unterzog er den Programmentwurf der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands einer scharfen Kritik. In dieser Stellungnahme kam er auch auf das *Verteilungsprinzip* in der kommunistischen Gesellschaft zu sprechen.

Dieses Changieren ist nur auf den ersten Blick inkonsistent: Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts sind immer auch Gerechtigkeitsfragen. Die in einer Gesellschaft herrschenden Gerechtigkeitsprinzipien sind jedoch nach Marx nicht das Resultat normativer Setzungen, sondern entspringen der sozialökonomischen Struktur der Gesellschaft. Was in der einen Gesellschaft gerecht ist, kann in einer konstitutionell anderen ungerecht sein. Weil also jede Gesellschaft ihre spezifische Verteilungsgerechtigkeit erzeugt, konnte Marx – so dachte er jedenfalls – auch Aussagen über das in einer kommunistischen Gesellschaft geltende Verteilungsprinzip treffen.

Zunächst aber unterschied er zwischen zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation: In der *ersten*, der sozialistischen Phase herrscht noch das Leistungsprinzip. Die Konsumtionsmittel werden nach der Leistung verteilt, die der Einzelne bei der Produktion dieser Mittel erbracht hat. Nun sind aber die Menschen ungleich: hinsichtlich ihrer biologischen Ausstattung und der daraus erwachsenden Befähigungen, hinsichtlich sozial relevanter Merkmale (Alter, Geschlecht, Familienstand, Anzahl der Kinder, familiäre Lebenssituation), hinsichtlich ihrer Charaktereigenschaften, ihrer Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Wenn jedoch ungleiche Menschen an einem und demselben Maßstab gemessen werden, wird eine Vergütung nach der Arbeitsleistung zu sozialen Unterschieden führen. Die Individuen werden materiell ungleich gestellt. Dieses Gerechtigkeitsprinzip, so Marx, erkenne die Ungleichheiten der Individuen als »natürliche Privilegien« an. Und gerade dies hielt er für einen zu überwindenden Mißstand.

In der *zweiten* Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation wird ein anderes Verteilungsprinzip – und damit ein anderes Gerechtigkeitsprinzip – herrschen. Das kommunistische Verteilungsprinzip lautet: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!« Verteilt wird also nach den jeweiligen Bedürfnissen. Die Möglichkeit einer solchen Verteilung ist jedoch an Voraussetzungen gebunden: einen größeren gesellschaftlichen Reichtum und eine veränderte Bedürfnisstruktur. Zu fragen ist allerdings, ob das kommunistische Verteilungsprinzip den kommunistischen Produktionsverhältnissen tatsächlich »als natürliche Konsequenz« entspringt. Nun ist aber das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln – das zeigt die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft – auch mit dem Leistungsprinzip vereinbar, woran allein höher entwickelte Produktivkräfte nichts ändern. Dies läßt nur den Schluß zu, daß Marx die Existenz des von ihm behaupteten Zusammenhangs nicht bewiesen hat. Vielmehr tritt in der Argumentation von Marx unter der Hand eine *normative Annahme*, eine nicht abgeleitete moralische Intuition, hinzu. Diese moralische Intuition, die der Propagierung des kommunistischen Verteilungsprinzips zugrunde liegt, ist etwa folgende: Weder Zufälle oder unterschiedliche Begabungen, noch falsche individuelle Entscheidungen oder unterschiedliche Lebenslagen dürfen sich auf das, was dem Einzelnen zum Leben zur Verfügung steht, auswirken. Es gilt: Die ungleichen Individuen sollen im Resultat gleichgestellt sein.

Der Kommunismus impliziert mithin ein egalitäres Gerechtigkeitsprinzip. Damit hat Marx – jedenfalls für den Bereich des materiellen Lebens – gerade keine Chancengleichheit gefordert. Chancengleichheit für ungleiche Menschen schlägt sich nieder in Unterschieden zwischen Arm und Reich. Das kommunistische Verteilungsprinzip soll diese Ergebnis-

»Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. [...] Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.

Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist.«

Karl Marx: »Kritik des Gothaer Programms«, in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Berlin 1982, Bd. 19, S. 21.

»In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, [...] nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!«

Karl Marx: »Kritik des Gothaer Programms«, in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Berlin 1982, Bd. 19, S. 21.

unterschiede ausgleichen. Für die Verteilung der materiellen Güter darf der persönliche Beitrag, das individuelle Verdienst, keine Rolle spielen.

Dem kommunistischen Verteilungsprinzip liegt damit nicht nur eine *moralische*, sondern auch eine *metaphysische* Intuition zugrunde – die implizite Annahme nämlich, daß der Einzelne für seine Entscheidungen und sein Handeln nicht verantwortlich ist und es deshalb nicht gerechtfertigt wäre, wenn er die daraus resultierenden Folgen zu tragen hätte. Damit aber wird das Menschenbild, das für die Marxschen zivilisations-theoretischen Überlegungen maßgeblich war, aufgekündigt. Wenn der Einzelne nichts dafür kann, daß er sich gehen läßt, statt sich anzustrengen, wenn es nicht in seiner Macht steht, daß er sein Geld verpraßt, statt es zu sparen oder zu investieren, dann ist es ungerecht, wenn ihm daraus Nachteile erwachsen. Das kommunistische Verteilungsprinzip zielt auf die Kompensation aller Ungleichheiten ab, die durch individuelle Dispositionen, Zufälle, Widerfahrnisse, die durch Erbschaft oder persönliches Handeln und Unterlassen entstehen.

Ein Großteil der Faszination, die von Marx ausgeht, beruht auf dem Glauben, er habe gezeigt, daß sich die Menschheit von sich heraus auf einen Gesellschaftszustand zubewegt, in dem alle Menschen gleichgestellt sind – in dem es allen materiell gleich gut geht und jeder seine Persönlichkeit gleichermaßen entfalten kann. »Kommunistisch« in ihren Intentionen – so könnte man formulieren – ist jede politische Bewegung, die nicht nur eine Gleichberechtigung aller Menschen propagiert oder prognostiziert, sondern ihre Gleichstellung.

Es erscheint sinnvoll, den Kommunismus nicht nur von seinen sozialökonomischen Grundlagen her zu denken. Von daher wäre »Kommunismus« gleichbedeutend mit der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln. In einem ideologiekritischen Sinne ist es notwendig, den Kommunismus auch von seinen normativen Annahmen und Zielen her zu denken. Marx glaubte zwar, empirische Sozialwissenschaft zu betreiben und auf dieser Basis gesellschaftliche Entwicklungsgesetze zu erkennen, tatsächlich aber pflegte er darüber hinaus ganz bestimmte Vorabvorstellungen von der sich (angeblich) herausbildenden und gleichzeitig anzustrebenden Zukunftsgesellschaft. Diese Mehrdeutigkeit seiner Geschichtsphilosophie läßt es ratsam erscheinen, die dem marxistischen Denken zugrunde liegende normative Idee zu identifizieren. Und entsprechend dieser Idee ist festzuhalten: »Kommunistisch« sind alle sozialen Bestrebungen, die darauf abzielen, alle Menschen der Welt unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem persönlichen Beitrag zu sozial Gleichen, zu Gleichgestellten zu machen.

Die kommunistische Idee lebt in allen derartigen Bestrebungen fort. Die Gesellschaft, ja die gesamte Menschheit, soll so werden wie eine große friedliche Familie, in der alle dieselben Rechte haben und sozial völlig gleichgestellt sind, und in der das Glück unter allen gleichverteilt ist. In einer solchen Gesellschaft würden die Interessen aller Menschen gleichermaßen berücksichtigt, und darüber hinaus wäre jeder Einzelne aufgefordert, die Interessen jedes anderen so zu berücksichtigen, als wären es seine eigenen Interessen.

Die Interessen aller Menschen so zu berücksichtigen, als wären es die eigenen, ist eine der zentralen Ideen des Kommunismus und zugleich die Kernidee des moralischen Universalismus. Besser- oder Schlechterstellungen von Menschen, die sich durch rationale Gründe nicht rechtfertigen lassen, gelten als ungerecht und müssen beendet werden.

Das heißt nun nicht, daß, wer für mehr Umverteilung oder höhere Erbschaftssteuern plädiert, den Kommunismus einführen will. Es heißt auch nicht, daß jeder Einsatz für soziale Gerechtigkeit der kommunistischen Idee entspringt oder nur auf ihrer Grundlage zu rechtfertigen ist. Zu betonen ist aber, daß moralisch universalistische Bestrebungen in einer weitgehend unreflektierten Form auch in den westlichen Gesellschaften vorzufinden sind – beispielsweise in der Forderung nach einer weltweiten unbeschränkten Niederlassungsfreiheit.

Üblicherweise wird der Kommunismus vor allem deshalb kritisiert, weil er in totalitäre Diktaturen mündete und diese Diktaturen gewaltige Verbrechen begangen haben. Die zugrundeliegenden zivilisatorischen und moralischen Ideen werden hingegen von vielen für »gar nicht so schlecht« gehalten. Auch diese Ideen haben sich aber der Kritik zu stellen. ■

»[...] von natürlicher Gerechtigkeit hier zu reden, ist Unsinn. Die Gerechtigkeit der Transaktionen, die zwischen den Produktionsagenten vorgehen, beruht darauf, daß diese Transaktionen aus den Produktionsverhältnissen als natürliche Konsequenz entspringen. [...] Dieser Inhalt [der ökonomischen Transaktionen – L.F.] ist gerecht, sobald er der Produktionsweise entspricht, ihr adäquat ist. Er ist ungerecht, sobald er ihr widerspricht. Sklaverei, auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise, ist ungerecht; ebenso der Betrug auf die Qualität der Ware.«

Karl Marx: *Das Kapital. Dritter Band*, in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Berlin 1973, Bd. 25, S. 351f.

Marx und die Folgen – kleine Bücherschau

von Benedikt Kaiser

Der 200. Geburtstag von Karl Marx wird im Mai 2018 begangen. Mit einer Bücherflut zu Leben und Werk des Philosophen ist zu rechnen. Bereits jetzt liegen Bücher vor, die sich mit den Auswirkungen des Marxschen Œuvre beschäftigen oder sich gar an einer integralen Biographie versuchen.

Hervorzuheben ist zunächst eine Studie Jürgen Neffes (*Marx. Der Unvollendete*, München 2017, 656 S., 28 €). Der promovierte Naturwissenschaftler und studierte Philosoph sieht sich einer »Rückkehr zum vorbehaltlosen Umgang mit Marx und seinem Werk« verpflichtet; die später zusammengeschusterte, dogmatische Ideologie namens Marxismus sei nicht im Sinne des Meisterdenkers gewesen. Das populärwissenschaftlich verfaßte Buch kennt Stärken und Schwächen: Der streckenweise krampfhaft jovialen und umgangssprachlichen Ton stört. Daß die Marxsche fundamentale Scheidung in »Über«- und »Unterbau« in allgemeinverständlicher Form erläutert wird, versteht sich – gemessen an dem Anspruch, ein Marx-Porträt für eine breite Öffentlichkeit vorzulegen – von selbst. Aber muß man den Überbau – die herrschenden Vorstellungen einer Gesellschaftsordnung – wirklich als »Chefetage im Penthouse« darlegen? Muß man die vom Autor kenntnisreich untermauerte geistige Flexibilität, die Marx von seinen auf ihn folgenden Vereinfachern so stark separiert, wirklich mit einem »schönen Gruß an die späteren sozialistischen Machthaber« enden lassen? Auch die Rede von dem »Kreativteam Marx & Engels« oder von einem Analytischen, der »den eigenen Schuß nicht gehört« hat, läßt die Lektüre stellenweise zu einer irritierenden Angelegenheit werden. Aber, und das ist die gute Nachricht für alle Leser, die in der Sturzflut des Gedruckten eine empfehlenswerte, aktuelle Marx-Gesamtdarstellung suchen: Es bleibt bei diesen kleinen Abzügen in der Endwertung. Ansonsten ist die Darstellung Neffes nämlich überaus gelungen. Der preisgekrönte Publizist versucht mit Erfolg, das vielfältige Werk Marxs (und Engels') im Kontext seiner spezifischen Epoche und konkreten Wirkungssphäre zu beschreiben und zusammenzufassen. Das alleine hätte indes keinen Neuigkeitswert; darstellende und erklärende Marx-Biographien gibt es einige.

Eine Stärke Neffes ist die gegenwartsorientierte Herangehensweise. Bei verschiedenen Aspekten wählt er aktuelle Beispiele und Vergleichsparameter, ohne dabei krampfhaft bemüht zu wirken. Die Marxsche Religionskritik wird beispielsweise nicht nur untersucht, sondern auch mit Houellebecqs *Unterwerfung* zusammengedacht, und die heute wieder reüssierenden Fabel vom »schlanken Staat« kritisch unter die Lupe genommen. Sie wird als das gekennzeichnet, was sie ist: die Hoffnung privatwirtschaftlicher Akteure auf neue Anlagemöglichkeiten, die fortschreitende Kommodifizierung des Alltags. Lesenswert auch, wie Neffe das »Maschinenfragment« Marx' unter heutigen Bedingungen der Digitalisierung liest und interpretiert. Stets erweist sich der Autor als kluger Beobachter seiner Zeit. Die treibende Kraft menschlicher Geschichte, wußte Marx, ist die Entwicklung neuer Produktionsmethoden, die wiederum Lebens-, Arbeits- und Denkverhältnisse umkrepeln. In diesem Sinne liest sich Jürgen Neffes Betrachtung von Phänomenen wie der *Sharing economy* und dem Internet als »Macht der Maschine selbst« ebenso gewinnbringend wie zaghafte Diskussionsanstöße zu den durch die Macht der Algorithmen entstehenden zukünftigen Handlungsoptionen (»marktorientierte Planwirtschaft« bzw. »geplante Marktwirtschaft«).

Jürgen Neffe ist somit eine Marx-Biographie gelungen, die aufgrund ihrer gelungenen Verschränkung mit zeitgenössischen Prozessen für jeden Leser empfehlenswert ist – einerlei ob er bereits Porträts des bärtigen Trierers in seiner Bibliothek weiß oder sich erstmals an die Materie Marx heranwagt.

Selbiges läßt sich von Thomas Steinfelds Essaysammlung *Herr der Gespenster. Die Gedanken des Karl Marx* (München 2017, 288 S., 24 €) nicht sagen. Steinfeld leitet sein Buch zwar ebenfalls mit dem Anspruch ein, bei der Darstellung essentieller Marx-Denk motive stets den Blick in die Gegenwart zu werfen. Nur: Neffe leistet dies gescheiter und weniger elaboriert. Steinfeld, der als Feuilletonkorrespondent der *Süddeutschen Zeitung* in Venedig lebt, schreibt dabei nichts sachlich Falsches. Allein, es fehlt der Neuigkeitswert, das Originelle, mithin aus-

gerechnet dasjenige, das vorliegen sollte, damit man die Notwendigkeit verspürt, noch ein Buch zu Marx oder zu der von ihm erarbeiteten Theorie in die Sammlung aufzunehmen.

Lesenswert ist Steinfeld zweifellos dann, wenn er seine eigene Vorliebe zur Literaturgeschichte kenntnisreich mit Marxens Wirkungsgeschichte verweben kann. Geschmälert wird diese Stärke allerdings wiederum durch Lücken in der Rezeptionsgeschichte: Denn auch wenn es einleuchtend erscheint, daß man wie Steinfeld keine große Begeisterung ob der bisweilen esoterisch anmutenden Marx-Philologie um Intellektuelle wie Moishe Postone oder Robert Kurz entwickelt. So bleibt es doch zumindest kritikwürdig, wie man einen Essay über den Fetischcharakter der Ware formulieren kann, ohne etwa

gliedert sich nicht in einzelne Kapitel zu den jeweiligen Autoren wie dies viele klassische Sammelbände handhaben. Morina schreibt die gemeinsame Geschichte der neun Marxisten vielmehr in drei Etappen: Sozialisation, Politisierung, Engagement. Immer im Fokus steht die Rezeption des Marxschen Opus, der Zugang zu ihm, die unterschiedlichen Lektüreerfahrungen, der Versuch schließlich, diese Eindrücke vereinfacht politischen Gruppen als Lehrmaterial weiterzugeben. Lenin schuf hierfür den durchaus treffenden Begriff »Marxpopularen«. Alle Porträtierten waren in diesem Sinne ideal geeignet: Morina zeichnet u. a. die Bildungswege nach, die von erstaunlichen Leistungen geprägt waren; keiner der neun Köpfe sprach zudem weniger als vier Sprachen. Das



Wolfgang Fritz Haugs bleibende Analysen (*Kritik der Warenästhetik*, zuletzt Frankfurt a.M. 2009) auch nur *en passant* miteinzubeziehen.

Stauend läßt einen hingegen Christina Morinas Neuerscheinung (*Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte*, München 2017, 592 S., 25 €) zurück. Stauend, weil dieses Buch aus ihrer Habilitationsschrift geformt wurde und sich dabei doch so flüssig wie ein spannender Roman lesen läßt.

Aktualisierung der Marxschen Gedanken durch Relektüre anhand gegenwärtiger Bedingungen – das ist nicht das Anliegen der ostdeutschen Forscherin. Morina geht es um Historisierung, um die Suche nach dem Ursprung der marxistischen Ideologie entlang erfahrungsgeschichtlicher Perspektiven. Als Herangehensweise wählt sie die werkbiographische Darstellung von neun Denkern, die direkt nach Marx und Engels daran arbeiteten, aus deren epochalem Werk eine Weltanschauung für die Arbeiterbewegung zu gestalten. Das Gruppenporträt umfaßt Karl Kautsky und Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg und Victor Adler, Jean Jaurès und Jules Guesde sowie die Russen Georgi W. Plechanow, Peter B. Struwe und Wladimir I. Lenin. Diese Gründergeneration porträtiert die Autorin als Gruppe. Das heißt: Das Buch

lag natürlich auch daran, daß alle – in unterschiedlicher Abstufung – durchaus bürgerliche Lebensstile pflegten und Familien entstammten, die für entsprechende Bildungswege sorgen konnten.

Ein anderer Aspekt, der von Morina hervorragend akzentuiert wird, ist die These, wonach es sich bei der Entdeckung des Proletariats als universeller Kategorie durch und mit Marx um eine Denkfigur handelt, die man – mit einem variierten Benedict Anderson – als »imagined community«, als ideologisch konstruierte Gemeinschaft, bezeichnen könnte. Die marxistischen Intellektuellen lebten bisweilen in einer eigenen Sphäre des Exils und der Gruppendynamik, wo ihr an Marx geschulter Anspruch, immer konkret den Menschen und die ihn umgebenden Verhältnisse zu analysieren, häufig der ideologischen Projektion weichen mußte – mit allen mittel- und langfristigen Folgen für die entstehende marxistische Ideologie, die Christina Morina bei ihrer »Erfindung« begleitet. Sie legt damit nicht nur ein Gruppenporträt urmarxistischer Denker vor, sondern schreibt zugleich auch die Mentalitäts- und Kulturgeschichte einer ganzen Generation als Entwicklungsroman. Ideengeschichte *par excellence* ist dieses Werk ohnehin. ■

Kettensägen und Messer

Helen Smith: *Männerstreik. Warum das starke Geschlecht auf Bindung und Kinder verzichtet. Mit einem Essay von Thomas Hoof, Lüdinghausen/Berlin 2017. 312 S., 29,80 €*

Eine Frau – Frau Dr. immerhin, forensische Psychologin – hat ein Buch geschrieben. Ein knappes Viertel des Inhalts ist aber einem Mann, Thomas Hoof, aus der Feder geflossen, nämlich in Gestalt eines angehängten Essays mit dem bedröhten Titel »Der Fischer und seine Frau sind jetzt getrennte Leute«. Beide Texte tragen zur Geschlechterdebatte bei. Überläßt er, Hoof, ihr, Smith den Vortritt und hängt sich bescheiden dran? Nehmen wir stattdessen dieses blöde Sprichwort: Ein Mann – ein Wort, eine Frau – ein Wörterbuch. Was für eine gemeine Zote! Übertragen auf *Männerstreik*: Er läßt sie plaudern, um dem verschnörkelten Lamento dann eine Pointe zu geben und ein paar Botschaften in Stein zu meißeln, Motto: Bitte nach Ihnen. Frau Dr. Smith (sie schaut aus wie Andie MacDowell, ist mithin so hübsch, wie Antifeministinnen zu sein pflegen) ist in Ordnung. »Wenn Sie ein Waschlappen sind, dann ist dieses Buch nichts für Sie.« Dieser Erstsatz darf als *pars pro toto* gelten! Smith legt sich redlich ins Zeug für die Sache der Männer, die es wahrlich nicht leicht haben heute. Sie leisten viel und werden dennoch mißachtet und unter den Pantoffel gestellt. Es gibt vergewaltigte Männer (»Samenraub«) und solche, die sich gar ums Leben bringen, weil sie in dieser männerfeindlichen Welt (Scheidungskrieg, Kindesentzug, Diffamierung) keinen Stich mehr machen konnten. »Männer nehmen sich das Le-



ben, damit man ihnen Gehör schenkt, doch niemand hört zu«, klagt Dr. Smith. Und: Nur noch wenige Männer fänden sich in leitenden Funktionen, die »bilden in vielen Bereichen des amerikanischen Lebens eine Minderheit.« Aus all diesen Gründen verweigerten sie sich zunehmend. In den USA scheint der »Heiratsstreik« ein großes Thema zu sein, ein Punkt, der hierzulande unter »ferner liefen« subsumiert wird. Die Autorin führt Alltagsgespräche auf der Straße und im Netz, sie fördert dabei nichts zutage, was nicht schon (hier wie drüben) x-fach beklagt wurde; die besten Passagen sind darum Fremdzitate. Hoof läßt seine Autorin streuen und umständlich ausholen, um selbst zum großen Schlag auszuholen: Sein siebzigseitiger Essay zählt zum krassesten, was je zum Thema Sexus/Gender geschrieben wurde. Leitmotto: Sämtliche erwähnenswerten technischen, wissenschaftlichen, philosophischen, literarischen und musikalischen Leistungen der Menschheitsgeschichte haben Männer bewerkstelligt. Ist das misogyn? Ja, schon. Ist es wahr? Meistens. Hoof läßt seine *tour de force* durch den Feminismus im 19. Jahrhundert beginnen: Es gab eine »alteuropäische Ökonomik«, innerhalb derer über Jahrtausende Männer und Frauen als komplementäre Sphären zusammenwirkten »wie die rechte mit der linken Hand«. Mit der Industrialisierung habe ein traumatischer Prozeß begonnen: Der Mann ging in die Fabrik, die Frau blieb als Hüterin des Hauses zurück, »nach und nach befreit von ihren Anteilen an der Produktion« (Spinnen, Haltbarmachen etc.), für die ihr »als Ersatz die Organisation des Konsums zuwachsen sollte.« Den Frauen sollte es gut gehen –

fanden die Männer. Darum stand die erste Waschmaschine begüterten Hausfrauen bereits Anfang des 20. Jahrhunderts zur Verfügung, wohingegen Bergbauarbeiter (bis heute ein quotenfreier Berufszweig) einige Jahrzehnte länger auf den Preßlufthammer warten mußten. Zeitsprung: Unter der Vielzahl von »Gender-Forschungsobjekten«, die EU-weit zwischen 2006 und 2013 ausgerufen wurden (3,6 Milliarden Euro!), finden sich nahezu ausschließlich Frauenfördermaßnahmen. Hoof nennt ein Beispiel: »FEM-tools. Zur gendersensiblen Gestaltung von Kettensägen«. Zum berüchtigten *Gender pay gap*, also zum Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen, schlüsselt der Autor Zahlen auf, die unerhört sind: Selbständig tätige Männer erwirtschaften hierzulande rund 4000 € im Monat, Frauen 2300 €. Niedergelassene Ärztinnen erzielen rund 60 Prozent des Einkommens ihrer Kollegen. Hoof legt nahe: Haben sie vielleicht eine andere Zielstrebigkeit, eine andere, freigewählte Zeitbudgetbildung? Gelegentlich überzieht Hoof. Die junge Mutter klebe »an der Nutzeroberfläche ihrer Mobilteile wie die Motte am Licht« – als ob der junge Vater das nicht tue! Hoof ist Gründer des Handelsimperiums Manufactum (»Es gibt sie noch, die guten Dinge«), zugleich war er Landesgeschäftsführer der »Grünen«; beides *tempi passati*. Ich hatte bei Manufactum ein Set Frühstücksmesser aus Eisen, nicht rostfrei, bestellt. Die Dinger sind krass (und nicht mehr erhältlich). Das Werkzeug durchschneidet jedes Küchentuch und fährt in jede unvorsichtige Hand. Gleich diesen Messern zeigt Hoofs fulminanter Aufsatz keine monströsen Zähne. Er gleitet so soft wie beharrlich ins Fleisch. Ich habe nachgefragt: Ja, der Co-Autor ist glücklich verheiratet.

Ellen Kositzka

Sei doch mal individuell!

Ryszard Legutko: *Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften*, Wien: Karolinger 2017. 188 S., 23 €

Wer sich schon mal gefragt hat, warum gerade die lautesten Trompeter von »Demokratie« und »Pluralismus« so geistig verödete, eindimensionale und prosekutorisch gesinnte Gestalten sind, der wird in diesem scharfsinnigen Buch des polnischen Philosophen und EU-Abgeordneten der Partei Recht und Gerechtigkeit (*PiS*) Ryszard Legutko eine Menge schlagender Antworten finden. Seine These wirkt nur auf den ersten Blick widersprüchlich: Ausgerechnet die westliche liberale Demokratie, die sich als großen Gegenentwurf zu totalitären und autoritären Gesellschaften sieht, hat sich inzwischen selbst zu einer »soften« Variante des Totalitarismus gemausert.

Der Grund liegt in der »hochmütigen und dogmatischen« Mutation des liberalen Systems zur Utopie, die, wie Legutko systematisch nachweist, starke Wesensähnlichkeiten zur Ideologie und Praxis des Kommunismus hat. Aus dem pragmatischen »Reich des kleineren Übels« (Jean-Claude Michéa) wurde eine Art von »Erlösungsliberalismus«, der sich selbst als Höhepunkt und das Endziel der geschichtlichen Entwicklung »des Menschen« zu immer mehr »Freiheit« und »Emanzipation« sieht. Dieses Ziel basiert wie der Kommunismus auf radikal egalitären Prämissen und wird heute mit einer ähnlich krypto-religiösen Inbrunst verfolgt. Der ursprüngliche liberale Gedanke wird in der utopischen Form der »liberalen Demokratie« ad absurdum geführt, da es in ihrem Machtbereich nichts mehr geben soll, was nicht »liberal« oder »demokratisch« oder »liberal-demokratisch« ist, wobei diese Begriffe genauso fix kodiert und fetischisiert sind wie etwa

der Begriff des »Sozialismus« im Kommunismus. Es gleicht dem Witz von Monty Pythons *Leben des Brian*, wenn der vermeintliche »Messias« Brian seinen Anhängern bescheidet, daß sie keinen Erlöser brauchen, da sie doch alle »völlig verschiedene Individuen« seien, worauf die Masse im Chor antwortet »Ja, wir sind alle *Individuen!* Wir sind alle völlig verschieden!« Der Liberalismus, der mit dem Anspruch der Entpolitisierung angetreten ist, wird auf diese Weise zum Agenten einer flächendeckenden Politisierung, mit dem Ziel, per *social engineering* einen neuen, »diskriminierungs«-freien Menschen zu erziehen: »Nicht nur der Staat und die Wirtschaft sollten liberal, demokratisch oder liberal-demokratisch werden, sondern die ganze Gesellschaft, Ethik, Sitten, Familie, Kirche, Schulen und Universitäten, Gemeinden, Organisationen, Kultur und auch die menschlichen Gefühle und Wünsche. Menschen, Strukturen und Ideen außerhalb des liberal-demokratischen Musters galten als überholt, rückwärtsgewandt und nutzlos, aber zugleich auch als extrem gefährlich als Überreste des alten autoritären Systems.« Im einen System wird »soziale Gerechtigkeit« mit dem Kommunismus identifiziert, im anderen »Freiheit« mit der »liberalen Demokratie« in ihrer bestehenden Form. Alternative freiheitliche und republikanische Formen werden dabei ausgeblendet, während die Kritik an der Demokratie, deren Tradition bis zu Platon und Sokrates zurück reicht, zur Blasphemie erklärt wird. Wie im Kommunismus wird dadurch die Sprache verflacht, verstümmelt und beschnitten, was sich besonders deutlich in der »politischen Korrektheit« zeigt. Die »Sprache der Moral und der Politik« werden miteinander kombiniert, »so, daß kein anderer

Diskurs mehr der Natur des Systems gerecht werden kann. Es gibt kein Thema, wie trivial es auch sein sollte, das der liberale Demokrat nicht mit Freiheit, Diskriminierung, Gleichheit, den Menschenrechten, der Emanzipation und ähnlichem verbinden würde«, was sich, ähnlich wie im Kommunismus, besonders korrumpierend auf Künstler und Intellektuelle auswirke. Die Ideologie, die Legutko

beschreibt, ist identisch mit dem, was andere zugespitzter als »Kulturmarxismus« bezeichnen: »Die treibende Idee der kommunistischen Ideologie war der Klassenkampf, die der liberalen Demokratie ist die Triade von Klasse, Rasse und Gender.«

Da »kämpft der Eurozentrismus gegen den Multikulturalismus, die Heterosexualität gegen die Homosexualität, Weiß gegen Schwarz, Europa gegen Afrika, Alt gegen Jung, Dünne gegen Dicke.« Und da der Ökonomismus allein nicht genügt, die Bedürfnisse des Menschen zu stillen, versorgen ihn Kommunismus und liberale Demokratie mit ebenso großspurigen wie flachen Instantidealen, die auf einen notwendigen »mittelmäßigen« Menschentypus zugeschnitten sind.

Wie bereits der berühmteste Apologet des liberal-demokratischen »Endes der Geschichte«, Francis Fukuyama, schrieb: Die Verwirklichung der liberalen Utopie (der, wie er betont, ein quasi marxistisch-hegelianisches Geschichtsbild zugrunde liegt) sieht eine Nivellierung zum »letzten Menschen« Nietzsches vor. Über Legutkos Analyse hinaus wäre noch die Frage zu beantworten, warum sich die »kulturmarxistische« Ideologie so blendend mit den neoliberalen Kapitalismus verträgt und mit ihm zur untrennbaren Einheit verschmelzen konnte.

Martin Lichtmesz



Trigger: Nation

Marcel Mauss: *Die Nation oder Der Sinn fürs Soziale*, Frankfurt a.M.: Campus 2017. 360 S., 34 €

Der französische Soziologe Marcel Mauss (1872–1950) ist dem deutschsprachigen Publikum aufgrund seiner Schrift *Die Gabe* (frz. 1923/24, dt. 1968) bekannt, in der er aktuelle Anschlussoptionen an solidarische Handlungsweisen archaischer Frühgesellschaften suchte. Mauss' eigentliches Hauptwerk blieb allerdings unvollendet. Es liegt nun erstmals in deutscher Sprache vor, nachdem es 2013 in einer mühsamen editorischen Glanzleistung der französischen Forscher Michael Fournier und Jean Terrier aus Heften und Mappen zusammengefügt

wurde. Deren Einführung ist kundig und für die nachholende Mauss-Exegese hilfreich, wenngleich der Leser zumindest teilweise auf eine falsche Fährte gelockt werden soll. Denn die »antinationalistische politische Einstellung«, welche die Autoren als Leitbild der Arbeit *Die Nation* begreifen, ist vielmehr eine dezidiert chauvinismusfeindliche Haltung, der aber die grundsätzliche Affirmation der Nation als sozialer Realität zugrunde liegt. Das, was Mauss' Text aus den 1920er Jahren für 2018 politisch Denkende und Handelnde so bedeutend macht, sind just jene Bezüge auf Nation und nationales Zusammenleben, die heute aktuell zu lesen sind. Das Vorhandensein einer Nation wird etwa an den Zustand gebunden, daß die politische Treuepflicht der Staatsbürger nicht sozialen Untergruppen – Klans, Stämmen etc. – gehört, sondern der Nation bzw. ihrer organisatorischen Hülle in Form des Staates, der in der Lage ist, soziale Verhältnisse und gesellschaftliche

Beziehungen zu regeln. Die »linken« Herausgeber haben sichtbar Schwierigkeiten mit Dingen, die für politisch »rechts« stehende Akteure Selbstverständlichkeiten abbilden. Anders ist nicht zu erklären, daß sie Mauss' »Nationalitätskriterien« wie Abstammung oder Sprache als »verwirrend« bezeichnen und einige Absätze lang versuchen, diesen »Fehler« Mauss' zu dekonstruieren. Eine solche Herangehensweise wird dem Werk nicht gerecht und ist unnötig, denn *Die Nation* ist eine soziologische Studie, die in ihrer vielschichtigen, teils widersprüchlichen Analyse einer gründlichen Auseinandersetzung, aber keiner politpädagogischen Einordnung bedarf.

Neben Mauss' Reflexionen zur Nation sind seine sozialen Ansätze aufschlußreich.



Als nichtmarxistischer Sozialist folgt er einerseits seinem Onkel Émile Durkheim, wonach alle Theorien »sozialistisch« zu nennen wären, die eine »Anbindung aller bzw. einiger noch näher zu bestimmender ökonomischer Aufgaben an die bewußten Leitungsorgane der Gesellschaft fordern«, und bezieht sich andererseits – ebenfalls von Durkheim inspiriert – eben nicht auf das Proletariat als Klassensubjekt, sondern auf die Gesamtgesellschaft. In diesem Sinne definiert Mauss Sozialismus als »Lehre von der Übernahme der ökonomischen Macht durch die Gesellschaft« mittels »Nationalisierung« als »Schaffung eines unter nationaler Kontrolle stehenden industriellen und kommerziellen Eigentums«. In Mauss' Ritt durch sozialistische Theorien und Praxen verweist er auf die spezifisch deutsche systematische Herangehensweise an ebensolche, wobei er betont, daß es außer Frage stehe, daß »der Sinn fürs Soziale in Deutschland früher als sonst auf der Welt erwacht ist«.

Mit großer Sympathie untersucht er die preußische Tradition des »Staatssozialismus« und Bismarcks Wirken. Letzteres habe zur Folge gehabt, daß die Arbeiterklasse dem Reich treu blieb, »weil sie ihre eigenen Solidarinteressen kennt« und wisse, daß die »Kredite in ihren Versicherungskassen Kredite des Reichs sind«. Mauss nimmt also nicht, wie von den Herausgebern suggeriert, eine antinationalistische Haltung ein. Vielmehr sind seine Schlußfolgerungen dezidiert »sozial-national«. Der Sozialismus nach Mauss hat nichts mit dem Bolschewismus seiner Zeit zu tun, den er ablehnt (u. a. fordert Mauss, Individualbesitz zu fördern, nicht zu vernichten), sondern umfasse »die Gesamtheit der kollektiven Ideen, Formen und Institutionen, deren Aufgabe es ist, durch die Gesellschaft, sozial, die kollektiven ökonomischen Interessen der Nation zu regeln«. Daraus folgert Mauss, daß »der Sozialismus an die Erfahrung der Nationen gebunden« sei. Mauss war eben Inter-Nationalist, kein Anhänger des Kosmopolitismus, dem er vorausschauend unterschob, er strebe »faktisch die Zerstörung der Nationen und die Schaffung einer Moral« an, »in deren Rahmen die Nationen keine souveränen, Gesetze schaffenden Autoritäten mehr darstellen und auch nicht mehr die höchsten Ziele sind, die der Opfer würdig wären«.

Rolf Peter Sieferle hat einige Jahrzehnte nach Mauss in ähnlicher Tonlage ergänzt, daß auch der Sozialstaat an sich ohne diese nationale Bindung unmöglich würde. Marcel Mauss' *Die Nation* stellt somit in vielen Abschnitten herausragendes Rüstzeug für all jene zur Verfügung, die Interesse an nichtmarxistisch-sozialen Ansätzen aufweisen und danach trachten, die Sinnhaftigkeit der Nation als fortschrittlicher Gesellschaftsgattung soziologisch beleuchtet zu sehen.

Benedikt Kaiser

Zögerliche Einwanderungskritik

David Miller: *Fremde in unserer Mitte. Politische Philosophie der Einwanderung*, Berlin: Suhrkamp 2017. 330 S., 32 €

Unter renommierten Wissenschaftlern Kritiker der Masseneinwanderung zu finden, ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Die Politische Korrektheit hat sich dazu einfach als eine zu wirkmächtige Institution etabliert. Wer an der Universität Karriere machen will, wird sich deshalb entsprechend zurückhalten. Es bleiben somit nur eine Handvoll non-konforme Wissenschaftler, die sich ihre intellektuelle und finanzielle Unabhängigkeit über Jahrzehnte hinweg hart erarbeitet haben. Neben dem Entwicklungsökonom Paul Collier zählt dazu an vorderster Front der ebenfalls in Oxford lehrende Politologe David Miller.

Er schrieb 2007 ein äußerst kluges Buch über nationale Verantwortung und globale Gerechtigkeit (*National Responsibility and Global Justice*, Besprechung auf Sezession im Netz), das leider bis heute nicht ins Deutsche übersetzt wurde. Darin weist er nach, daß wir es mit der Idee der Menschenrechte nicht übertreiben sollten, sondern auf globaler Ebene lediglich ein menschliches Minimum durchsetzen können. Was dies für die Frage der Einwanderung an Konsequenzen nach sich zieht, deutete er damals schon an.

Wohl deshalb durfte er in der Folge regelmäßig als Quoten-Einwanderungskritiker in wissenschaftlichen Debatten zu Wort kommen. Miller schildert dies in der Danksagung seines neuen Buches ganz offen. Seine intensive Beschäftigung mit Migrationsthemen begann damit, daß man ihn vor zehn Jahren gebeten

habe: »Verteidige das Recht von Staaten darauf, ihre Grenzen für Einwanderer zu schließen!« Anscheinend fand sich für diese Aufgabe immer nur einer: Miller. Währenddessen argumentierten in den entsprechenden Sammelbänden selbstverständlich zehn Wissenschaftler für offene Grenzen. Das schimpft sich dann Debattenkultur.

Doch wie dem auch sei, Miller ist weit davon entfernt, ein Hardliner zu sein. Viel eher gewinnt man in *Fremde in unserer Mitte* den Eindruck, die



Asylkrise habe seine Position verwässert. So verteidigt er ausdrücklich die Politik von Angela Merkel mit dem Satz: »Sobald hilfsbedürftige Menschen ankommen und sich zeigen, fordert es allein schon der schwache Kosmopolitismus, auf ihr Ersuchen positiv zu reagieren.«

Daß diese positive Reaktion aber immer mehr Migranten anlockt, erwähnt Miller nicht mehr. Dafür betont er die Richtigkeit der »Idee einer integrierten Gesellschaft«. Nur in Kapitel vier über »Geschlossene Grenzen« ist noch der »alte« Miller zu erleben, der auf Gefahren wie den Vertrauensrückgang in der multikulturellen Gesellschaft hinweist und die Machtverschiebung zugunsten von Migranten in aller Deutlichkeit anspricht. Zudem findet sich hier eine Auseinandersetzung über den Zusammenhang von globalem Bevölkerungswachstum, Grenzoffenhaltungs- und Klimapolitik.

Millers These: Wer Menschen in den armen Ländern dazu ermutigt, in den Westen zu migrieren, um den dortigen Lebensstil anzunehmen, minimiert zum einen die Anreize für Geburtenkontrollen, da Bevölkerungsüberschüsse einfach abgegeben werden können, und zum anderen sorgt dies auch dafür, daß durch steigenden Konsum die eigene Umwelt- und Klimapolitik ad absurdum geführt wird. Des-

halb, so Miller, dürfte »Migration eher etwas Schlechtes für den Planeten insgesamt darstellen«.

Felix Menzel

Wie korrekt war Heidegger wirklich?

Friedrich-Wilhelm von Herrmann/Francesco Alfieri: *Martin Heidegger. Die Wahrheit über die Schwarzen Hefte* (= *Philosophische Schriften* 94), Berlin: Duncker & Humblot 2017. 336 S., 39,90 €

Der Pulverdampf, den die Auseinandersetzung um die *Schwarzen Hefte* von Martin Heidegger erzeugte, hat sich schon vor einiger Zeit verzogen. Wer aber meinte, man könne den Gegenstand der Debatte nun nüchtern beurteilen, sah sich insofern getäuscht, als die eine Seite einen nahezu totalen Sieg davon getragen hatte. Zur Erinnerung: Die *Schwarzen Hefte*, eine Art Denktagebuch der Jahre 1931 bis 1948, als Martin Heidegger seine Gedanken in schwarz eingebundenen Notizbüchern notierte, machten bei ihrem erstmaligen Erscheinen Furore, weil sich darin eine Handvoll Bemerkungen über Juden befanden. Damit schien, was man bislang nur aus Indizien konstruiert hatte, daß Heideggers Engagement von 1933 kein Ausrutscher war, sondern im Gegenteil, sein ganzes Werk antisemitisch kontaminiert war.

So sprach jedenfalls das deutsche Feuilleton nahezu einhellig und folgte damit dem Herausgeber der Hefte, Peter Trawny (geb. 1964), der in einer gleichzeitig mit den Bänden erschienenen Interpretation einen »seynsgeschichtlichen Antisemitismus« bei Heidegger auszumachen meinte. Daß das Unsinn ist, mußte eigentlich jedem klar sein, der sich im Werk Heideggers und der Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts etwas auskennt. Dennoch war der Aufschlag Trawnys erfolgreich, weil er alle Ressentiments bediente, die sich in der Bundes-

republik gegenüber großen Geistern, deren Werk auch in die Jahre 33 bis 45 fällt, etabliert haben.

Nun ist ein Buch erschienen, das sich nicht ganz unbescheiden zum Ziel gesetzt hat, die »Wahrheit über die *Schwarzen Hefte*« ans Tageslicht zu bringen. Wer hier eine Sensation vermutet, wird enttäuscht werden. Der von dem letzten Assistenten Heideggers und späteren Philosophieprofessor in Freiburg, Friedrich-Wilhelm von Herrmann (geb. 1934), und dem italienischen Philosophen Francesco Alfieri (geb. 1976), der an der Päpstlichen Lateranuniversität lehrt, herausgegebene Band stützt sich fast ausschließlich auf die bereits publizierten Texte. Das Wort »Wahrheit« bezieht sich zwar auch auf die Richtigkeit der Aussagen (und damit auf die Unwahrheit der Interpretation von Trawny), meint aber eigentlich die »Un-verborgenheit« von Heideggers Werk. Die These: Man muß Heideggers Texte nur richtig zu lesen wissen, dann erschließt sich die Wahrheit darüber von selbst. Damit ist nicht nur impliziert, daß Trawny nicht lesen kann, es wird an mehreren Stellen ausdrücklich gesagt. Diesem fehle es an »Begriffsschärfe und philosophischem Urteilsvermögen«. Er sei mit seiner »naiven Interpretation« im Irrtum, weil ihm das »hermeneutische Entschlüsselungsschema« fehle, das in der »Rückkehr zu den Schriften Heideggers« liege. Das ganze Buch arbeitet sich daher implizit an Trawny ab. Es enthält knappe Erläuterungen von Herrmann, eine ausgedehnte »historisch-kritische Analyse« der Hefte von Alfieri (die allerdings überwiegend eine Zitatensammlung ist), jeweils drei Briefe von Heidegger und Gadamer an Herrmann, eine kurze Abhandlung über die »Judenfrage« in den *Schwarzen Heften* (Leonardo Messinese), eine Analyse der medialen Instrumentalisierung der *Hefte* in Italien und schließlich den bereits bekannten Einspruch des Sohnes Herrmann Heideggers gegen die

Verurteilung seines Vaters als Antisemit.

Die Bemühungen der Herausgeber gehen dahin zu zeigen, daß es eine Grenze zwischen dem »reinen Denken Heideggers und seinen privaten persönlichen Äußerungen« gibt, die mitten durch die *Schwarzen Hefte* verläuft und zu denen die skandalisierten Äußerungen gehören. Als Indiz dafür wird, neben der Neulektüre der Hefte, vor allem angeführt, daß sich in Heideggers Werken der 30er und 40er Jahre keine ähnlichen Äußerungen finden lassen.

So löblich die Treue der beiden Herausgeber zum eigentlichen Heidegger ist, so problematisch bleibt das Unternehmen in einigen Belangen. Die Auseinandersetzung mit Trawny ist größtenteils rein polemisch und bleibt daher unergiebig. Die Neulektüre der *Hefte* wird Heideggers Denken vor allem dann nicht gerecht, wenn politische Implikationen heruntergespielt werden. Diese finden sich aber in allen Schriften der 30er und 40er Jahre! Letztendlich können sich die Herausgeber von den ideologischen Vorgaben Trawnys nicht freimachen, sondern haben akzeptiert, daß man sich von Heidegger auch heute noch in Teilen »distanzieren« muß. Daß Heidegger nicht in den Kategorien der politischen Korrektheit dachte, haben offenbar alle Beteiligten übersehen.

Erik Lehnert

Islamischer Staat

Aloys Prinz Liechtenstein: *Das Kalifat. Historisch-soziale Studie*, Wien: Karolinger 2017. 96 S., 18 €

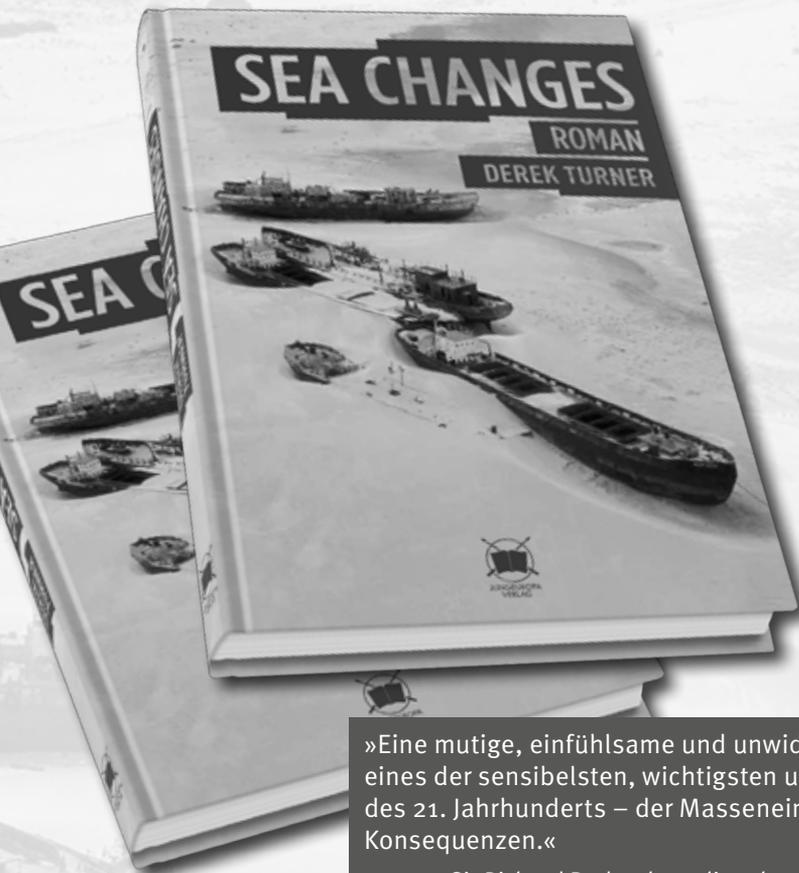
Als islamische Guerilleros 2014 ein »Kalifat« im Irak ausriefen, erweckten sie einen zentralen Begriff der mohammedanischen politischen Theologie wieder zum Leben und schufen sich damit ein

Mobilisierungs- und Propagandamittel erster Güte. Denn der Traum vom ungeteilten, politische und religiöse Macht vereinigenden Glaubensstaat ist so alt wie die islamische Religion selbst, die sich fast sofort nach dem Tod ihres Gründers über Nachfolgefragen zerstritt und in verfeindete Konfessionen spaltete. Nur im Eroberungsdrang nach außen hielten die Moslems zusammen und eroberten in kaum mehr als hundert Jahren nach dem Tod ihres (angeblichen) Propheten eines der größten Reiche der Weltgeschichte.

Dieser erstaunlichen Erfolgsgeschichte geht die 1909 erstmals erschienene Studie *Das Califat* des habsburgischen Diplomaten und Politikers Prinz Aloys von und zu Liechtenstein nach. Ausgehend von seiner konservativen, den Fortschritt als universelle Idee für Unsinn erklärenden Weltanschauung schildert er zunächst die orientalistisch-semitische Mentalität, die wechselseitigen Unverträglichkeiten zwischen Juden und Moslems, und gibt einiges Material zur Geschichte des spätantiken arabischen Raumes in seiner Kontinuität zum Alten Orient bis hinab in die mesopotamischen Blütezeiten. Diese weitschweifigen Präludien lesen sich inhaltlich teils antiquiert, stilistisch aber frisch und elegant, sind jedenfalls echtes historisches Denken und dürften damit für Ewigzeitige schwer erträglich sein. Sodann analysiert Prinz Aloys den schnellen Aufstieg, kurzen Höhepunkt und schnellen Verfall des Kalifatsystems zwischen 632 (angeblicher Tod Mohammeds) und 745 n. Chr., als nach und nach Teile des Reiches begannen, vom Kalifen abzufallen und statt des Islamischen Staates islamische Staaten entstanden. Schlank und ohne Fußnotenapparat macht dieser von wissenschaftlicher Neugierde getriebene, dennoch nicht ohne Polemik auskommende Essay



Jetzt vorbestellen: **SEA CHANGES**



DEREK TURNER **SEA CHANGES**

Roman

24 Euro · 464 Seiten · gebunden
erscheint am 26. Februar 2018
deutsche Erstausgabe

Mit einem Vorwort von Richard Spencer
und einem Geleitwort von Tito Perdue

ISBN: 978-3-9817828-1-3

»Eine mutige, einfühlsame und unwiderstehliche literarische Behandlung eines der sensibelsten, wichtigsten und am wenigsten diskutierten Themen des 21. Jahrhunderts – der Masseneinwanderung und ihrer oft bestürzenden Konsequenzen.«

Sir Richard Body, ehemaliger konservativer Parlamentsabgeordneter und Verfasser von England for the English (2001)

Was der Franzose Jean Raspail in den 1970er-Jahren mit einem bahnbrechenden Buch begonnen hat, das vollendet der Brite Derek Turner im 21. Jahrhundert: das *Heerlager* des Digitalzeitalters.

Sea Changes – Zeitenwenden. Nur eine einzige katastrophale Nacht auf See vor der stillen britischen Ostküste, und schon ertrinkt ganz England in einer Flut aus Schuld, Heuchelei und krankhafter Fernstenliebe. Vor dem Hintergrund eines tragischen Unglücks laufen die Lebenswege eines Glücksritters aus dem Irak und eines unverblümt Klartext redenden englischen Bauern schicksalhaft aufeinander zu, während Politiker und Journalisten darum ringen, sich ins bestmögliche Licht zu rücken.

Derek Turners Debütroman, 2012 in den USA erschienen, hat mit bestürzender Genauigkeit die Mechanismen, Wege und Verläufe der so genannten Flüchtlingskrise vorgezeichnet, die seit 2015 über die Alte Welt hereingebrochen ist. Auch wenn er zu spät in deutscher Sprache erscheint, um noch als rechtzeitige Warnung dienen zu können, zeigt er doch das vielleicht Wichtigste auf: Die wahren Nutznießer des kulturellen Überlebenskampfes, in dem sich unser Europa befindet, sind nicht etwa die hereinströmenden Fremden – es sind unsere eigenen Landsleute, die ihnen den Weg ebnen, sie zum Kommen auffordern und jeden zum Staats- und Menschheitsfeind erklären, der auf seiner gewohnten Lebenswelt beharrt.



Jungeuropa Verlag || Lingnerallee 3 || 01069 Dresden
vertrieb@jungeuropa.de || www.jungeuropa.de

deutlich, wie geschickt das maßlos ehrgeizige Projekt, mit einem beutegierigen Verband bettelarmer Wüstennomaden die halbe Welt zu erobern, anfangs seine Ziele erreichte – und woran es letztlich scheiterte. Vom Vorrang der Sippe vor der Nation über eine merkwürdig kaufmännische Interpretation von Minderheitenrechten (insbesondere der Glaubensfreiheit) bis hin zu einer formalistischen, egoistisch interpretierbaren religiösen Dogmatik wird der Leser hier manches Element finden, das in der Auseinandersetzung mit der arabischen Kultur und mit dem Islam noch heute, bald 1400 Jahre nach des letzteren Entstehen, eine Rolle spielt. Insofern ist das Buch auch ein kleiner Beitrag zum Verständnis der heutigen Strategie von Expansion durch Einwanderung. Der irakisch-syrische »Islamische Staat«, der im 21. Jahrhundert etwa drei Jahre lang Bestand hatte, verschwand sehr schnell, nachdem seine Gegner ihre inneren Kontroversen zur Seite geschoben hatten, und offenbarte dadurch seine relative Schwäche. »Kalifat« und »Islamischer Staat« – es sind fast Synonyme; Begriffe für eine Priesterherrschaft, die nur so lange ihre Macht erhalten kann, wie es ihr gelingt, die Fliehkräfte unter den eigenen Leuten gegen zerstrittene Gegner zu lenken.

Konrad Gill

Wann knallt's?

Crane Brinton: *Anatomie der Revolution*. Herausgegeben von Manfred Lauer, Wien: Karolinger 2017. 328 S., 24 €

Wenn der vermutlich anti-revolutionärste Verlag des deutschen Sprachraumes ein Buch anlässlich des hundertsten Jahrestages der Oktoberrevolution von einem undogmatischen linken Gelehrten herausgeben lässt, verdient das Buch besondere Aufmerksamkeit. Der 1968 verstorbene Harvard-Professor Brinton

seziert in seinem Klassiker die Gemeinsamkeiten und (überraschend marginalen) Unterschiede zwischen der englischen Revolution von 1640, der Amerikanischen (1776) und der Französischen Revolution (1789) sowie der russischen Revolution(en) von 1917. Humorvoll und kenntnisreich arbeitet er die bemerkenswerten Parallelen heraus, die angesichts des ideologischen Abstands zwischen dem religiös hochgespannten Eifer der englischen Revolution und dem atheistischen Bolschewismus mehr als 250 Jahre später doch ziemlich erstaunlich sind. Das Buch korrigiert manche verbreitete Fehlvorstellung, viel interessanter sind aber die Verläufe, die der Autor darstellt, dabei stets von einer Revolution zur anderen springend. Es beginnt mit dem Entstehen der revolutionären Stimmung, wenn die Privilegien älterer Schichten einem Statusgewinn einer aufsteigenden Schicht im Wege stehen. In der plötzlich eintretenden Krise fällt die entscheidende Rolle den Idealisten zu (und nicht etwa den ausgebeuteten Armen, den gewalttätigen Psychopathen oder den listigen Verschwörern) – die Eigensucht ist das revolutionäre Movers der großen Masse, aber sie könnte nicht siegen ohne die geschulten, entschlossenen Idealisten. Sodann scheitern zwangsläufig die Gemäßigten, die sich nach dem Sieg der Revolution zunächst durchsetzen, und werden von Extremisten verdrängt. Es folgen Angriffe auf die Familie und andere überkommene Ordnungen, bis die Zumutungen den Bürgern zuviel werden und sich das Regime zu einer Liberalisierung gezwungen sieht; die Phase der Konsolidierung (»Thermidor«) beginnt. »Politische Propaganda, die die Züge der Besessenheit trägt, scheint einen Sättigungspunkt zu besitzen, nach dessen Überschreitung sie sich gegen ihre Urheber auswirkt«.

Die ganze Darstellung wird getragen von einem skeptischen, spöttischen Konservatismus, wenn auch die Konservativen von Brintons Spott nicht ausgenommen werden. Er wollte ausdrücklich keine allgemeingültige Soziologie der Revolution schreiben und nimmt allerlei Revolutionen (die autoritären/faschistischen, die befreiungsnationalistischen, die rassistisch-kolonialen, sogar retrospektiv die gescheiterten) aus seiner Betrachtung heraus. Sein Thema sind nur die vier genannten historischen Ereignisse. Dennoch lassen sich nicht wenige der von ihm beschriebenen Elemente auch auf andere Erhebungen anwenden, gerade auch auf die Revolution von 1933. Was Brinton aus seinen vier Revolutionen destilliert, steht in Teilen so eindeutig parallel zu heutigen Entwicklungen in den »westlichen« Nationen, daß der Leser versucht sein kann, das Bevorstehen einer revolutionären Situation, hervorgerufen durch die aufstiegshungrigen »Neubürger«, zu unterstellen, von der uns nur eine spürbare Verschlechterung der wirtschaftlichen Gesamtlage trennt. Dem steht Brintons Feststellung im Fazit gegenüber, Revolutionen ereigneten sich nicht in schwachen, dekadenten Gesellschaften. Und sein

Herausgeber ergänzt im Nachwort, es gebe keine Intellektuellen mehr, die sich für die Volksmenge zu opfern bereit wären, und damit auch keine Revolutionen mehr. Revolutionsverhinderung durch allgemeine politische Schwäche und einen Mangel an durchsetzungsfähigen Idealisten: man kann diesen Befund z. B. angesichts einer sich teils bürgerkriegsartig zuspitzenden Situation in den USA bezweifeln. Und selbst wenn man Brinton und Lauer hier folgt, ist die Aussicht auch für den, der Revolutionen ablehnt, nicht gerade beruhigend.

Konrad Gill



Sei authentisch!

Wolfgang Engler: *Authentizität. Von Exzentrikern, Dealern, Spielverderbern*, Berlin: Theater der Zeit 2017. 217 S., 18 €

Als Engler dieses Buch veröffentlichte, war er noch Rektor der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch«. Sein Ausgangspunkt, das Problem der Authentizität zu fassen, ist der Begriff der Arbeit, den Engler seit vielen Jahren bedenkt. Seit je sei der Sinn der Arbeit gewesen, »die elementare Not zu wenden«. Mit den modernen und postmodernen Zeiten wird es die Selbstverwirklichung, erstmals kann die alte Frage »Wer bin ich« massenhaft durch Selbstwahl beantwortet werden – woraus sich Freiheiten und Zwänge ergeben!

Doch der Schein trügt: Authentisch-Sein, Man-selbst-Sein verhülle nur die ökonomischen Abhängigkeiten. Die Identifikation mit und das Identifikationsangebot des Arbeitgebers, sich bei ihm selbst verwirklichen, bei sich sein zu können, das *strukturelle* Authentizitätsangebot, – das natürlich als Schein und verschleierte Entfremdung durchschaut werden müsse, um den »Realitätsbezug dieser Selbstwahrnehmung zu er-messen« – bilden den Rahmen dieses aus mehreren Versatzstücken zusammen-gesteckten Essays. Authentisch sein wollen heiße eben auch Rollen spielen. Und der Kapitalismus verschlinge selbst die Authentizität.

Die Begrifflichkeit verrät Englers Herkunft (Marxismus und Theater), die Literaturliste beschreibt sein Ringen und seinen langen Erkenntnisweg (Postmoderne), und manch forsche Diagnose läßt sein mögliches Ziel erahnen. Freilich tut der Autor einiges, um sich unkenntlich und, ja, authentisch zu machen, zu distinguieren. In permanentem

Oszillieren zwischen Historie, Psychologie, Soziologie, Politik und Theater wechselt er die Diskursebenen, trägt eine Unmenge an frei schwebenden Ideen und Materialien zusammen, eine Phänomenologie des (Un)Authentischen, er liebt den andeutenden Gestus, die Assoziation, die Arbeit mit Bildern und Metaphern, verlangt von seinen Lesern das eigenständige Mit- und Weiterdenken, und er bedient sich einer impressionistischen Sprache, die mit hochabstrakten Begriffen arbeitet, schwer faßbar ist und den Bodenkontakt meist scheut.

Dort, wo er ihn sucht, wird Engler explizit, gibt sich preis, und einige Passagen grenzen regelrecht an Mut, wenn man seine Stellung inmitten der erzlinken Kulturbastion bedenkt. Im zentralen Kapitel »Die Wohlmeinenden« bietet Engler eine beißende Kritik an der Politischen Korrektheit, den »Hexenjagden auf dem Campus«, der »Zensur« (der »Methode, rein private Empfindungen, Erfahrungen, Urteilkriterien ohne weitere Umstände zu verallgemeinern«), spricht vom »imperialen Homogenisierungsdrang des Multikulturalismus«, von der Bedrohung der Meinungs- und Kunstfreiheit durch »Moralisierung und Verrechtlichung von innen und von unten«, den inneren Aporien des Emanzipationsbegriffes etc. und führt das mit dem veränderten Authentizitätsbegriff zusammen.

»Die linksliberalen Intellektuellen und Kulturakteure gehören in großer Zahl und seit Längerem zu jenem offiziellen Meinungskartell, das über die Grenzen legitimer Äußerungen unnach-sichtig wacht und den »Gemeinen« das Recht auf ihre ungeschlachte Meinung abspricht« – diese Worte aus einer Höhle der Löwen haben gleich einen ganz anderen Erkenntniswert!

Zu den inneren Widersprüchen dieses überreichen Bu-

ches gehört auch, daß die wiederholte Kritik an der Verallgemeinerung des Empfun-den nicht auf Engler selbst zurückschlägt. Die stärksten Passagen finden sich nämlich dort, wo er vor eigenen Erfahrungen argumentieren kann: wenn es um das Theater geht und um die Mentalität des Ostens. Wo hat man je derart Treffendes über die DDR gelesen?

Ein Buch von hohem diagnostischem Wert, das einen therapeutischen Anspruch aus methodologischer Überzeugung nicht einmal stellt.

Jörg Seidel

Angenehm: Lenin

Victor Sebestyén: *Lenin. Ein Leben*, Rowohlt: Berlin 2017. 704 S., 29,95 €

Hugo Fischer: *Lenin. Der Machiavell des Ostens*, Matthes & Seitz Berlin: Berlin 2018. 328 S., 30 €

Es gibt zahlreiche Biographien über Wladimir Iljitsch Uljanow (1870–1924), genannt Lenin. Hervorzuheben sind dabei die Forschungsarbeiten von Wolfgang Ruge und Robert Service, für Teilaspekte sind Isaac Deutscher, Wladislaw Hedeler und Orlando Figes heranzuziehen. Was zunächst wie »leninologisches« *Name dropping* wirken mag, zeigt: Die Notwendigkeit einer weiteren Arbeit ist objektiv nicht gegeben – es sei denn, ein Autor kann auf bis dato unbekanntes Material zurückgreifen oder originelle Neudeutungen bieten. Leider trifft nichts davon auf Victor Sebestyens weitläufig rezensierte Lenin-Biographie zu. Gewiß: Der Schreibstil des anglo-ungarischen Publizisten ist angenehm, seine Kenntnis der Epoche unbestreitbar, der Umfang angemessen, das Bildmaterial ansehnlich. Und doch kann Sebestyén keine unerschlossenen Quellen bieten, und eine originelle Neudeutung ist seine Sache nicht. Störend ist zudem ein weiterer Aspekt: Bisweilen schlägt ein

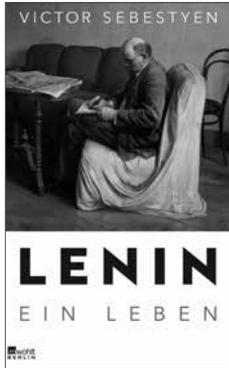


antirussischer Affekt durch, wenn Sebestyen Vergleiche zu »einer neuen Spezies von Autokraten«, die heute Rußland regierten, zieht, oder davor warnt, daß weltweit »populistische Wortführer des linken wie rechten Spektrums« Lenins Fragestellungen, die akut blieben, aufgreifen könnten. Ganz anders ein Werk des Philosophen Hugo Fischer (1897–1975), der Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre im Umfeld des Widerstandskreises um Ernst Niekisch und Ernst Jünger aktiv war. Fischers Schrift *Lenin*.

Der Machiavell des Ostens konnte 1933 nicht erscheinen; einen bereits gesetzten Buchblock des Manuskripts sandte er im Frühjahr desselben Jahres an Carl Schmitt. Dieser gab es fünfzehn Jahre später an Armin Mohler, bevor es aus dessen Nachlaß an Günter Maschke überging. Von Maschke erhielten es die jetzigen Herausgeber Manfred Laueremann und Steffen Dietzsch.

Fischer interessierte sich für Lenins Politik im Sinne einer Philosophie der Praxis: Der Schöpfer der Sowjetunion habe einen neuen politischen Realismus – Sebastian Haffner nannte dies einen »harten machiavellistischen Realismus« – entlang der drei Bausteine Revolution, Reich und Räte kreierte, wobei spürbar wird, daß Fischer, wie sein Umfeld um Niekisch und Jünger, in Lenins Umsturz ein genuin russisches Aufbäumen sah (»eine letzte Möglichkeit« für Rußland), das aber planetarische Züge hinsichtlich eines neuen Arbeiter-Typus annahm: »Aus dem in Branchen, Klassen, Stände, Schichten gespaltenen Volk wird ein einziges Arbeitsvolk [...]. Das ist der moderne Mythos des Sozialismus.« Verwirklicht worden sei dieser Mythos durch Lenin, den Fischer als »Stern erster Größe am Himmel der Politik« preist. Kritischer be-

wertet er hingegen Mussolini – er habe in Italien die Maschinerie umgebaut, schuf aber nichts fundamental Neues. Auch Lenins Nachfolger Stalin erscheint subaltern. Schuf der doch (und hier weiß sich Fischer postum mit Hannah Arendt einig) eine andere So-



wjetunion, in der ein »Glaube« an das Regime zwangsverordnet wurde, was der Leninschen Flexibilität – seinem Machiavellismus – wesensgemäß zuwiderlief. Fischers Werk macht nicht nur dies deutlich; es ist vielschichtig, eigentümlich, ausgesprochen originell. Daß es nun erstmals in seiner integralen Fassung vorliegt, ist ein großer Wurf der Herausgeber, die überdies ein exzellentes Nachwort beisteuerten. Auch 2018 ist vorliegende Schrift spannend zu lesen – sie kann es 85 Jahre nach ihrer Niederschrift mit jeder Arbeit über Lenin aufnehmen.

Benedikt Kaiser

Wittenberg, wir haben ein Problem!

Horst G. Herrmann: *Im Moralapostolat. Die Geburt der westlichen Moral aus dem Geist der Reformation*, Lüdinghausen/Berlin: Edition Sonderwege 2017. 381 S., 22.80 €

Mittenrein in die vielfach umsäuselte »Lutherdekade« kracht dieses Buch! Daß Luther ein derber Judenhasser war und sich im Bauernkrieg auf die Seiten der Obrigkeit stellte: geschenkt. Autor Herrmann, Philosoph des Jahrgangs 1961, hält sich mit solchen Gemeinplätzen nicht auf. Er geht in die Vollen, und wie! Daß gewaltige Explosionen nach diesem unerhörtem Wurf bislang ausblieben, hat einen einfachen oder gerade komplizierten Grund: Über weite Strecken ist *Im Moralapostolat* derart voraussetzungsreich geschrieben, daß

ein geisteswissenschaftliches Studium (nach heutigen Maßgaben, »Bachelor«, versteht sich) als Grundbedingung nicht ausreichen dürfte. Hier wird nicht gepoltert und kein Säbel geschwungen, hier wird hochkonzentriert an Maschen und Mäschelchen geklopelt. Aber wie! Das heißt: Eine hochkonzentrierte Lektüre (592 Fußnoten!) ist erforderlich. Theodor Fontane (von Hermann unerwähnt) hatte die Quintessenz in *Schach von Wuthenow* dem notorischen Provokateur von Bülow knapp in den Mund gelegt: »Es geht eine Sage, daß mit dem Manne von Wittenberg die Freiheit in die Welt gekommen sei, und beschränkte Historiker haben es dem Volke so lange versichert, bis man's geglaubt hat. Aber was hat er denn in Wahrheit in die Welt gebracht? Unduldsamkeit und Hexenprozesse, Nüchternheit und Langeweile. Das ist kein Kitt für Jahrtausende.« Herrmann nun schlüsselt von Bülows Kritik auf und schreibt sie fort, und zwar in Form von dreiunddreißig »Marginalien«, die beispielsweise so titeln: »Die Liebe in Zeiten der Reinheit« oder »Neuformatiertes Fegefeuer, uneingestandene Eingeweideschau: Das protestantische Gewissen«. Das ist wirklich harter Tobak. Der Autor folgt dem Schmittschen Diktum, wonach »alle prägnanten Begriffe der modernen Staatslehre« de facto »säkularisierte theologische Begriffe« seien: Unsere hypermoralische Gesinnungsdiktatur, die proklamierte »Alternativlosigkeit« sowie die Erinnerungs- und Willkommenskultur unserer Tage seien herabgesunkene Sedimente eines hygienischen Glaubens, »der mit Luther die Weltbühne betrat und sich vor allem durch eines auszeichnete: Unduldsamkeit.« Herrmann kennt den historischen Luther ebensogut wie seine zeitgenössischen Vollstrecker, jene Typen und Typinnen, die »mit einer Mischung aus branding und Sentimentalität« und zusätzlich der Zugriffsmöglich-

keit auf mediale und monetäre *tools* sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf der Bedeutungslosigkeit zu ziehen vermögen. Was haben wir davon? Die totale und perverse Glorifizierung sämtlicher Sündenfälle der Menschheit: durch das »Patriarchat«, durch die Sklaverei, die Kreuzzüge, die Inquisition, den Kolonialismus, Rassismus, Waldsterben. Luther habe mit seiner Ambivalenzfeindschaft die Sünderei erst großgemacht; Hermann: »Im Kern der deutschen Erinnerungskultur vollzieht sich ein reformatorisches Rechtfertigungsgeschehen ohne Gott: die Möglichkeit einer luziden Selbstrechtfertigung durch hypermoralische Bußfertigkeit, durch ›Sündenstolz‹ bis hin zum Selbsthaß.« Luthers sterile, exkludierende und angstschürende Agenda entbehre jedes integrativen, damit menschengemäßen Potentials und wäre damit das, was Fontanes von

Bülow schon früh erkannte: Ein wirkmächtiges »Narrativ«, aber eben auch, vielleicht, eine Episode. Weil hier von den Wurzeln hin zu den Verästelungen gearbeitet und beschnitten wird, in ebendieser Reihenfolge, wird der *moral turn* des Westens (der Sieg von Habermas im Historikerstreit) erst zur Mitte dieses Feuerwerks zum Glühen gebracht. Daß hier – von einem Katholiken – der Ostkirche Avancen gemacht werden, ist kaum verwunderlich. Autor Horst G. Herrmann ist mir übrigens auf der Frankfurter Buchmesse über den Weg gelaufen. Da kannte ich weder ihn noch das (damals noch ungedruckte) Buch. Der Herr trug eine Trainingsjacke und Adidaschuhe, mithin ziemlich das letzte, was man von einem Verfasser theologisch fundierter und katechesetauglicher Schriften erwartet. Ein Hoch auf die Ambivalenz!

Ellen Kositzka

Deutsche Belgiengreuel?

Ulrich Keller: *Schuldfragen. Belgischer Untergrundkrieg und deutsche Vergeltung im August 1914*, Paderborn: Schöningh 2017. 435 S., 44,90 €

Das Geschichtsbild über den Ersten Weltkrieg ist einer rasanten Revision unterworfen. Bezeichnend ist, daß sich bei der Wiederentdeckung der Wahrheit fachliche Außenseiter und ausländische Historiker hervortun. Gunter Spraul (*Der Franktireurkrieg 1914*, Berlin 2016) ist Gymnasiallehrer gewesen. Ulrich Keller arbeitet als Kunsthistoriker an der Universität Santa Bar-

bara/Kalifornien. Er weist der 2001 erschienenen Studie von John Horne und Alan Kramer über die *German Atrocities in Belgium 1914* die Fehlteile nach, belgische Freischärler hätte es nicht gegeben und die deutschen Verluste beim Einmarsch

hätten nur auf *friendly fire* und Massensuggestionen beruht. Kellers Urteil: Diese Arbeit kennzeichne das Ignorieren des Forschungsstandes, fuße auf Behauptungen ohne Belege und enthalte zuweilen grobe Tatsachenstellung. Keller stieß im Bundesarchiv auf über 2000 beedete Aussagen deutscher Soldaten über Franktireurfeuer in 380 belgischen Orten. Diesen systematisch geächteten deutschen Quellen stehen pro-belgische Zeugnisse gegenüber, die ohne nennenswerte Kritik nahezu ausnahmslos als reine Wahrheit anerkannt, deutsche Gegendarstellungen dagegen ebenso regelmäßig und kritiklos als unglaubwürdig erklärt oder völlig verfälschend wiedergegeben worden seien. In einem Vorwort bekennt der Historiker Gerd Krumeich, daß »deutsche Belgiengreuel« ein Konsens der »seriösen Forschung« sei. Gegenargumente seien nicht von Fach-, sondern von Hobby-Historikern ge-

kommen und in »recht abseitigen Publikationsorganen« erschienen. Kellers Ergebnisse widersprechen allem, was man sich gewöhnt hatte, für gut und richtig zu halten. Zweifel am Forschungskonsens hat Krumeich selbst nicht zu äußern gewagt, aus Angst, sich in der *scientific community* zu isolieren.

Kellers Buch ist in neun Abschnitte unterteilt. Er thematisiert die Quellen- und Rechtslage, die Kämpfe in Löwen, Lüttich, Andenne sowie Dinant und arbeitet heraus, daß es sehr wohl zu belgischen Partisanenangriffen gekommen ist. Er untersucht die Organisation des belgischen Zivilwiderstandes. Demnach rekrutierten sich die Franktireurs aus den 140000 Milizangehörigen sowie Tausenden in Zivil gesteckten Soldaten. Heimtückische Feuerüberfälle durch Nicht-Kombattanten waren 1914 in Belgien an der Tagesordnung. Gemäß Haager Landkriegsordnung ist Einwohnerwiderstand in besetzten Gebieten immer illegal, in noch nicht besetzten Gebieten aber an Vorbedingungen geknüpft: offenes Waffentragen, einheitliche Kennzeichnung, gemeinsame Führung und Beachtung des Kriegsvölkerrechts. Kein von den Deutschen je gesichteter, verhafteter oder erschossener belgischer Franktireur hat ein visuelles Abzeichen getragen. Keller hält die Zahl der belgischen Verluste – rund 5000 – für weit übertrieben, versteckt seine Kritik aber in einer Anmerkung auf Seite 359. In der Weimarer Republik war der korrekte Sachverhalt – belgische Partisanenüberfälle und deutsche Reaktionen – Konsens in der Publizistik. Ein 1923 dem Reichstag vorgelegter Untersuchungsbericht kam zu dem Ergebnis, daß das Verhalten der deutschen Truppen unter dem Druck der belgischen Freischärler-Attaken im wesentlichen den geltenden Gebräuchen und Gesetzen des Krieges entsprochen habe. Nach 1945 hätten sich deutsche Historiker der Staatsräson Westbindung ge-



beugt und »retuschierten« die historische Wahrheit zur politisch gewünschten Sichtweise. Ein »breit angelegtes Umerziehungsprogramm in den Schulen« tat ein übriges. Keller beurteilt die Aussagen deutscher Soldaten als erheblich glaubwürdiger als die belgischer Zivilisten. In der »politisch korrekten Forschung« haben gezwungene, rein spekulative und heillos widersprüchliche Unterstellungen ohne Zeugenfundament, rein durch unkritische Wiederholung den Stellenwert von Fakten angenommen. Statt zu zeigen, wie es wirklich gewesen ist, sei die Tradierung moralischer Entrüstung über »Gewaltexzesse der wilhelminischen Armee« der »Hauptzweck moderner historischer Forschung« gewesen.

Olaf Haselhorst

Ich glaube mal, daß ...

Georg May: *300 Jahre gläubige und ungläubige Theologie. Abriss und Aufbau*, Stuttgart: Sarto Verlagsbuchhandlung 2017. 1115 S., 49 €

Georg May repräsentiert eine aussterbende Spezies: die des glaubenstreuen Theologen. Diese Haltung isolierte den Mainzer Emeritus nicht nur unter Kollegen. Die Erzbischöfe von München und Freising sowie Wien, Döpfner und König, verhinderten die Berufung des exzellenten Kanonisten. Dennoch hielt der Mainzer Emeritus nicht nur an der überlieferten katholischen Lehre penibel fest, sondern weiter am klassischen Ritus der Heiligen Messe und an der herkömmlichen Morallehre. Welche Ausnahmestellung May, der 2016 seinen 90. Geburtstag feiern konnte, in den letzten Jahrzehnten eingenommen hat, zeigt exemplarisch seine voluminöse neue Monographie. Diese Publikation ist nicht nur als groß angelegte Summe eines bedeutenden Gelehrtenlebens zu begreifen; vielmehr ist das facettenreiche Thema dem Autor Herzenssa-

che. Ein fundierter Wegweiser durch theologische Labyrinth der Moderne, wie man ihn mit solchen präzisen Urteilen kaum irgendwo findet!

May beschäftigt sich in seinem grundlegenden Überblick über die Theologiegeschichte von der Aufklärung bis zur Gegenwart nicht nur mit zahllosen Biographien wichtiger Theologen, sondern verfolgt ein bestimmtes Beurteilungskriterium: nämlich die Rechtgläubigkeit, soweit anhand von Leben und Werk festzustellen. Dem Verfasser geht es primär darum, jene zu entlarven, die sich von Glaube und Kirche abgewendet haben – meist mit verheerenden Wirkungen auf das kirchliche Leben. May beginnt seine Studie nicht zufällig mit einem Überblick über den Protestantismus der Aufklärungszeit. Prominente, aber auch weniger bekannte Denker dieser Epoche wie Reimarus, Lessing und Kant markieren insofern einen Einschnitt, als sie an den überlieferten Bekenntnisschriften ihrer Konfession zum Teil nachhaltig rüttelten. Nicht wenige fungierten als Trendsetter des Zeitgeistes, lehnten die Inhalte des Credo manchmal sogar dezidiert ab. Ohne diese Zäsur wäre die breite Strömung des Kultur- und Neuprottestantismus im 19. Jahrhundert nicht möglich gewesen. Sie spielte im Kaiserreich von 1871 auch in politischer Hinsicht keine unwesentliche Rolle, waren doch entsprechende Repräsentanten wie Adolf von Harnack im Umfeld des Kaisers einflussreich.

May liefert eine Reihe von Belegen dafür, daß sowohl auf evangelischer wie auch auf katholischer Seite viele Theologen vom tradierten Glauben abgefallen sind. Auch die Theologiegeschichte des 19. Jahrhunderts verfolgt der Verfasser akribisch. Um 1900 kam es im katholischen Deutschland, aber auch in Ländern wie Frankreich und Italien zu der bis heute nachwirkenden Krise des Modernismus. Bekannte Professoren betrachteten die katholische

Theologie und das Glaubensleben als zu wenig zeitgeistkonform. Sie wollten umfassende Reformen auf Kosten der überlieferten Wahrheit. Das katholische Lehramt griff gegen diese Kryptoprotestanten entschieden durch. Einer der Folgen war der Antimodernisteneid, der unter anderem vor Weihehandlungen bis ins Jahr 1967 geleistet werden mußte. Auch im 20. Jahrhundert führt May eine große Zahl von Theologen an, schwerpunktmäßig an den katholischen Fakultäten. Seit dem Zweiten Vatikanum stieg die Zahl der vom Glauben Abgefallenen erheblich, darunter bekanntere Namen wie Gotthold Hasenhüttl (nominell katholisch) und als Pendant auf protestantischer Seite Gerd Lüdemann. Andere wiederum stellten Teile des Katechismus in Frage und opponierten sogar gegen zentrale Grundätze von Glauben und Moral. Fast sämtliche Moraltheologen wären zu nennen. Man kann *cum grano salis* quer durch unterschiedliche Fachdisziplinen von Auflösungstendenzen sprechen. Selbst gegen eine prägende Gestalt wie Karl Rahner und dem profilierten Kurienkardinal Walter Kasper sind erhebliche Einwände vorzubringen, wie May aufzeigt. Ihnen stehen nur wenige rechtgläubige Theologen wie der Dogmatiker und spätere Kardinal Leo Scheffczyk, dessen Lehrer Michael Schmaus und der ebenso zum Kardinal ernannte Alois Grillmeier, gegenüber.

Daß angesichts dieser Entwicklung die Bilanz der Selbstdemontage von Theologie und Kirche deutlich ausfällt, liegt auf der Hand. May konstatiert einen fast vollständigen Sieg von Neo-Modernisten, Staatstheologen und Häretikern. Nicht nur sein Freisinger Studienkollege Joseph Ratzinger ist über die allgemeine Unfähigkeit der theologischen Fakultäten, zu integraler Frömmigkeit und Priestertum hinzuführen, besorgt, wie aus dessen Briefen an den Verfasser hervorgeht.

Felix Dirsch

Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2018 im sechzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift«
(*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz«
(*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will«
(*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 50 € im Normalbezug,
- ▶ 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2018

Neuabonnenten erhalten als Prämie zwei Studien des Instituts für Staatspolitik (IfS) portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2018, 16. Jahrgang



Heft 82 / Februar / 11 €

Thema: »Hegung«

72 Seiten, Beiträge u. a.:

*Autorenporträt
Wilhelm Röpke*

Felix Menzel
Raumorientierung

Götz Kubitschek
Staatsbetrieb

Benedikt Kaiser
Antikapitalismus



Heft 85 / August / 11 €

offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

*Nils Wegner
40 Jahre RAF*

Konrad Weiß
Alternativgeschichte

Martin Lichtmesz
Blaue Projekte

Götz Kubitschek
Sommerliche Reise



Heft 83 / April / 11 €

offenes Heft

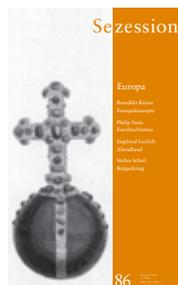
72 Seiten, Beiträge u. a.:

*Autorenporträt
Reinhold Schneider*

Stefan Scheil
Offensive 18

Konrad Weiß
Österreich 38

Nils Wegner
Oklahoma 93



Heft 86 / Oktober / 11 €

Thema: »Europa«

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Benedikt Kaiser
Europakonzepte

Philip Stein
Eurofaschismus

Siegfried Gerlich
Abendland

Stefan Scheil
Bürgerkrieg



Heft 84 / Juni / 11 €

Thema: »1968«

72 Seiten, Beiträge u. a.:

*Autorenporträt
Gerd Koenen*

Erik Lehnert
Ideengeber 68

Caroline Sommerfeld
Protestbewegungen

Martin Sellner
Aktionsformen



Heft 87 / Dezember / 11 €

offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Caroline Sommerfeld
Pädagogik

Wiggo Mann
Ein Jahr Bundestag

Götz Kubitschek
Theoriearbeit

Ellen Kositzka
Das war's

Überfluß ist die Mutter der
Phantasielosigkeit.

Günther Anders